

CONCOURS EDHEC 2018

ORAUX LANGUES

ALLEMAND

A large, solid pink triangle pointing towards the bottom right corner of the page.

Make an impact

BERLINER MAUER: 28 JAHRE, ZWEI MONATE UND 27 TAGE

Jana Hensel

Am 5. Februar gibt es die Mauer genauso lange nicht mehr, wie sie einst existierte. Das ist das Ende einer Epoche. Und auch ein Anfang.

Dass nun die Mauer also seit genau so vielen Tagen nicht mehr steht, wie sie einst gestanden hat, ist erst einmal natürlich eine tolle Nachricht. Das bedeutet 28 Jahre, zwei Monate und genau 27 Tage Freiheit. Bedeutet herumreisen und sich die Welt ansehen, bedeutet, Freunde praktisch überall haben zu können, bedeutet, jeden Morgen eine von vielen Zeitungen lesen und dazu italienischen Kaffee trinken zu können, bedeutet, sich seinen Studienplatz selbst ausgesucht zu haben und seine, natürlich demokratische, Meinung eigentlich überall offen äußern zu können. Seinen Glauben ebenso wie seinen Nichtglauben ohne Einschränkung leben zu können. Wählen zu gehen. Bedeutet, selbstbestimmt Frau und Mann und Kind zu sein. Und alles dazwischen natürlich auch. Ein unglaubliches Privileg!

Und andererseits ist das auch eine komische Nachricht. Sie klingt so, als sei nun erneut eine Epoche zu Ende gegangen. Wahrscheinlich hat deshalb ein jeder, dem ich dieses Zahlenspiel in den vergangenen Tagen mitgeteilt habe, auf seine Art ein wenig erschrocken reagiert. Krass, hat meine Schwester gerufen. Nein, das kann nicht wahr sein, mir ist es, als sei es gestern gewesen, sagte ein (Westberliner) Freund, der gerade seinen 70. Geburtstag gefeiert hat. Oje, schrieb eine Freundin per SMS. Nur das Kind hat mal wieder mit jener stoischen Gelassenheit reagiert, die mein Kind nicht von anderen Kindern unterscheidet. Ich habe das oft erlebt, Kinder wissen besser als Erwachsene, was Sinn macht und was nicht.

Ich habe meinem Kind also beim Abendessen ebenfalls diese auf den ersten Blick ein bisschen komplizierte Rechnung erklärt, dabei hat es mich angeschaut und schließlich "Aha" gesagt. Danach bat es mich, ihm doch bitte das Salz zu geben. Damit hatte sich die Sache für das Kind erledigt. Vor zwei oder drei Jahren jedoch hatte es mich, auch da saßen wir beim Abendessen zusammen – beim Abendessen tauschen wir uns oft über die weltgeschichtlich wirklich wichtigen Fragen aus –, damals also hatte es wie aus dem Nichts gefragt: Mama, stimmt es, dass die Mauer vor 25 Jahren gefallen ist? Ja, klar, habe ich ihm geantwortet. Und es hatte gerufen, wie nur Kinder rufen können: Aber dann ist das ja noch gar nicht lange her!

Ich dachte damals und denke heute wieder: Gefühle und Emotionen lassen sich einfach nicht in Zahlen messen. Gefühle sind eine Sache, für die es keine Maßeinheit gibt. Manchmal ist das schade, gern würde ich etwa Liebe messen können, manchmal aber hat das Vorteile. Und die Mauer, jenes steinerne, nein, sogar eiserne Bauwerk, das nicht nur unser Land, sondern beinahe die ganze Welt in zwei Teile geteilt hatte, hat sich nach ihrem Verschwinden nicht einfach aufgelöst. Sie ist nicht wirklich verschwunden, sie hat nur, sagen wir es einmal so, ihren Aggregatzustand geändert: Aus der einst eisernen Mauer ist auch ein Gefühl geworden. Wahrscheinlich schon am Tag nachdem die Menschen zum ersten Mal auf der Mauer gestanden, gejubelt, getanzt und geweint hatten. Einander fremde Menschen sich umarmten.

Wenn ich heute die Bilder von damals sehe, merke ich: Gefühle lassen sich nicht nur nicht messen, sie haben auch kein Alter. Gefühle werden nicht alt. Ich bin oft noch zu Tränen gerührt und schäme mich trotzdem dafür. Ich müsste längst abgeklärter sein. Doch jenes Bonmot, wonach die Zeit alle Wunden heilt, hat mir noch nie eingeleuchtet. So ein Menschenleben ist kurz, es reicht oft gerade einmal dafür, dass Wunden zu Narben werden können. Und so eine Wunde ist die Mauer gewesen, als sie noch stand, und zu einer anderen ist sie geworden, nachdem sie verschwunden war.

Aus der Mauer mit ihren Toten – allein 139 Menschen starben in Berlin, mindestens 327 weitere an der innerdeutschen Grenze – wurde die sogenannte Mauer in den Köpfen. So bezeichnete man jenes Gefühl, das an ihre Stelle getreten war. Es durfte von Anbeginn an kein gutes sein, gehörte nicht den Gewinnern, sondern war ein Verlierergefühl, gegen das man innerlich und äußerlich zu kämpfen hatte, etwas, das in jene Zeit, die angebrochen war, nicht mehr passen durfte. Wer die Mauer nach ihrem Verschwinden in seinem Kopf behielt, stellte sich ins Abseits; dem von allen Seiten gewünschten Zusammenwachsen entgegen. Hat es deshalb bis heute überlebt?

Schon als der parteilose Schriftsteller Stefan Heym im Jahr 1994 als Alterspräsident den 13. Bundestag eröffnete und in seiner Rede konstatierte, dass die anfängliche Euphorie von Mauerfall und Wiedervereinigung bereits wieder verflogen sei, reagierten die Abgeordneten ziemlich frostig. Einer wie Helmut Kohl klatschte kein einziges Mal, auch nicht zum Schluss. Obwohl Heym, der Chemnitzer Jude, der im amerikanischen Exil die Nationalsozialisten überlebte und später in der DDR gemeinsam mit anderen Künstlern gegen die Ausweisung von Wolf Biermann demonstriert hatte, zweifellos einer gewesen ist, dem man seine Zweifel ohne Hintergedanken hätte glauben können. Kein Wendehals, kein Altstalinist, kein Ewiggestriger, sondern ein Deutscher, der aufrecht durch all jene Zeiten gegangen war, die in sein Leben fielen. Wer kann so etwas schon von sich behaupten?

WAS WURDE AUS DEM KAMPF GEGEN DIE LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG?

Nicola Korte

Es tut sich etwas im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung: Supermärkte werben mit "Krummen Dingen" und nehmen Obst und Gemüse mit Macken in ihr Sortiment auf. Tafeln in Deutschland, die überschüssige Lebensmittel an bedürftige Menschen verteilen, sind zu einer festen Institution geworden und verzeichnen seit zehn Jahren einen stetigen Zuwachs an Kooperationspartnern. Und auch das Internet hat die Bewegung bereits erreicht: Start-ups wie "Too good to go", die gastronomische Betriebe mit Hilfe einer App mit Kunden vernetzen, um übrig gebliebene Gerichte zu Sonderpreisen zu verkaufen, entwickeln aus dem Kampf gegen die Verschwendung eigene Geschäftsmodelle. "Ja, das Bewusstsein hat sich deutlich verbessert", bestätigt auch Jochen Brühl, Vorsitzender von Tafel Deutschland. "Die Tafeln setzen sich bereits seit rund 25 Jahren dafür ein, genießbare Lebensmittel zu retten. Aber selbst wenn jetzt ein Trend hin zu mehr Aufmerksamkeit im Umgang mit Lebensmitteln zu beobachten ist, unter dem Strich wird trotzdem immer noch viel zu viel weggeworfen."

Ein Drittel aller Lebensmittel landet im Müll: Die Zahlen hierzu sind erschreckend: Zwischen elf und 18 Millionen Tonnen Nahrungsmittel landen in Deutschland jedes Jahr im Müll. Allein die Privathaushalte kommen auf sechs bis sieben Millionen Tonnen, wie eine Studie der Uni Stuttgart ergab. Das sind pro Kopf etwa 85 Kilogramm. Weltweit betrachtet geht es um unfassbare 1,3 Milliarden Tonnen essbarer Lebensmittel. Die Uno möchte diese Zahl bis zum Jahr 2030 zumindest halbieren. "Ein Drittel der weltweit produzierten Lebensmittel geht verloren", sagt Anne-Catrin Hummel von der Deutschen Welthungerhilfe. Grund seien Schäden bei Herstellung oder Transport. Oder aber die Lebensmittel würden in Lagern, Läden und Haushalten verderben. Hinzu kommen laut Hummel Tausende Tonnen, die in keine Statistik einfließen, weil sie ungenutzt auf den Äckern liegen blieben oder die sogenannten kosmetischen Standards der Supermärkte nicht erfüllten. In den Entwicklungsländern bestünden die Probleme insoweit insbesondere in mangelhafter Lagerung oder Trocknung nach der Ernte. Klassische Lebensmittelverschwendung findet laut Hummel hingegen primär in den industrialisierten Ländern statt. "Dass wir in den Industrie- und Schwellenländern billige Nahrungsmittel in großem Stil konsumieren und dazu auf Ressourcen aus armen Ländern zurückgreifen, in denen Menschen in Armut und Hunger leben, ist aus moralischer Sicht bereits fragwürdig", sagt Hummel. Palmöl beispielsweise stecke in Schokolade oder Margarine und stamme aus Indonesien, Malaysia oder Sierra Leone. "Wenn wir Lebensmittel dann aber auch noch in großen Mengen verschwenden, ist das ein Skandal." Der Deutschen Welthungerhilfe geht es daher um eine Bewusstseinsänderung im Umgang mit Lebensmitteln. "Wenn ich in einen Apfel beiße und ihn dann wegschmeiße, dann ist es nicht nur der eine Apfel, der verschwendet wird", sagt Hummel. Dahinter stehe ein Prozess von der Ernte über den Transport bis hin zum Verkauf - samt aller kostbaren Ressourcen wie Energie, Wasser und andere Rohstoffe, die dabei verbraucht würden.

Wie Sie weniger Lebensmittel verschwenden: Die Welthungerhilfe gibt daher Tipps gegen Lebensmittelverschwendung im Alltag: Dazu gehört zunächst der Rat, bewusster einkaufen zu gehen, zum Beispiel mit einer Einkaufsliste, oder, wenn das Gekaufte sowieso für den gleichen oder kommenden Tag gedacht ist, ruhig mal gezielt zu den Produkten mit kurzem Mindesthaltbarkeitsdatum zu greifen. Weitere Tipps sind, Restepartys zu veranstalten oder auch, "besser zu schnippeln": "Der Stiel des Brokkolis zum Beispiel schmeckt genauso lecker wie die Röschen". Und schließlich natürlich der Tipp, bei Initiativen wie "Foodsharing" und "Essensretter" mitzumachen. Tafel-Chef Brühl fordert in diesem Zusammenhang dazu auf, Mindesthaltbarkeitsdaten auf Lebensmittelverpackungen nicht fälschlich als Verfallsdaten zu interpretieren, sondern sich stattdessen wieder mehr auf die eigenen Sinne zu verlassen: "Man sollte einfach mal wieder riechen und schmecken, bevor man einfach etwas wegschmeißt." Im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung zeigt auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zunehmend Engagement. So hat es vor fünf Jahren die Initiative "Zu gut für die Tonne" ins Leben gerufen. Unter zugutfuertonne.de finden sich auch hier Tipps zu Lebensmittellagerung und -haltbarkeit, Fakten zur Lebensmittelverschwendung sowie Rezepte für "beste Reste". Eine von der Initiative entwickelte sogenannte Beste-Reste-App gehört mit über 800.000 Downloads zu den erfolgreichsten der Bundesregierung. Sie enthält mittlerweile 340 Rezepte von Sterneköchen und prominenten Kochpaten wie Sarah Wiener, Johann Lafer, Daniel Brühl und vielen Hobbyköchen. "Und mehr als 200 Gastronomen nutzen darüber hinaus unsere Best-Reste-Boxen zum Mitnehmen von Essensresten, die von unserer Kampagne und Greentable entwickelt wurden", teilt ein Sprecher mit.

Initiativen fordern Gesetz gegen Lebensmittelmüll: Vielen Hilfsorganisationen und Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung geht dieses Engagement allerdings nicht weit genug. Die Organisation Foodwatch kritisiert, dass die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Thema Lebensmittelverschwendung und auch mit der Initiative "Zu gut für die Tonne" fast ausschließlich die Verbraucher im Fokus habe. Lebensmittelabfälle entstünden aber überall: in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelindustrie, in Restaurants, Bäckereien und Kantinen, im Handel. "Damit das Problem gelöst wird, müssen auch neue Regeln für Handel und Industrie geschaffen werden", sagt Dario Sarmadi, Pressesprecher bei Foodwatch. Nötig sei ein Gesetz zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der Lebensmittelwirtschaft. Auch die Deutsche Welthungerhilfe fordert die Bundesregierung auf, einen verbindlichen Maßnahmen- und Aktionsplan zur Halbierung des Lebensmittelmülls bis 2030 zu verabschieden, und nicht nur den Verbraucher in die Verantwortung zu nehmen. Alle Lebensmittelbranchen auf EU-Ebene müssten verpflichtet werden, ihre Abfallmenge zu dokumentieren, fordert Hummel. "Denn wie will die Bundesregierung am Ende sonst messen, ob sie das Ziel der Vereinten Nationen, die Halbierung des Lebensmittelmülls bis zum Jahr 2030, überhaupt erreicht hat?"

TIERVERSUCHE BEI VOLKSWAGEN DAS TOXISCHE UNTERNEHMEN

Kristina Läscher

Mehr Offenheit und einen Kulturwechsel: Das versprach VW-Chef Müller nach dem Dieselskandal. Geschehen ist zu wenig. Probleme werden weiter vertuscht und die Aufsicht - etwa durch das Land Niedersachsen - versagt.

Es macht sprachlos, was über Volkswagen durchgesickert ist. Der größte Autokonzern der Welt hat gemeinsam mit anderen Tier- und Menschenversuche in Auftrag gegeben: An einem Institut der Uniklinik Aachen mussten 25 Personen viele Stunden lang Stickstoffdioxid - ein Reizgas! - einatmen. Forscher wollten testen, wie schädlich das Gas für die Gesundheit ist. Zuvor hatte VW bereits einen Tierversuch angeordnet, weit weg im US-Wüstenstaat New Mexico: Zehn Affen saßen in einem Glaskäfig, in den das Abgas eines dieselbetriebenen VW Beetle strömte. Damit die Meerkatzen nicht aufmuckten, durften sie Cartoons anschauen. Was darf sich dieser Konzern eigentlich noch leisten, und wann lernt er endlich daraus?

Im September 2015 hatte Porsche-Chef Matthias Müller den langjährigen VW-Chef Martin Winterkorn an der Spitze abgelöst. Winterkorn musste wegen des Dieselskandals abtreten, die Staatsanwaltschaft ermittelt noch. Müller versprach den Kulturwechsel - und der war dringend nötig. Winterkorn und der langjährige Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch hatten VW zu einem hierarchischen Konzern geformt. Angst, Testosteron, Technikvernarrtheit - das waren und sind scheinbar noch die Taktgeber in Wolfsburg und den mehr als 100 Werken weltweit. In diesem Klima entstanden der Dieselskandal und damit der Betrug an Millionen Autofahrern. Müller trat an, um das zu ändern. Er versprach Offenheit und einen kritischen Umgang mit Verstößen. Er warb damit, dass Probleme künftig von unten bis nach oben vordringen können.

Der Alltag bei VW sieht anders aus. Das zeigt der Umgang mit den Tier- und Menschenversuchen. Durchgeführt hat sie ein externer Verein. VW hat sich nicht selbst daran beteiligt, das sollten andere tun. VW hat das Ganze aber bezahlt, gemeinsam mit Daimler und BMW. Inzwischen gibt es die Vereinigung nicht mehr, sie wurde Mitte 2017 aufgelöst. Ohne, dass die Öffentlichkeit davon etwas mitbekam. Ein transparenter Umgang sieht anders aus. Wenn Top-Manager versprechen, die Sünden aufzuarbeiten, sollten sie diese klar benennen und nicht vertuschen. Müller verschwieg so einiges und deshalb schwindet langsam das Vertrauen, um das er anfangs so sehr geworben hat.

Davon, dass die Spitzen der Autokonzerne zu wenig gewusst oder gezielt weggeschaut haben, erzählt eine zweite Personalie. Von 2011 bis 2015 - und damit in der Zeit der Affen- und Menschenversuche - saß die Juristin Christine Hohmann-Dennhardt im Vorstand von Daimler und kümmerte sich als Compliance-Chefin um den Umgang mit Regelbrüchen und mit formal korrekten, aber moralisch fragwürdigen Praktiken - und dazu lassen sich Versuche mit Gas durchaus zählen. Wusste sie also damals davon?

2016 wechselte Hohmann-Dennhardt dann von Daimler zu Volkswagen in den Vorstand, um dort den Abgasskandal aufzuarbeiten. Eines ihrer Vorhaben: Sie wollte das Whistleblower-System überarbeiten, damit Mitarbeiter besser petzen können, ohne Angst vor Strafe zu haben. Doch was gut klang, währte kurz, die frühere Richterin des Bundesverfassungsgerichts trat nach nur einem Jahr frustriert wieder ab. Sind Firmenchef Müller und Juristin Hohmann-Dennhardt über die Versuche an Tier und Mensch informiert worden? Ein Nein käme einem Versagen in der Aufarbeitung der jüngsten Konzerngeschichte gleich. Ein Ja wirft Fragen auf, warum der Konzern die Versuche und das Schließen des Vereins nicht komplett öffentlich gemacht hat.

Inzwischen hat VW mitgeteilt, die Experimente seien Vergehen "Einzelner". Doch das übertüncht das Problem. Nicht nur Einzelne haben sich Verstöße geleistet, das System des Autokonzerns ist krank. Noch immer. Danach sieht es zumindest aus. Der Kulturwechsel hat gerade erst begonnen, und er ist viel zu langsam.

Nicht zuletzt erzählen die Experimente vom Versagen der Aufsicht durch die internen Gremien und den Staat. Niedersachsen ist Großaktionär, zwei Spitzenpolitiker sitzen permanent im Aufsichtsrat, einer davon ist der SPD-Ministerpräsident Stephan Weil, der andere ist Niedersachsens CDU-Chef Bernd Althusmann. Ohne das Land geht bei VW nicht viel. Im Aufsichtsrat aber saßen zuletzt Politiker wechselnder Couleur: Rot, Gelb, Schwarz. Sie alle scheinen kaum in der Lage zu sein, sich angemessen über Abläufe und Fehler bei Volkswagen informieren zu lassen, um eingreifen zu können. Sie folgen stattdessen dem immer gleichen, ermüdenden Ritual: Sie lassen Skandale geschehen, erfahren davon angeblich aus der Presse und empören sich lautstark öffentlich. Gute Kontrolle fängt vorher an.

HAUPTSACHE IRGENDWAS MIT KRYPTO

Nils Wischmeyer

Bitcoin, Bitcoin, Bitcoin: Kryptowährungen interessierten anfangs nur eine kleine Zielgruppe, inzwischen sind sie zum Hype geworden und wecken auch bei Unternehmen Begehrlichkeiten.

Bitcoin und Blockchain liegen im Trend, doch was, wenn das eigene Unternehmen gar nichts damit zu tun hat? Wenn es nicht einmal etwas mit Computertechnik zu tun hat, sondern E-Zigaretten oder Eistee herstellt? Genau, man kündigt einfach künftige Projekte in dem Bereich an und benennt sich um.

Genau so hat es die Long Blockchain Corporation gemacht. Sie hieß vorher Long Island Iced Tea und produzierte, wie der Name schon sagt, jahrelang Eistee auf Long Island, New York. Im Dezember 2017 verkündete das US-Unternehmen dann die Namensänderung. Was an sich schon verrückt ist, wird nur noch von der Aktienentwicklung getoppt: Weil Aktionäre und Investoren zurzeit in alles investieren, was nur entfernt mit Bitcoin oder Blockchain zu tun hat, stieg der Aktienkurs um 500 Prozent. Dabei ist nicht einmal klar, wie die Pläne der Long Blockchain Corporation aussehen. Noch gibt es keine Verträge mit Firmen, die in dem Bereich spezialisiert sind. Das Unternehmen teilte noch am selben Tag mit: "Es gibt keine Garantie dafür, dass definitive Vereinbarungen mit solchen oder anderen Körperschaften geschlossen werden." Bis auf Weiteres werde man weiterhin Eistee verkaufen.

Die Long Blockchain Company ist nicht die einzige Firma, die auf den Hype reagiert. Nur ein paar Beispiele: SkyPeople Fruit Juice verkauft abgepackte Nahrungsmittel. Das klingt nicht spannend genug, dachte sich offenbar die Geschäftsführung, änderte den Namen kurzerhand in Future Fintech Inc. und suggeriert damit, das Unternehmen habe etwas mit Finanztechnologie zu tun. Das brachte eine Kursveränderung von plus 53 Prozent. Trotz des neuen Namens wolle man aber weiterhin Nahrungsmittel abpacken und verkaufen.

Andere Industrie, ähnliches Muster: Der Zigarrenhersteller Rich Cigars heißt künftig Intercontinental Technology. Die Firma will tatsächlich Kryptowährungen schürfen, Expertise habe man aber noch keine. Immerhin kletterte der Aktienkurs um mehr als 160 Prozent nach oben.

Die Kryptowährung Bitcoin hat einen solchen Hype ausgelöst, dass auch die Finanzwelt in großem Stil einsteigen will. Das war lange Zeit schwierig, da Banken und Investoren starken Regulierungen unterliegen. Bitcoin hingegen ist fast gänzlich unreguliert. Mithilfe neuer Finanzprodukte rund um die Kryptowährung dürfen nun auch Geldhäuser, Finanzfirmen und Vermögensverwalter in großem Stil mitmischen.

Zum gewöhnlichen Finanzprodukt wurde Bitcoin durch die Chicago Mercantile Exchange (CME), einer renommierten Terminbörse. Dort können Anleger seit Ende Dezember mit Terminkontrakten auf die Wertentwicklung von Produkten setzen, also auf fallende oder steigende Kurse wetten. Ein Investor setzt beispielsweise darauf, dass an Tag X der Kurs für einen Bitcoin bei 20.000 Euro liegt. An diesem Tag muss er den Bitcoin auch zum genannten Preis kaufen. Liegt der tatsächliche Preis höher, gewinnt er. Ist er hingegen niedriger, zahlt er drauf. Bis zum Tag X kann er seine Kaufoption aber auch wie eine Aktie an der Börse handeln. Klingt chaotisch, stabilisiert den Handel für ein Produkt aber normalerweise. Hersteller können sich nämlich sicher sein, dass sie an Tag X mindestens 20.000 Euro für einen Bitcoin bekommen.

Doch der Bitcoin wäre nicht der Bitcoin, wenn er keine Ausnahme für diese Regel wäre. Bereits in den ersten Tagen musste der Handel mit Terminkontrakten auf Bitcoins mehrmals ausgesetzt werden. Der Grund: Die Preise schwankten zu stark. Seit Anfang des Jahres läuft der Handel unproblematisch.

2018 will auch die Technologiebörse Nasdaq Termingeschäfte auf Bitcoin einführen. Die Deutsche Börse verkündete, zumindest darüber nachzudenken. Bis es soweit ist, werde es aber noch einige Monate dauern, heißt es von offizieller Seite.

Neben den Terminkontrakten plant die Finanzwelt weitere Produkte mit der Kryptowährung. Die Winklevoss-Zwillinge, bekannt durch ihre Streitereien mit Mark Zuckerberg darüber, wer nun wirklich die Idee für Facebook hatte, versuchen bereits seit Monaten einen Bitcoin-ETF zu etablieren. Bisher scheiterten sie aber an der US-Börsenaufsicht. Ein ETF, also ein Exchange Traded Funds, ist ein börsengehandelter Indexfonds. Er zeichnet die Kursentwicklung einer Währung, eines Aktienindex wie etwa den Dax oder eben den Bitcoin nach. Anleger könnten somit auf Bitcoin wetten, ohne sie kaufen zu müssen.

WIRD FLIEGEN JEMALS ÖKO SEIN?

Dirk Asendorpf

Das Image der Luftfahrt hat ein Facelifting dringend nötig. Flugzeuge richten bisher noch einen wesentlich größeren Umweltschaden an als alle anderen Verkehrsmittel. Pro Passagierkilometer ist der Beitrag zum Klimawandel höher als beim Auto, selbst wenn Letzteres nur mit einer Person unterwegs ist. Im Zug verursachen die Fahrgäste pro Kilometer weniger als ein Drittel, im Reisebus sogar nur ein Siebtel des Treibhauseffekts eines Flugreisenden. Auf dem Gleis, auf der Straße und sogar in der Schifffahrt spielen elektrische Antriebe eine immer wichtigere Rolle. Nur die Luftfahrt hinkt hinterher.

Zwar werben die großen Namen der Industrie – von Airbus über Boeing, Rolls Royce und Siemens bis hin zur Nasa – derzeit mit futuristischen Entwürfen und animierten Filmchen für das Flugzeug der Zukunft. Wesentlich sparsamer und leiser soll es fliegen, angetrieben von hocheffizienten Elektromotoren. Es klingt fast so, als könnten wir bald ohne schlechtes Gewissen in den Urlaub düsen.

Doch anders als die Reklame vermuten lässt, wird sich auch mit der Elektrifizierung so schnell nichts daran ändern. Das hat mehrere Gründe. Flugzeuge sind im Durchschnitt rund 30 Jahre im Einsatz, die Erneuerung der Flotte ist also eine Generationenaufgabe. Die hat aber noch gar nicht begonnen. Bisher gibt es Elektroflugzeuge nur für Forschungszwecke. Selbst mit Elektromotoren wird kein Flugzeug flüsterleise abheben. Und ohne flüssigen Treibstoff geht es weiterhin nicht. Schließlich gibt es auf Reise Flughöhe keine Oberleitungen oder Ladestationen.

Batterien sind viel zu schwer, um genug Power für den enormen Bedarf eines Passagierflugzeugs mitzunehmen. Pro Kilo können sie nur drei Prozent der Energie speichern, die in einem Kilo Kerosin steckt. Eine Boeing 747 verbrennt rund zehn Tonnen Treibstoff in der Stunde. Der Strom aus einem gleich schweren Akkupack würde den Jumbojet keine zwei Minuten in der Luft halten.

Design und grundlegende Technik der Passagierflugzeuge haben sich in den vergangenen 50 Jahren kaum verändert. Trotzdem konnten die CO₂-Emissionen pro Passagierkilometer um 70 Prozent, der Stickoxidausstoß um 90 Prozent und der Fluglärm um 75 Prozent reduziert werden. Dahinter standen viele kleine Verbesserungen: Der Flugzeugrumpf ist mit neuen Materialien aerodynamischer und leichter geworden, die Triebwerke wurden effizienter, die Wege auf der Rollbahn und die Wartezeiten vor Start und Landung kürzer.

Elektrische Flugzeuge müssen ihren Strom deshalb zu großen Teilen an Bord selber erzeugen. Das sollen Gasturbinen erledigen, die heutigen Flugzeugturbinen technisch recht ähnlich sind und ebenfalls Kerosin verbrennen. Das ist praktisch: Der Sprit ist auf allen Flughäfen reichlich vorhanden, andere Treibstoffe müssten erst mühsam herangeschafft werden. Experten sprechen dann aber nicht von Elektro-, sondern von Hybridflugzeugen. Neben Tanks, Turbinen und Elektromotoren für den Vortrieb brauchen sie noch Batterien, um den an Bord erzeugten sowie geladenen Strom zu speichern. Die Folgen: Die Maschinen sind schwerer und im komplexen Zusammenspiel von Verbrennungsmotor und Elektrik kommt es zu Umwandlungsverlusten.

Immerhin zwölf Plätze soll der Hybrid-Regionaljet bieten, den Boeing zusammen mit dem amerikanischen Start-up Zunum ab 2022 auf den Markt bringen will. Wesentlich größer denkt Airbus. In Kooperation mit Rolls-Royce und Siemens will der europäische Flugzeugkonzern bereits 2020 ein Mittelstreckenflugzeug mit Platz für hundert Passagiere abheben lassen. Allerdings soll von seinen vier Düsentriebwerken zunächst nur eines durch einen Elektromotor ersetzt werden.

Ob damit der Umweltschaden tatsächlich abnimmt, ist keineswegs sicher. Das zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Auch ohne Elektrifizierung ist der Luftverkehr dank besserer Technik und höherer Auslastung der Flugzeuge in den vergangenen Jahrzehnten immer sparsamer geworden. Pro Passagier erzeugt er heute rund ein Drittel weniger Treibhausgas als im Jahr 2000. Doch gleichzeitig wird immer mehr geflogen, die Zahl der Flugkilometer hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Insgesamt haben die Emissionen des Luftverkehrs deshalb deutlich zugenommen – ein typischer Rebound-Effekt, der sich auch bei Hybridflugzeugen kaum vermeiden lassen wird.

KREBS DURCH FAST FOOD?

Udo Pollmer

Fast Food wie Hamburger, Pommes und Pizza schädigt das Immunsystem und erhöht das Krebsrisiko - das zumindest behaupten zwei neue Studien. Doch angesichts der gravierenden Mängel dieser Untersuchungen wäre ein Blick in die Glaskugel nicht weniger fundiert.

Zwei sensationelle Studien lassen aufhorchen. Unisono berichten unsere Medien, Fast Food schädige das Immunsystem. Es rufe Entzündungen wie bei einem schweren Infekt hervor, die schließlich zu Herzinfarkt und Diabetes führen. Zu allem Überfluss verursache Fertiggkost Krebs. Das muss auf den Prüfstand!

Die erste Studie wurde mit Mäusen durchgeführt. Die armen Tiere litten durch ihr ungesundes Futter an schweren Entzündungen, die selbst nach Absetzen der brisanten Kost nicht abklingen wollten. Nach Angaben der Forscher ein klarer Beleg dafür, dass Fast Food für die Entstehung einschlägiger Zivilisationskrankheiten verantwortlich sei. Das ist heftig - und vor allem überraschend.

Denn mit Speck fängt man Mäuse! Die kleinen Nager lieben Fast Food wie Brötchen, Buletten, Käse und Pommes über alles. Würden die vernichtenden Ergebnisse der Realität entsprechen, hätten die Tierchen von sich aus die Speisekammern des Menschen gemieden, ihre Nachfahren würden sich gewiss nicht in den städtischen Grünanlagen von weggeworfenen Pizzaresten nähren. Das stolze Mäusevolk wäre längst mausetot, eine Bekämpfung überflüssig. Aber die Nager haben sich fröhlich weitervermehrt und ihre Brut an das ungesunde menschliche Essen herangeführt.

Was also bekamen die Mäuse in besagter Studie wirklich zu fressen? Etwa Hamburger, Pommes, Pizza und dazu eine Cola? Nichts dergleichen. Sondern TD.88137. Nie gehört? Das ist das Codewort für ein Spezialfutter, das dazu dient, Labormäuse krank zu machen. TD.88137 enthält unter anderem D/L-Methionin - ein Produkt das Entzündungen fördert. Dazu kommt eine Extraportion Cholesterin. Verfüttert man dies an sogenannte Knock-Out-Mäuse, denen der Fettstoffwechsel züchterisch ruiniert wurde, erkrankten sie zuverlässig in der beschriebenen Weise. Genau solche Mäuse wurden in der Studie verwendet. Das Ergebnis hat mit Fast Food nichts zu tun. Wenden wir unser Haupt ab und der eingangs erwähnten Krebsstudie zu. Sie punktet mit einer Teilnehmerzahl von gut 100.000 Personen, die etwa fünf Jahre lang beobachtet wurden. Laut Studie ließen je zehn Prozent industrielle Fertiggkost die Brustkrebsrate um satte elf Prozent ansteigen. Macht bei einer Ernährung ausschließlich aus Tütensuppen, Tiefkühlpizzen und Co eine Krebsrate von famosen 110 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt liegt der korrekte Wert jedoch nur bei zwei Promille pro pro Prozent Fertiggkost. Statistisch sind diese Daten nicht gerade vertrauenswürdig.

Bei der Prostata wollte es den Autoren nicht gelingen, einen Zusammenhang zwischen stark verarbeiteter Kost und Krebs zu finden. Das dürfte einen einfachen Grund haben: Die Teilnehmer waren zu etwa 80 Prozent ernährungsaffine Damen, die sich freiwillig gemeldet hatten.

Noch windiger sind die Daten zur Ernährung. Alle sechs Monate sollten die TeilnehmerInnen im Internet einen Fragebogen beantworten. Erfahrungsgemäß wird beim Ausfüllen gemogelt. Daraus "errechneten" die Forscher dann die Aufnahme von Fett, Salz, Zucker usw., - ebenfalls ein Ding der Unmöglichkeit, weil niemand die tatsächliche Zusammensetzung und verzehrte Menge in Kantine oder Restaurant kennt. Bei selbstzubereiteten Speisen seien die Nährwerte von "erfahrenen" Ernährungsberaterinnen kalkuliert worden. In jedem Haushalt wird selbst ein simples Käsebaguette anders zubereitet, mal mit viel Butter, mal ohne, mal mit fettem, mal mit magerem Käse, hier gut belegt, dort bescheiden. Der eine isst kleine Stücke, der andere vertilgt eine große Portion.

Eine Glaskugel liefert keine schlechteren Daten als diese Art von "Ernährungswissenschaft". Hier gilt: Garbage in – garbage out. Als der Phantasie-Konsum von Salz, Zucker und Fett mit der spekulativen Krebsrate in Beziehung gesetzt wurde, fand sich keinerlei Einfluss. Wie denn auch? Die Autoren verweisen in ihrer Erklärungsnot auf hypothetische Krebsgefahren durch Verpackungen. Würde die Lebensmittelindustrie ihre Produkte so panschen wie Ernährungsforscher solche Studien, dann würde mancher wohl lieber spucken, als diesen hanebüchenen Mist zu schlucken. Mahlzeit!

JETZT LIEFERT ER AUCH NOCH

Georg Blume und Mark Schieritz

Mehr Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslose: Der französische Präsident Emmanuel Macron setzt die angekündigten Reformen durch – und trifft dabei auf erstaunlich wenig Widerstand.

Wenn Emmanuel Macron am Mittwoch der kommenden Woche zum Weltwirtschaftsforum nach Davos reist, dann wird er dort eine für einen französischen Präsidenten ungewöhnliche Erfahrung machen: Man wird ihn feiern. Frankreich ist für Unternehmenslenker neuerdings so etwas wie ein Sehnsuchtsort. In einer Umfrage unter Führungskräften multinationaler Konzerne gaben kürzliche 72 Prozent der Befragten an, dass sie mit steigenden Investitionen ihres Unternehmens in Frankreich rechnen. Das sind doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren.

Damals schien das Land ein hoffnungsloser Fall zu sein. Mit François Hollande regierte in Paris ein überforderter Zauderer, und an den Weltbörsen wurde schon darüber spekuliert, ob die Franzosen Finanzhilfen aus Deutschland in Anspruch nehmen müssten. Nun vereinbart Macron mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping milliardenschwere Wirtschaftsdeals, bietet Donald Trump in der Klimapolitik die Stirn, und selbst seine innenpolitischen Gegner räumen ein, dass sie dem Präsidenten im Moment wenig entgegenzusetzen haben.

Als Macron im vergangenen Frühjahr gewählt wurde, versprach er, das Land zu „erneuern“. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass das Kalkül aufgehen könnte.

Die Wirtschaft wächst, die bisher chronische hohe Arbeitslosenquote sinkt, und sogar das Defizit des Staatshaushalts geht zurück. Vor wenigen Wochen bescheinigte die Europäische Kommission der französischen Regierung erstmals seit vielen Jahren, haushaltspolitisch wieder auf dem richtigen Weg zu sein. Während Großbritannien mit dem Brexit beschäftigt ist und Deutschland mit sich selbst, bildet sich mit Frankreich ein neues Kraftzentrum in Europa heraus. Das Land habe ein „goldenes Jahrzehnt“ vor sich, sagt Holder Schmieding, Chefökonom der Berenberg Bank.

Das hat zunächst einmal mit einem für französische Verhältnisse ungewöhnlichen Phänomen zu tun: der weitgehenden Abwesenheit von Protest. Im Herbst des vergangenen Jahres riefen die Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen die geplante Liberalisierung des Arbeitsmarktes auf. Das bedeutet in Frankreich normalerweise, dass die Nation für Tage lahmgelegt ist und die Regierung nachher einen Rückzieher macht. Diesmal aber waren auf den Straßen gerade einmal ein paar Tausend Menschen unterwegs. Die Lawine „hätte losgehen müssen, aber sie ging nicht los“, wie es Macrons Gegenspieler, der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon formuliert hat.

Warum die übliche Eskalationslogik nicht mehr zu greifen scheint, ist selbst Macrons Anhängern immer noch nicht ganz klar. Vielleicht haben Franzosen nach zehn Jahren Wirtschaftskrise und der drohenden Machtübernahme durch die Rechtspopulistin Marine Le Pen begriffen, dass sich in ihrem Land etwas ändern muss, vielleicht war der Widerstand einfach nur schlecht organisiert. Macron jedenfalls hat die Gunst der Stunde genutzt – und er will es weiter tun. Der Reformkurs würde „mit derselben Entschlossenheit, demselben Rhythmus und derselben Intensität fortgeführt“, kündigte er in seiner Neujahrsansprache an.

In den kommenden Monaten will Macron unter anderem die Rentenversicherung umbauen, ein neues Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen und die Zahl der Parlamentarier in der Nationalversammlung reduzieren. ER will Stellen in der Verwaltung streichen und mehr Lehrer in Problemschulen des Landes schicken. Und während Holland aus Furcht vor innerparteilichen Kontroversen nicht darüber reden wollte, wenn er etwas für die Wirtschaft tat, kündigt Macron seine Vorhaben offensiv an. Das verstärkt den Eindruck, dass er etwas verändern will. Derzeit ist immerhin eine knappe Hälfte der Bevölkerung mit dem Präsidenten zufrieden.

Seine Kritiker hoffen darauf, dass vor allem die geplanten Einschnitte bei der Rente die Leute doch noch auf die Straße treiben wird. In Deutschland wird oft übersehen, dass das wirtschaftspolitische Programm des Präsidenten im Kern vergleichbar ist mit dem, was Gerhard Schröder einst hierzulande umgesetzt hat: weniger Steuern, weniger Staat, mehr Spielraum für Unternehmen. So hat Macron die Vermögenssteuer abgeschafft und den Kündigungsschutz gelockert.

Doch in diesen Tagen wird offenbar, dass die vermeintliche Schwachstelle Frankreichs – die starke Zentralisierung, die wenig regionale Eigenständigkeit zulässt – auch Vorteile hat: Während sich im deutschen Föderalismus Bundesrat und Bundestag häufig gegenseitig lähmen, kann der französische Präsident durchregieren, zumindest solange er über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt.

Am Ende ist das Geheimnis des Erfolgs häufig der Erfolg selbst; Wenn die Unternehmen mehr investieren, entstehen neue Arbeitsplätze, die Arbeitnehmer können mehr Geld ausgeben, was wieder neue Investitionen nach sich zieht. Dieser Mechanismus lässt sich derzeit in Frankreich beobachten. Das Land ist wieder in, demonstriert Selbstvertrauen, beheimatet einige von Europas interessantesten Start-ups, holt sich die Olympischen Spiele nach Paris, und plötzlich entdecken die Leute, dass auch der französische Wein noch schmeckt: Die Exportzahlen gehen nach oben.

Viele Probleme lösen sich also in Luft auf, wenn die Konjunktur wieder besser läuft. Ob dann alles genau so kommt, wie angekündigt, ist am Ende oft gar nicht mehr so wichtig. Man darf annehmen, dass der ehemalige Investmentbanker Emmanuel Macron das sehr genau weiß.

FAST FASHION "UNSER KLEIDERKONSUM IST WAHNSINN"

Jörg Oberwittler

Die Bremerin Imke Müller-Hellmann wollte wissen: Wer hat ihre Kleidungsstücke produziert? Wo und wie? Also hat sie sich in den Flieger gesetzt. Ein Interview über unseren Modekonsum und seine Folgen für Mensch und Umwelt. Es gibt vietnamesische Fabriken, die jeden Tag 11.000 Jeans produzieren. Es gibt Näherinnen, die zwölf Stunden pro Tag und teilweise sieben Tage pro Woche Kleidungsstücke nähen. Und es gibt Millionen Textilarbeiterinnen, die pro Kleidungsstück statt pro Stunde bezahlt werden - und dafür auf Pausen verzichten und Rückenschmerzen sowie ewige Monotonie mit immer gleichen Arbeitsschritten hinnehmen. Nur drei Erkenntnisse von vielen aus der Lektüre des Buches "Leute machen Kleider - Eine Reise durch die globale Textilindustrie". Die Autorin Imke Müller-Hellmann ist bis nach Bangladesch, Vietnam und China gereist, um die Näherinnen ihrer Kleidungsstücke aufzuspüren.

SPIEGEL ONLINE: Frau Müller-Hellmann, was sind die schlimmsten Zustände, die Ihnen in der Textilproduktion begegnet sind?

Müller-Hellmann: Am meisten hat mich der verseuchte Fluss Buriganga in Bangladesch geschockt. Es gibt 3000 bis 4000 Textilfabriken in und um die Stadt Dhaka und viele von ihnen leiten ihre Abwässer in diesen Fluss. Das Wasser ist tiefschwarz und voller Plastik. Der Müll türmt sich meterhoch an den Ufern und auf den Müllbergen wohnen Menschen.

SPIEGEL ONLINE: Wie arbeiten die Menschen in den Textilfabriken dort?

Müller-Hellmann: Es ist eine sehr verdichtete, monotone Arbeit. Oft führen die Näherinnen nur einen einzigen Arbeitsschritt aus. Sie arbeiten zehn bis zwölf Stunden am Tag und haben nur einen Tag in der Woche frei, wenn überhaupt.

SPIEGEL ONLINE: Was macht das mit den Menschen in den Fabriken?

Müller-Hellmann: Mich hat traurig gemacht, dass die Arbeiterinnen in China sogar noch stolz darauf waren, 300 Boxershorts pro Stunde zu schaffen - und dass sie keine Pausen machen, obwohl sie alle zwei Stunden zehn Minuten machen dürften. Sie wären ja schön blöd, erzählten sie, weil sie pro Stück und nicht pro Stunde bezahlt werden. Die traurige Wahrheit ist: Diejenigen, die für unseren wahnsinnigen Kleiderkonsum schufteten, haben die Verhältnisse verinnerlicht und akzeptiert.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben sich auf die Spur Ihrer Lieblingsmarken gegeben, die Marken aber nicht genannt. Warum nicht?

Müller-Hellmann: Das ist ein kniffliges Thema...

SPIEGEL ONLINE: ...weil der Anwalt ihres Verlags davon abgeraten hat?

Müller-Hellmann: Wir haben in der Tat darum gerungen, welche Namen wir rausnehmen und welche drinbleiben. Jetzt ist es ein Kompromiss: Die Namen der Kleidungsstücke und der Menschen sind drin, in zwei Kapiteln sind die Markennamen geblieben, aber die anderen Markennamen sind raus.

SPIEGEL ONLINE: Mit der versprochenen Transparenz in der Textilindustrie ist es also doch noch nicht so weit?

Müller-Hellmann: Die Anfragen an die Marken waren oft anstrengend. Da am Ball zu bleiben, hat viel Kraft gekostet. Es gibt eine große Angst vor dem Thema.

SPIEGEL ONLINE: Welche Marken dürfen Sie denn nennen, die unter fragwürdigen Bedingungen produzieren?

Müller-Hellmann: Fragwürdig war einiges. Ich könnte viel erzählen. Zum Beispiel, dass der Generaldirektor von Nassa Group, die in Dhaka für Carrefour, Zara, H&M und viele andere produzieren, mich bei einem Spontanbesuch begrapscht hat. Da frage ich mich: Wie ergeht es den Frauen in der Fabrik? Oder dass ein Produzent für Jack Wolfskin in Vietnam gegen die Vorgaben der Fair Wear Foundation kämpft, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt. Er führt den Streit offen, das ist korrekt. Aber was sagt die Marke Jack Wolfskin dazu? Fragen tauchen auch da auf, wo ich nicht reingelassen wurde. Der gelobte Berliner Hersteller von Öko-T-Shirts, Continental Clothing, lässt meine Anfrage genauso knallhart abblitzen wie Benetton. Warum?

SPIEGEL ONLINE: Wie haben Sie sichergestellt, dass Sie vor Ort nicht nur gefällige Antworten von Arbeiterinnen bekommen?

Müller-Hellmann: Das konnte ich nicht sicherstellen. Meine Gesprächspartnerinnen wurden oft vom Management ausgewählt. Deshalb habe ich Interviews mit Gewerkschaftsmitgliedern ergänzt und mich ebenfalls um Kontakte zu NGOs und ehemaligen Mitarbeiterinnen bemüht.

SPIEGEL ONLINE: Wie sollte man nun Kleidung anders kaufen? Manche Menschen boykottieren mittlerweile grundsätzlich Kleidungsstücke aus Bangladesch.

Müller-Hellmann: Der Boykott von T-Shirts aus Bangladesch ist nicht die Lösung. 80 Prozent der ausgeführten Güter aus Bangladesch sind Textilien. Mit einem Boykott nimmt man den Menschen dort ihre Lebensgrundlage. Stattdessen müssen wir die Labels großmachen, die sich dahinterklemmen, die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern.

SPIEGEL ONLINE: Also achten Sie jetzt bei Ihrem Einkauf auf zertifizierte Labels?

Müller-Hellmann: Ja, unbedingt. Doch wir werden allein über den Weg eines "richtigen" Konsums den Wahnsinn nicht umstürzen können. Es gibt auch hierzulande immer noch viele Menschen, die wenig Geld für Mode zur Verfügung haben. Und es gibt weiterhin die Lust, mal zu bummeln und Spontankäufe zu machen. Das ist auch ok.

SPIEGEL ONLINE: Was müsste noch passieren?

Müller-Hellmann: Auch die Politik muss hierzulande mehr Druck ausüben. Ist es richtig, dass wir Qualitäts- und Produktionsstandards ausschließlich den Mechanismen eines freien Marktes überlassen? Solche Produktionsbedingungen sind in unserem Wirtschaftssystem erlaubt und da wünsche ich mir auch die Auseinandersetzung mit radikaleren Antworten. Wenn weiterhin die Maxime "Profit vor Mensch, Profit vor Umwelt" gilt, wird mir um unseren Planeten angst und bange.

AUSWEITUNG DER KAMPFZONE

Henryk Hielscher

Der Streit der Supermarktkette mit Nestlé wird zum Testfall für die Zunft: Mit neuen Allianzen wollen Händler die Macht der Markenmultis brechen. Keine Wagner-Pizza. Keine Maggi-Würze. Keine Kitkat-Riegel. Keine Frage, die Boykottaktion von Deutschlands größtem Lebensmittelhändler wird schmerzen. Rund 160 Produkte des Schweizer Nestlé-Konzerns ließ Edeka-Chef Markus Mosa jüngst von den Bestelllisten des Konzerns streichen. Sobald die Nestlé-Reste in den Edeka-Läden verkauft sind, werden sich Lücken in den Regalen auftun.

Im Grunde sind derlei Boykottaktionen nichts Ungewöhnliches. Beim Gefeilsche zwischen Handel und Industrie wird seit jeher mit harten Bandagen gekämpft. Doch Art und Umfang der Attacke sorgten selbst bei robusteren Vertretern der Branche für Erstaunen: Um das Druck- und Drohpotenzial gegenüber den Schweizern zu erhöhen, hat Edeka seine Alliierten aus dem europäischen Einkaufsverbund Agecore eingespannt. Der Einkaufsclub steht für 140 Milliarden Euro Bruttoumsatz im Jahr, neben Edeka gehören ihm europäische Handelsketten wie Intermarché, Coop Schweiz und Colruyt an. Nestlé, so die Forderung von Agecore, soll auf breiter Front die Einkaufspreise senken. Schätzungen zufolge spielen die Schweizer über die Läden des Agecore-Bündnisses zehn Prozent ihres Europa-Umsatzes ein. „Da streiten sich die Jungs mit dem großen Bizeps“, sagt Kiran Mazumdar, Gründer und Geschäftsführer der auf Einkauf und Lieferketten spezialisierten Beratungsgesellschaft Inverto in Köln. „Der Ausgang wird Signalwirkung für die Branche haben.“ Tatsächlich taugt der Nestlé-Streit zum Testfall für die Handelsbranche. Denn nicht nur der Hamburger Supermarktkonzern probt beim Preisgefeilsche neuerdings den Schulterchluss mit anderen Händlern. „Fast alle relevanten Player haben sich in den vergangenen Jahren internationalen Einkaufsallianzen angeschlossen“, sagt Experte Mazumdar.

Über ein Joint Venture sind etwa der Kölner Handelsriese Rewe und die französische Händlergenossenschaft Leclerc verhandelt. Der Düsseldorfer Metro-Konzern hat im vergangenen Jahr eine Reihe mittelständischer Händler in der neu geschaffenen Retail Trade Group um sich geschart. Selbst die Discounter Aldi Nord und Süd wollen beim Einkauf von Markenartikeln künftig enger zusammenarbeiten. Das Kalkül dahinter: Im Verbund wirken Druck- und Drohinstrumente noch überzeugender, lassen sich selbst den größten Herstellern Preiszugeständnisse abtrotzen. Den Beleg dafür könnte nun der Schlagabtausch mit dem weltgrößten Nahrungsmittelhersteller bringen.

Dabei vereinen die vier größten Handelskonzerne des Landes schon als Solisten eine gewaltige Marktmacht auf sich. Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, kontrollieren zusammen über 85 Prozent des deutschen Lebensmittelmarktes. Ihre Dominanz bekommen bislang jedoch vor allem mittelständische Lieferanten zu spüren. Die Lokalmatadore haben kaum eine andere Wahl, als sich den Konditionenwünschen zu fügen, wollen sie nicht einen Großteil ihrer Umsätze und damit ihre Existenz riskieren.

Bei den Verhandlungen mit weltweit tätigen Markenherstellern wie Unilever, Procter & Gamble, Ferrero oder eben Nestlé zeigten sich bislang dagegen die Grenzen der Händler-Macht. Zu stark ist die Strahlkraft großer Marken, als dass Supermärkte auf Dauer auf sie verzichten könnten. Zu gering ist letztlich wohl auch die Umsatzbedeutung eines einzelnen Händlers im Portfolio der Konsumgüterriesen. Zumal die Hersteller ihre Stellung durch Übernahmen und Fusionen in den vergangenen Jahren noch festigen konnten.

Wie gefährlich der Streit mit den Markenmultis ist, musste 2014 die Führungscrew des Discounters Lidl lernen. Der Billigheimer hatte den Coca-Cola-Konzern herausgefordert und die Kultbrause ausgelistet. Doch die markentreue Kundschaft meuterte. Zähneknirschend nahmen die Lidl-Chefs Coke ein paar Wochen später wieder ins Sortiment. Ganz ähnlich erging es wenig später Edeka mit Nivea. Der Kosmetikerhersteller Beiersdorf hatte es gewagt, bei der Handelsgruppe Preiserhöhungen für die Marke zu reklamieren. Als es zu keiner Einigung kam, weigerte sich Edeka-Anführer Mosa, weiterhin Ware abzunehmen. Einziger Schönheitsfehler: Viele der 4500 selbstständigen Edeka-Kaufleute unterliefen Mosas Orderbann und bestückten ihre Regale auf eigene Faust mit den weißblauen Pflegemitteln. Auch im Ringen mit Lieferant Nestlé sollte Mosa die Geduld seiner Kaufleute wohl nicht überstrapazieren. Sonst ist es schnell vorbei mit der neuen Bündnispolitik.

KOSTENLOSER NAHVERKEHR

Marion Marquardt

Gratis-Tickets für Bus und Bahn: Die Bundesregierung erwägt dies aus Umweltgründen. Aber wie hoch wären die Kosten? Der Verkehrsverbund in der Hansestadt hat nachgerechnet.

Die Luftverschmutzung in deutschen Großstädten und Druck aus Brüssel haben die Bundesregierung zu einem öffentlichkeitswirksamen Vorschlag animiert: Laut einem Brief an die EU-Kommission erwägt sie, einen kostenlosen Nahverkehr finanziell zu fördern. Kommunalverbände begrüßen die Überlegungen zwar grundsätzlich, fordern vor allem aber einen soliden Finanzierungsvorschlag. "Der Bund muss sagen, wie er so etwas bezahlen möchte", sagte der Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling. "Zudem stelle ich mir die Frage, wie das in der Praxis umgesetzt werden soll." Mehr Menschen mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu befördern, bedeute, auch neue Busse und Straßenbahnen zu kaufen und an die infrastrukturellen Gegebenheiten und Zeitpläne anzupassen. "Kurzfristig lässt sich so etwas nicht umsetzen", sagte Ebling. Es dürfe aber auch keine Denkverbote geben. "Kostenloser Nahverkehr ist eine visionäre Vorstellung, die auf jeden Fall mehrere Testballons braucht."

Wie groß die finanzielle Belastung für die öffentlichen Kassen wäre, rechnete der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) am Beispiel der Hansestadt vor. Der HVV erziele durch Fahrscheinverkäufe jährlich rund 830 Millionen Euro, sagte ein Sprecher. Diese Mittel müssten bei einem Gratis-Angebot zusätzlich vom Steuerzahler aufgebracht werden. "Das ist in etwa eine 'Elphi' pro Jahr", sagte der Sprecher mit Blick auf die Elbphilharmonie. Das Konzerthaus hat knapp 800 Millionen Euro gekostet. Der HVV befördert jährlich rund 770,5 Millionen Fahrgäste.

Sollten noch mehr hinzukommen, dürften sich Kapazitätsprobleme abzeichnen. Es sei nicht leistbar, umgehend mehr Busse und Bahnen in Fahrt zu bringen, sagte der Sprecher. Auch hierfür müsse zunächst die Finanzierung geklärt werden, darüber hinaus müssten die nötigen Fahrzeuge auch zur Verfügung stehen. Hinzu kämen langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau von U- und S-Bahnen. So wird in Hamburg das Vorhaben einer neuen nördlichen U-Bahn-Linie U5 derzeit zwar konkreter. Erste Bauarbeiten könnten - selbst wenn alles glatt läuft - nach Angaben der Betreiber aber erst 2021 starten.

Hintergrund der Überlegungen der Bundesregierung dürfte vor allem Druck aus Brüssel sein. Deutschland droht eine Klage, weil seit Jahren in vielen Städten Grenzwerte für den Ausstoß von Stickoxiden nicht eingehalten werden - diese gelten als gesundheitsschädlich. Daneben drohen in Deutschland gerichtlich erzwungene Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge.

Der Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer sagte, die Große Koalition sei beim öffentlichen Verkehr in den Städten seit Jahren weitgehend untätig. "Nun in einem Brief an Brüssel mit Vorschlägen zu kommen, die im Koalitionsvertrag nicht mal erwähnt sind, ist unglaubwürdig." Ein kostenloser ÖPNV sei interessant, löse aber nicht das akute Problem schmutziger Luft. "Um wirklich etwas gegen dreckige Luft zu tun, brauchen wir die blaue Plakette und Verpflichtung zur Nachrüstung von manipulierten Fahrzeugen auf Kosten der Hersteller. Doch dem verweigert sich die Bundesregierung seit Jahren."

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund reagierte zurückhaltend auf die Überlegungen der Bundesregierung. "Das kann höchstens ein langfristiges Zukunftsprojekt werden", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der "Rhein-Neckar-Zeitung". Erforderlich seien deutlich mehr Fahrzeuge und Personal. "Die Kommunen und Verkehrsbetriebe können es jedenfalls nicht bezahlen", sagte er. Die Einnahmen von rund 13 Milliarden Euro pro Jahr im öffentlichen Nahverkehr würden auch benötigt, um besser zu werden und Angebote auszubauen.

WLAN IN DER KITA

Nora Schareika

Kinder sollen auf die digitale Welt vorbereitet werden, deshalb fordern Bildungsexperten WLAN in Kitas. Das ist Quatsch: Die Kleinen müssen erst einmal die echte Welt begreifen, bevor sie die virtuelle verstehen können.

Es klingt ja auch logisch: Die kleinen Kinder von heute wachsen in einer digitalisierten Welt auf, warum sollte man sie also fernhalten von Tablets und Co. und ihnen verwehren, was früher oder später sowieso ihr Leben bestimmen wird? Befürworter sagen, man könne die Kinder von digitalen Medien ohnehin nicht fernhalten und solle ihnen lieber einen „verantwortungsbewussten“ Umgang vermitteln. Dafür spricht in der Tat viel. Die Frage ist nur, ob das gleich im Alter von ein, zwei oder drei Jahren beginnen muss und ob Kitas mit WLAN ausgestattet werden müssen, während die Erzieher noch nicht einmal entsprechend geschult sind. Die Antwort lautet: Nein, lasst die Kinder doch erst einmal die echte Welt kennenlernen, bevor sie in die virtuelle eintauchen.

Wer einmal Kinder beobachtet hat, die nur kurz sich selbst überlassen sind mit Smartphone, Tablet oder auch einfach nur einem Fernseher, weiß, wie unmittelbar süchtigmachend die Geräte wirken. Sie bleiben starr sitzen, nehmen nichts anderes um sich herum mehr wahr und sind hinterher oftmals unausgeglichen. Einmal angefixt, wollen sie wieder und wieder an die Geräte zurück – ein Leidensthema in vielen Familien. Verbote sind sicher nicht der Weg zur Lösung. Aber wer dies erlebt hat, weiß, welche Herausforderung es schon für die zumeist gewiss engagierten Eltern ist, diesen geforderten „verantwortungsvollen Umgang“ in der Praxis umzusetzen.

Das liegt freilich auch daran, dass Eltern selbst Probleme haben, dies vorzuleben - sie sind ja selbst süchtig und hängen ständig an ihren Smartphones. Hier liegt ein entscheidender Punkt: Schon wir Erwachsenen haben Probleme, den digitalen Versuchungen zu widerstehen. Uns wird „digital detox“ ohne Internet im Grünen empfohlen, um Stress zu reduzieren und um uns zu erden. Warum also schon die Kleinsten „vergiften“, um im Sprachbild zu bleiben? Jede Art von Verantwortung hat ihre Zeit, deshalb dürfen Zehnjährige auch noch nicht Autofahren. Warum soll man Dreijährige stressen, indem sie einer unweigerlichen Sucht widerstehen sollen, die viel stärker ist als sie selbst? Und warum sollte man Erzieher die unvermeidlichen Diskussionen und Dramen zumuten, die Internet in der Kita nach sich zöge? Das wäre allenfalls denkbar, wenn einmal wirklich kindgerechte und dosierbare Tools zur Verfügung stehen. Im Moment gibt es aber noch nicht einmal genug Kitaplätze und Erzieher im Digitalisierungs- und Erziehungsentwicklungsland Deutschland.

Aus Elternperspektive ist es daher bislang eine wohltuende Gewissheit, Kinder in der Kita erst einmal in einer weitgehend analogen Welt zu wissen, wo mit Händen gestapelt und gematscht, auf Füßen gehüpft und mit realen Schritten die physische Umgebung, etwa ein Park, erkundet wird – und nicht auf irgendwelchen Screens. Mag sein, dass manche Tugenden aus der alten Welt zunehmend nicht mehr gefragt sein werden, zum Beispiel einen Stift richtig halten und damit Gemälde und Schriftzeichen zu Papier bringen zu können. Das aber bildet immer noch die Grundlagen für späteres Lesen, Schreiben und Rechnen. Digitale Kompetenz wird zwar bereits als vierte Kulturtechnik neben den genannten dreien bezeichnet. Sie ist aber nichts wert ohne die drei anderen.

Es nicht reaktionär, sich für sein Kind zu wünschen, dass es vor manchen Dingen zeitweise verschont bleibt - wohl wissend, dass es früh genug alle nötigen digitalen Kompetenzen erwerben wird. Denn wer die echte Welt kennt und noch die Feinmotorik besitzt, ohne Touchscreen und Rechenmaschine Dinge erschaffen zu können, wird sich in der digitalen Welt souveräner bewegen und nicht in Panik verfallen, wenn die Maschinen mal ausfallen. Um virtuelle Realität zu begreifen, muss man erst einmal die Realität begriffen haben.

GESUCHT: JEMAND MIT BEGEISTERUNG

Ulla Fiebig

Es brodelt in Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft. Dass es nicht einmal einen Digital-Staatsminister im Kanzleramt geben soll, das hat vor allem auch viele Praktiker überrascht, enttäuscht, ja sogar schockiert. "Wir finden uns mit dieser Fehleinschätzung nicht ab", sagt Florian Nöll vom Startup-Bundesverband, der eine Petition angestoßen hat. Diese fordert die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD auf, eine/n Digitalminister/in zu ernennen.

Nachdem Olaf Scholz öffentlich einem Digitalministerium eine Absage erteilt hatte, sei der Leidensdruck nochmal gewachsen, ist zu hören. Der inzwischen kommissarische SPD-Parteichef hatte in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ gesagt, ein Digitalministerium wäre eine "PR-Maßnahme" und Digitalisierung besser weiter als Thema in verschiedenen Ministerien verortet. Das Signal, das Scholz damit aussendete: Es bleibt alles beim Alten.

Doch genau das wollen die Unterzeichner der Petition verhindern. Florian Nöll spricht von "Kompetenz-Wirrwarr" und sieht die Große Koalition auf "Stillstand" zusteuern. Alexander Rabe, Geschäftsführer vom Verband der Internetwirtschaft eco, berichtet über die schwierige Abstimmung in den vergangenen Jahren. Man habe von einem Ministerium zum anderen hüpfen müssen. Jedes habe seine eigene Agenda und Sicht der Dinge, weshalb es oft widersprüchliche Aussagen gegeben habe. "Das war alles andere als konstruktiv und motivierend", so Rabe. Aus pragmatischen Gründen müsse die Bundesregierung hier endlich neu denken und neue Prozesse einführen.

Das Unverständnis ist auch deshalb so groß, weil vor der Bundestagswahl ernsthaft über eine bessere Koordination und eine feste Verankerung der Digitalisierung diskutiert wurde. Die Union versprach in ihrem Regierungsprogramm "Digitalisierung ist Chefsache. Deshalb wird im Kanzleramt die Position eines 'Staatsministers für Digitalpolitik' neu geschaffen." Und auch SPD-Politiker wie etwa Generalsekretär Lars Klingbeil hatten sich in der Vergangenheit für ein Digitalministerium ausgesprochen.

Aus der CDU-Zentrale heißt es auf unsere Nachfrage nun allerdings nur: "Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche und ist Aufgabe vieler Ressorts. Deshalb wird das Kanzleramt weiterhin eine wichtige Koordinierungsfunktion haben." Warum dieser Sinneswandel und ob es vielleicht doch noch einen Spielraum gibt, das bleibt offen.

Beim Startup-Bundesverband will man die Hoffnung jedenfalls nicht aufgeben, dass sich doch noch etwas tut. Nichts sei in Stein gemeißelt. Mit der Petition wolle man das Thema weiter in der Diskussion halten. Ziel seien mindestens 50.000 Unterschriften in vier Wochen - eine Größenordnung, die auch für Petitionen an den Bundestag gilt, um dort in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses behandelt zu werden.

"Wir drohen endgültig, den Anschluss zu verlieren, mit fatalen Folgen für Arbeit, Wohlstand und sozialen Frieden", heißt es in der Petition, die auf Frankreich, Großbritannien, Polen und Österreich verweist, wo es eigenständige Minister für Digitales bereits gäbe.

Ein solcher Minister brauche mehr als ein Klingelschild, sondern Rechte und Ressourcen, wird Achim Berg, der Präsident des Branchenverbandes Bitkom, zitiert. Und auch Alexander Rabe vom eco hält es für entscheidend, dass ein solches Ressort ein eigenes Budget und eigene Entscheidungskompetenzen habe.

Das Alter spiele keine Rolle, so der Sprecher des Startup-Bundesverbandes Paul Wolter. Ein Digitalminister oder eine Digitalministerin sollte sich aber unbedingt persönlich für das Thema begeistern können und vor allem die Chancen sehen. Schön wäre, so Wolter, wenn es jemand wäre, der schon Kontakt in die Digitalszene hat.

DIGITALISIERUNG: STUDIE SIEHT JEDEN ZEHNTEN ARBEITSPLATZ GEFÄHRDET

Ralf Heidenreich

BERLIN/DARMSTADT - Roboter und Algorithmen der Computerprogramme machen den eigenen Arbeitsplatz überflüssig. Das ist für jeden Beschäftigten ein Horrorszenario. Folgt man einer Umfrage des IT-Branchenverbandes Bitkom unter mehr als 500 Unternehmen, kann dieses Szenario für jeden zehnten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland Realität werden.

Der Bitkom-Studie zufolge sieht sich jedes Vierte der Befragten Unternehmen in seiner Existenz bedroht. Der Verband der IT-Branche hat dann hochgerechnet, wie viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Fall der Fälle bis zum Jahr 2022 auf der Kippe stehen: Es sind quer über alle Branchen 3,4 Millionen, als jeder zehnte Job. Doch nicht nur das, der digitale Wandel wird auch die Arbeitsplätze an sich auf den Kopf stellen. „Die Hälfte aller Berufsgruppen“ werde verloren gehen, neue würden entstehen, so der Verband. Als Negativ-Beispiel führt er die Kommunikationstechnik an, die in nur 15 Jahren 90 Prozent der Stellen verloren habe. Eine solche Entwicklung drohe Banken und Versicherungen, aber auch der Chemie- und Pharmabranche.

Für die Digitalisierung ist die Ausgangslage nach Ansicht des IT-Branchenverbandes Bitkom eigentlich gut: Deutschland gehöre bei der Erforschung vieler Zukunftstechnologien zur Spitzengruppe. Diese Chance müsse man nutzen – „und aus dem Industriestandort Deutschland einen Digitalstandort machen“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. Die Politik habe das noch nicht erkannt. Arzthonorare, Rentenniveau, Soli-Abschmelzung – Berg kommen die Debatten der künftigen Großen Koalition „seltsam entrückt“ vor. Von Ideen, wie Deutschland in Zukunft Geld verdienen könne, fehle jede Spur.

Sind sich die Unternehmen der Dramatik des Umbruchs bewusst? Die Studie sagt Nein. Zwar hätten sich zwei Drittel der befragten Firmen eine Digitalstrategie verordnet, aber nur bei jeder Fünften gebe es dafür eine eigene organisatorische Einheit. Bitkom-Präsident Achim Berg zieht den Schluss: „Die Digitalisierung ist in zu vielen Unternehmen noch nicht organisatorisch verankert.“

Der Industrieverband VDMA und die Kammern ärgern sich über das Bitkom-Szenario. Die Digitalisierung sei ein Jobmotor für Deutschland. „Digitale Technologien werden die Produktivität menschlicher Arbeit in fast allen Bereichen wesentlich steigern“, erklärt der Verband. Tätigkeiten und Berufsbilder würden sich dabei verändern, in Summe würden aber „mehr Stellen entstehen als verloren gehen“.

„Deutschland geht nun wirklich nicht die Arbeit aus“

Auch die Kammern halten dagegen. Die Digitalisierung sei eine „zentrale Herausforderung“ für die Volkswirtschaft. Gerade deshalb sei es aber gefährlich, falsche Signale auszusenden, sagt zum Beispiel Uwe Vetterlein, der Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt. Deutschland gehe „nun wirklich nicht die Arbeit aus“, fügte er angesichts des Fachkräftemangels hinzu.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie Bitkom kommen Forscher der Universität Oxford. Ihrer Studie zufolge könnten über alle Sektoren hinweg 47 Prozent der Berufe durch Computer ersetzt werden. Zwar prognostiziert auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, dass 4,5 Millionen Menschen in Jobs arbeiten, die durch die Digitalisierung wegfallen könnten. Ob der Umbruch in der Summe aber zu mehr oder weniger Stellen führe, sei offen. Für neue Jobs spreche, dass Innovationen neue Produkte brächten. Wissenschaftler des Forschungsinstitut ZEW wiederum kommen zu dem Schluss, dass die Digitalisierung bislang nicht zu weniger, sondern zu mehr Jobs geführt hat. Die Unternehmen würden profitabler und setzten daher an anderen Stellen mehr Personal ein.

ARBEIT WURDE NICHT ERFUNDEN, UM UNS GLÜCKLICH ZU MACHEN

Volker Kitz / Wlada Kosolowa

Jobanzeigen sind ein bisschen wie Instagram: Zuerst schüttle ich den Kopf ob des menschlichen Bedürfnisses, banale Aktivitäten wie frühstücken als Hochglanzfotostrecke zu inszenieren. Aber dann wurmt es mich doch ein bisschen: Warum haben alle anderen schönere Möbel, schönere Sonnenuntergänge, schönere Müslis? Mit Stelleninseraten ist es ähnlich. Da wird Verstärkung für ein "junges, engagiertes, gut gelauntes Team" gesucht oder "erfüllende wie herausfordernde Arbeit" angeboten. Dass die Jobbeschreibung wohl genauso viel mit der Realität zu tun hat wie ein Instagram-Leben mit dem echten, ist mir schon klar: Bei dem ersten zitierten Angebot handelt es sich um einen Job im Tierheim, bei dem zweiten um ein Gesuch für eine Haushaltshilfe im Kindergarten. Trotzdem bleibt am Ende ein Nachgeschmack: Haben alle anderen mehr Erfüllung, weniger Routine, stehen sie morgens besser gelaunt auf als ich?

Nein, ich suche nicht nach einem neuen Job. Ich finde meinen ziemlich gut. Aber als ich noch auf der Suche war, war ich baff, wie viele aufregende Aufgabenfelder und persönliche Wachstumsmöglichkeiten draußen auf mich warteten. Und auch wenn man diesen Jobanzeigen-Sprech durchschaut, bleibt das Gefühl: Wer seinen Job nicht spannend findet, macht etwas falsch. Ich kenne Freunde, die ihre Traumstelle bekamen und nach ein paar Monaten wieder nach einer neuen Ausschau hielten. Nicht weil die Arbeit schrecklich war. Sondern weil der Montag sich immer noch wie ein Montag anfühlte. Und die "erfüllende Tätigkeit" ihnen gelegentlich trotzdem zum Hals raushing. Wenn ich morgens im Regen seit 35 Minuten auf den verspäteten M29-Bus in Berlin-Kreuzberg warte und es mittags in der Kantine auch noch Sauerkrautauflauf gibt, frage ich mich gelegentlich auch, ob es einen Job gibt, für den ich so viel Leidenschaft spüre, dass ich trotz allem auf dem Weg zur Arbeit strahle.

Überhaupt scheinen Menschen in Deutschland nicht besonders glücklich am Arbeitsplatz zu sein, wenn man der Umfrage der Jobbörse Stepstone unter 14.800 europäischen Arbeitnehmern und -gebern glaubt. Auf einer Skala von eins ("sehr unglücklich") bis zehn ("sehr glücklich") bewerteten Deutsche ihre Zufriedenheit am Arbeitsplatz mit weniger als fünf Punkten. Aber auch die anderen Europäer waren im Schnitt nicht viel glücklicher: 5,5 Punkte gaben sie ihrem Glück am Arbeitsplatz. Und in einer Umfrage des Bundesarbeitsministeriums zeigt sich: Nur ein Fünftel der Befragten fühlte sich dem persönlichen Idealbild von Arbeit bereits nah.

Was läuft da falsch? Glaubt man den meisten Ratgebern, ist das Problem stets: Die Menschen haben den falschen Job. Oder: Sie haben die falsche Einstellung. Und dann gibt es seit einem Jahr dieses Buch auf dem Markt, das das Gegenteil behauptet. *Feierabend! Warum man für seinen Job nicht brennen muss* von dem Autor Volker Kitz. Er fragt sich darin: Wurde Arbeit wirklich erfunden, damit Feuerwehrleute Spaß beim Einsatz haben und Ärzte einen Lebenssinn finden? Oder ist sie eher dazu da, damit Brände gelöscht und Patienten gerettet werden? Seine These: Es ist genau dieses Glücksversprechen, das uns bei der Arbeit so unglücklich macht. Sein Vorschlag: Statt den Fehler bei uns selbst oder in der Arbeit zu suchen, sollten wir die Arbeit wieder nüchterner betrachten. Als eine Tätigkeit, welche die Gesellschaft braucht – und die Lebenshaltungskosten des Arbeiters bezahlt.

DISCOUNTER VERSCHLAFEN DAS GESCHÄFT IM NETZ

Carsten Dierig

Der Einzelhandel in Deutschland verkauft so viel wie nie zuvor. Wer aber keine digitale Strategie hat, wird unweigerlich abgehängt.

Deutschlands Einzelhändler haben 2017 so viel verkauft wie nie zuvor. Um 4,1 Prozent auf gut 523 Milliarden Euro sind die Umsätze in der Branche gestiegen, meldet der Handelsverband Deutschland (HDE). Erfolgsmeldungen gibt es dabei aber längst nicht von allen Unternehmen. „Die Schere geht immer weiter auseinander“, sagt HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Zu den Gewinnern gehören Online-Firmen, vor allem aber sogenannte Multichannel-Anbieter, die sowohl ein Stationärgeschäft haben als auch einen Internetshop. Verlierer sind dagegen Händler mit Ladenlokalen in Randlagen – oder ohne digitale Präsenz.

Um stattliche zehn Prozent ist der E-Commerce im vergangenen Jahr gewachsen, heißt es bei HDE. Damit entfällt schon mehr als die Hälfte des Branchenwachstums auf das digitale Geschäft. Genth spricht daher von einem „Strukturbruch“. Und der hat Folgen: „Der Wandel des Einkaufsverhaltens geht durch die Digitalisierung mittlerweile so schnell, dass Händler, die sich nicht anpassen und investieren, in Existenznot geraten können“, prognostizierte der Experte. Immerhin rund 50.000 Geschäfte – das sind ungefähr zehn Prozent der Outlets hierzulande – werden nach Ansicht des HDE-Vertreters in den kommenden Jahren verschwinden.

Diese Konsolidierung betrifft zum einen kleine und mittelgroße Händler ohne besonderes Profil. „Wer sich nicht differenzieren kann durch besondere Sortimente, durch besonders viel und gut ausgebildetes Personal oder durch besondere Services und Öffnungszeiten, der hat auf Dauer keine Chance“, sagt Thomas Harms, der Leiter des Bereichs Handel & Konsumgüter bei der Beratungsgesellschaft EY. Zum anderen geraten mittlerweile aber auch einige Branchengrößen in Trudeln. H&M zum Beispiel meldet miserable Geschäftszahlen für das abgelaufene Jahr und plant infolgedessen eine „Optimierung“ seines Ladennetzes. „Wir werden mehr Geschäfte schließen und eine geringere Anzahl eröffnen“, sagt Vorstandschef Karl-Johann Persson. Gleichzeitig soll eine Reihe von Onlineshops lanciert werden, um sich an die veränderten Shoppinggewohnheiten der Verbraucher anzupassen.

Die Elektronikketten Mediamarkt und Saturn sind zwar im Onlinehandel aktiv, Branchenbeobachtern zufolge kam der Einstieg aber deutlich zu spät. Und auch die Warenhäuser à la Karstadt und Kaufhof hätten die Chance verpasst, mit ihrem breiten Sortiment zu einer namhaften Plattform im Internet zu werden.

Primark verzichtet gar komplett auf eigene Webshops. Aktuell mag das bei den Iren kaum auffallen in den Bilanzen. Mittelfristig wird das nach Ansicht von EY-Experte Harms aber anders aussehen. „Der Discount wird in den kommenden Jahren brutal an Marktanteilen verlieren, wenn sich die Unternehmen dem Thema Onlinehandel nicht intensiv zuwenden“, prognostiziert der Berater. Gemeint sind dabei sämtliche Formate, seien es Mode-Discounters, die entsprechenden Pendanten aus dem Möbelbereich oder auch die klassischen Lebensmittelanbieter. „Das Thema wird dort unverständlicherweise ignoriert“, wundert sich Harms. Dabei seien gerade diese Unternehmen mit ihrer Besessenheit für schlanke und effiziente Prozesse prädestiniert für den Onlinehandel. „Man hängt dort aber offensichtlich noch zu sehr an den alten Strategien, mit denen die Unternehmen einst groß geworden sind“. Das aber sei gefährlich.

Harms sieht für die kommenden Jahre eine deutliche Tendenz im Einkaufsverhalten der Konsumenten. „Standardeinkäufe, bei denen die Leute nicht groß nachdenken müssen, werden mehr und mehr online erfolgen“, erklärt der Experte. „Der Stationärhandel hingegen kommt ins Spiel, wenn die Kunden Erfahrungen machen und intensiv beraten werden wollen.“ Dafür sei dann aber die ultimative Kundenorientierung nötig.

Die Frequenzen in den Innenstädten gehen schon jetzt zurück, zum Teil sogar deutlich. HDE-Vertreter Genth bemüht sich dennoch um einen Brückenschlag zur Internet-Konkurrenz. „Der Onlinehandel ist nicht böse, er ist fundamentaler Bestandteil unserer Branche und bietet vielen Händlern neue Umsatzchancen.“ Und die scheinen nötig. Zwar rechnet der HDE auch für 2018 mit neuerlichem Wachstum, dann schon im neunten Jahr in Serie. „Wir sehen keine Anzeichen für eine fundamentale Veränderung im Verbraucherverhalten“, sagt Hauptgeschäftsführer Genth. Der Start ins neue Jahr jedenfalls sei „nicht so euphorisch“ gewesen. Der HDE prognostiziert daher ein Umsatzplus von zwei Prozent für 2018.

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT FAHRVERBOTE KOMMEN! DEUTSCHE STÄDTE DÜRFEN JETZT DIESEL-AUTOS AUSSPERREN

Gabriel Meyer

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am Dienstag den Weg für Diesel-Fahrverbote in Städten freigemacht. Die Kommunen dürfen diese eigenmächtig verhängen, urteilten die Richter. Eine bundesweite Regelung sei dafür nicht notwendig.

Die Revision wurde von den Richtern abgewiesen. Die Luftreinhaltepläne müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Dabei müsse aber die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Das Bundesverwaltungsgericht kann selbst keine Fahrverbote anordnen. Die Richter haben aber Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Düsseldorf und Stuttgart bestätigt, die ihrerseits die Städte zur Einführung von Fahrverboten zwingen wollen, um die Luftreinhaltepläne einzuhalten. Dies sei in besonders belasteten deutschen Städten ein rechtlich zulässiges Mittel, bestätigten die Richter in Leipzig.

Die Stadtverwaltungen in Düsseldorf und Stuttgart hatten sich bisher gegen Fahrverbote gesträubt und darauf verwiesen, dass es dafür zunächst eine Bundes- oder Landesregelung geben müsse. Diese sehen die Gerichte anders. Die zuständigen Verwaltungsgerichte in Düsseldorf und Stuttgart hatten nach Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) die Behörden verpflichtet, ihre Pläne so zu verschärfen, dass Grenzwerte möglichst schnell eingehalten werden, insbesondere beim Stickoxid, für das Dieselmotoren verantwortlich gemacht werden. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht nannte Fahrverbote dafür die „effektivste“ Maßnahme. Der Gesundheitsschutz in der Stadt sei höher zu bewerten als Interessen von Dieselfahrern. Das Düsseldorfer Gericht urteilte, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge müssten „ernstlich geprüft“ werden.

Konsequenzen für alle Städte in Deutschland

Die Entscheidung des Bundesgerichts hat deutschlandweit Signalwirkung. Für jede Stadt, in der Grenzwerte überschritten werden, ist es jetzt möglich, Fahrverbote für ältere Diesel als Option in den jeweiligen Luftreinhalteplan aufzunehmen. Die DUH hat insgesamt rund 60 Rechtsverfahren eingeleitet, darunter in München, der derzeit am stärksten belasteten deutschen Stadt. Fahrverbote sind aber immer eine Einzelfall-Entscheidung und könnten von Stadt zu Stadt unterschiedlich ausfallen. Sie könnten zeitlich auf bestimmte Strecken und Stadtzonen begrenzt sein, in denen die Grenzwerte am stärksten überschritten werden, außerdem dürfen die Kommunen Ausnahmeregelungen festlegen, wenn sie diese für geboten halten. Die Städte fordern die Einführung einer blauen Plakette für saubere Autos, um Verbotszonen ausweisen und die Fahrverbote leichter überwachen zu können. In Deutschland gibt es Millionen von Dieselaautos. Kommunale Spitzenverbände und die Wirtschaft warnen davor, dass Fahrverbote das städtische Leben lahmlegen. Zum Beispiel könnten Läden in Innenstädten nicht beliefert werden oder Handwerker nicht mehr zu Kunden fahren. Dafür könnte es aber Ausnahmeregelungen geben, wie auch für Fahrzeuge von Polizei, Feuerwehr oder Apotheken. Betroffen wären aber auf jeden Fall Pendler.

Dieselfahrern drohen starke Wertverluste ihrer Autos

Auch für die Autohersteller hätten Fahrverbote massive Folgen. Das Ifo-Institut warnt, dass hunderttausende Arbeitsplätze wegfallen könnten, wenn Verbrennungsmotoren irgendwann einmal komplett verboten werden sollten. Die Diesel-Neuzulassungen sind seit Monaten bereits auf Talfahrt, der Antrieb ist aber sehr wichtig für die Autoindustrie. Dieselfahrern drohen außerdem starke Wertverluste ihrer Autos. Die Politik will Fahrverbote deshalb unbedingt vermeiden. Die Bundesregierung hat ein Milliardenprogramm „Saubere Luft“ für Kommunen auf den Weg gebracht. Dabei geht es etwa um eine bessere Taktung des ÖPNV oder die Umrüstung von Bussen und Taxen.

Die Hersteller wollen die Emissionen über Software-Updates senken. Umweltverbände kritisieren, das reiche nicht aus und fordern Umbauten direkt am Motor, Eine Hardwarenachrüstung, etwa in Form von AdBlue-Tanks und Einspritzeinrichtungen, lehnt die Autoindustrie unter anderem mit Verweis auf hohe Kosten ab.

Mit dem Urteil steigt nun der Druck auf Politik und Hersteller, eine Nachrüstlösung für die bestehende Dieselflotte auf den Weg zu bringen.

ES RUMORT IN DER UNION. DOCH DIE MERKEL-KRITIKER BRINGEN KEINE PS AUF DIE STRAßE

Martina Fietz

Es ist bald drei Jahre her. Am 12. Februar 2015 vermittelten Angela Merkel und Francois Hollande zwischen Russland und der Ukraine. Am Ende einer langen Verhandlungsnacht in Minsk posierten die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident neben Putin und Poroschenko vor den Kameras und verkündeten einen Friedensplan. Damals stand Merkel auf dem Zenit ihrer Macht. Doch schon, wenn man das Bild von damals in die Jetzt-Zeit übertragen würde, zeigte sich ein großer Unterschied. Denn heute stünde die deutsche Kanzlerin nicht neben einem angeschlagenen, sondern einem äußerst vitalen französischen Präsidenten.

Keine Frage: Merkel spielt auch heute noch in Europa eine wichtige Rolle. Aber sie ist nicht mehr die unangefochtene Nummer eins unter den Regierungschefs. Ihre Sozialisation in der DDR, der Seiteneinstieg in die Politik, der beharrliche Kampf gegen eine Männer-dominierte Partei mit ihrem extrem starken Übervater, ihr scharfer Verstand und das außergewöhnliche Verhandlungsgeschick hatten ihr zusätzlich zu der Tatsache, dass sie die erste Frau im Kanzleramt ist, eine Art Sonderstatus verschafft. Das tritt zunehmend in den Hintergrund. Auf der europäischen Bühne geben neue Köpfe den Ton an.

Auch innenpolitisch war Merkel Anfang 2015 unangefochten. Hatte sie in der schwarz-gelben Koalition bis 2013 noch mit den Gegnern gegen die Euro-Rettung in den eigenen Reihen und bei der FDP zu kämpfen, gestaltete sich das Regieren in der großen Koalition reibungslos. Unmut gab es zwar unter einigen Bundestagsabgeordneten der Union, die sich zu einem Kanzlerwahlverein degradiert sahen. Auch einem Teil der Partei war die Politik der Kanzlerin nicht hinreichend mit dem Programm vereinbar. Doch galt Merkel der CDU als Garant fürs Regieren. 41,5 Prozent holte die Union bei der Bundestagswahl 2013, verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Wer wollte dagegen aufbegehren? Das änderte sich bekanntermaßen mit der Flüchtlingskrise und dem daraus resultierenden Erstarken der AfD. Angela Merkel war für ihre eigene Partei keine Versicherung mehr auf Regierungsmehrheiten. Die CSU stilisierte sie zwischenzeitlich sogar zur Gefahr. Die Kanzlerin verlor an Autorität, was sich deutlich beim Parteitag 2016 in Essen zeigte. Nicht nur, dass sie die Delegierten eindrücklich bat, ihr zu helfen. Sie musste auch hinnehmen, dass sich ihre Partei in einer Abstimmung über die Zukunft der doppelten Staatsbürgerschaft hinter dem Wortführer der Jungen, Jens Spahn, versammelte, anstatt der von ihr vorgegebenen Linie zu folgen.

Buh-Rufe und Pfeifkonzerte im Wahlkampf, das zweitschlechtesten Ergebnis in der Geschichte der Republik bei der Bundestagswahl im September und seither die Hängepartie bei der Regierungsbildung: Es läuft nicht gut für Merkel. Und es ist neu, dass sie in einem Atemzug genannt wird mit dem glücklosen Martin Schulz und Horst Seehofer, der - den Zeichen der Zeit folgend - einen Teil seiner Macht abgeben muss. Dass es heißt, auch für sie gehe es darum, ihr Amt (noch einmal) zu sichern. Parallel werden Mahnungen formuliert. Der konservative Berliner Kreis in der Union warnt, der SPD nicht allzu viele Zugeständnisse zu machen. Die „Werte-Union“ plädiert für eine Minderheitsregierung, auch wenn das mit der amtierenden Kanzlerin nicht möglich sei. Und aktuell wagte sich mit Mike Mohring auch einer der jungen Generation vorsichtig aus der Deckung. Die Menschen erwarteten von Politik „mehr als ein Wortspiel über ein Land, in dem wir gut und gerne leben“.

Der Unmut in der Union wächst. Und doch: Er findet keine Organisationsform, er bringt keine PS auf die Straße, wie es einer formulierte. Abgesehen davon, dass die CDU nicht zur Rebellion neigt: Wer sollte diese auch anführen? Wer würde quasi selbstverständlich auf Merkel folgen? Wer immer sich zum Wortführer der Unzufriedenen machen würde, er würde scheitern an denen, die am Ende doch auf die Beständigkeit setzen. So abgenutzt die Formulierung auch ist: Für viele in der Union ist Merkel nach wie vor alternativlos. Jeder, der sich offen gegen sie stellen würde, provozierte wahrscheinlich eher, dass sich die Reihen hinter der Parteivorsitzenden wieder dichter schließen.

Welche Akzente Merkel setzen kann, wenn eine große Koalition zustande kommt, wird man sehen. Und im Falle von Neuwahlen? Da gilt es selbst bei Merkel-Kritikern als selbstverständlich, dass die Nummer eins den ersten Zugriff auf die Spitzenkandidatur hätte.

10 MASSENTOURISMUS: WIE EUROPAS STÄDTE GEGEN ÜBERFÜLLUNG KÄMPFEN

Bernd Lehmann

Venedig, Barcelona, Dubrovnik - tolle Städte eint ein Problem: In ihren Gassen drängen sich zu viele Touristen. Was tun?

Ob auf dem Markusplatz in Venedig, der Promenade "La Rambla" in Barcelona oder in der Altstadt von Dubrovnik - wo es schön ist, stehen sich die Touristen in der Hochsaison gegenseitig auf den Füßen. Das nervt nicht nur die Reisenden, der ausufernde Massentourismus erzürnt auch die Einheimischen. Durch Ferienwohnungen für Touristen geht Wohnraum verloren, die Mieten stiegen. Hinzu kommen der Lärm und der Müll, den Urlauber produzieren. "Die Einwohner haben das Gefühl, dass ihnen die Stadt nicht mehr gehört", sagt Frans van der Avert, Chef von Amsterdam Marketing.

"Overtourism"- das Phänomen ist ein viel diskutiertes Thema auf der Touristikmesse ITB in Berlin. Der Reisebranche bereitet es Kopfschmerzen, wenn Urlauber als Plage betrachtet werden. "Schließlich schafft Tourismus Arbeitsplätze und Wohlstand und bekämpft die Armut - aber er sollte für jeden ein Vorteil sein", sagt Gloria Guevara, Präsidentin des Welttourismusverbandes WTTC. "Wir sind gefragt, an Lösungen zu arbeiten und nicht als Branche Opfer unseres eigenen Erfolges zu werden", mahnt auch der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft, Michael Frenzel.

Das Problem ist vielschichtig. Da ist der Boom der Billigflieger, die zunehmende Beliebtheit von Kreuzfahrten, deren Passagiere Ziele wie Dubrovnik oder Venedig fast überrennen. Hinzu kommen Angebote wie Airbnb und andere Vermittler privater Unterkünfte. Eine einzelne Ursache für den Overtourism gibt es nicht.

Was also tun? Mit dem Beratungsunternehmen McKinsey arbeitet der WTTC an einer Strategie gegen Überfüllung, die in sechs Städten erprobt werden soll. Einige Orte setzen Smartphone-Apps und Car-Sharing-Angebote ein, um zu entzerren. Denn nicht nur die Anwohner beschwerten sich. Auch neun Prozent der Touristen gaben in einer Umfrage der Beratung IPK an, Überfüllung habe im vergangenen Jahr ihre Urlaubsfreude getrübt. Spanien war davon besonders betroffen, weil nach Anschlägen und politischen Unruhen viele Reisende die Türkei oder Ägypten mieden und sich im vergangenen Jahr am westlichen Mittelmeer ballten.

Barcelona arbeitet deshalb mit seiner Regionalvertretung an einem Marketingplan, um Touristen auch für das Umland zu begeistern. Auch New York City hat eine Kampagne gestartet, damit Urlauber sich nicht mehr so dicht in Manhattan oder an der Freiheitsstatue drängen. Sonderangebote zu Restaurant- oder Broadway-Wochen sollen Lust machen, schon im Januar oder Februar anzureisen.

Mit dem Problem zu vieler Menschen auf zu engem Raum schlägt sich auch Mato Frankovic herum, der Bürgermeister von Dubrovnik. In der malerischen Altstadt an der kroatischen Adriaküste ist im Sommer kein Durchkommen mehr, wenn Tausende aus gleich mehreren Kreuzfahrtschiffen strömen. Das Stadtoberhaupt ergriff die Initiative und handelte mit dem Kreuzfahrtverband aus, dass Schiffe ihre Anlegezeiten besser abstimmen. Auch moderne Technik soll helfen: Ende des Jahres will Dubrovnik eine App anbieten, die anzeigt, wenn die Altstadt zu voll ist und den Weg zu anderen Sehenswürdigkeiten außerhalb der Stadtmauern weist.

Andere Maßnahmen gegen den Overtourism sind auch gesetzliche Beschränkungen für neue Hotels oder die Vermietung von Unterkünften. In Amsterdam etwa dürfen Wohnungen von 2019 an nur noch maximal 30 Tage im Jahr an Touristen vermietet werden. Im Stadtzentrum werden außerdem keine neuen Hotels gebaut.

Radikaler ist der Weg, an der Preisschraube zu drehen. Auf Mallorca müssen Urlauber seit 2016 eine Touristenabgabe zahlen. Trotzdem reisten 2017 rund 4,5 Millionen Deutsche auf die Baleareninsel - 6,1 Prozent mehr als 2016. Die Hotels, Sehenswürdigkeiten und Eintrittsgelder massiv zu verteuern, widerspreche außerdem der Demokratisierung des Reisens, sagte Tourismusforscher Prof. Jürgen Schmude auf der ITB. Fest steht: Ein Patentrezept für jede betroffene Stadt oder Region gibt es nicht. "Wir fischen ein bisschen im Trüben und wissen noch nicht so wirklich, was wir machen sollen", räumte Schmude ein. Relativ einig ist man sich aber darin, dass eine clevere Lenkung der Besucher und Alternativen zu touristischen Hotspots besser sind als Verbote. Einfach wird das alles nicht. Denn die Asiaten - das ist auch eine Kernbotschaft der ITB 2018 - fangen mit dem Reisen weltweit gerade erst so richtig an. Der nächste Besucherrekord kommt bestimmt.

SO VERBREITEN SICH FALSCHER NACHRICHTEN IM INTERNET

Jan Schwenkenbecher

Sind es Programme, die falsche Nachrichten im Internet möglichst schnell verbreiten, sogenannte Bots? Sind es nach Aufmerksamkeit heischende Nutzer, die ihre Lügen an vielen Stellen posten? Wer sich auf diese Erklärungen beruft, der irrt wohl. Wie Forscher vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) zeigen, sind es nicht Trolle oder Bots, die die Dynamik falscher Nachrichten erklären. Wir alle sind es.

Für ihre Studie, die im Fachblatt Science veröffentlicht wurde, analysierten die Wissenschaftler 126 000 Nachrichten-Ketten von Twitter - also Tweets, deren Re-Tweets, den Re-Re-Tweets. Drei Millionen Nutzer verbreiteten diese in der Zeit zwischen der Gründung der Plattform im Jahr 2006 und 2017. Die Nachrichten-Ketten stuften die Forscher anschließend als "falsch", "wahr" oder "gemischt" ein. Als "falsch" bewerteten sie einerseits bewusst lancierte Fehlinformationen, also Fake News, andererseits aber auch unabsichtlich entstandene Falschnachrichten. Sie verließen sich dabei auf sechs Faktencheck-Organisationen, die in ihrer Einschätzung zu 95 bis 98 Prozent übereinstimmten. Die Ergebnisse zeigen, dass sich falsche Nachrichten deutlich schneller im Internet verbreiteten und häufiger getweetet werden als wahre. So brauchte eine wahre Nachricht im Schnitt sechs Mal so lange wie eine falsche, um 1500 Personen zu erreichen. Am größten war der Unterschied bei politischen Nachrichten. Dennoch bedeutet die Verbreitung noch nicht, dass alle Personen, die die falschen Nachrichten sehen, diese auch lesen und erinnern.

Um zu überprüfen, ob Bots die falschen Informationen besonders schnell verbreiten, setzten die Forscher eine Software ein, um die Bot-Beiträge herauszufiltern. Die Ergebnisse blieben allerdings gleich. "Bots erklären nicht, dass falsche Nachrichten schneller und weiter verbreitet werden", sagt Sinan Aral, einer der Forscher. "Menschen sind für die Verbreitung falscher Nachrichten weitaus mehr verantwortlich, als wir bisher dachten." Allerdings ist es auch keine spezielle Gruppe von Menschen, die falsche Nachrichten besonders häufig verbreitet. Denn die Ergebnisse zeigen außerdem, dass falsche Nachrichten auch dann mit 70-prozentiger Wahrscheinlichkeit eher geteilt wurden, wenn die Forscher Alter, Aktivität und die Anzahl der Twitter-Kontakte (Folgende und Gefolgte) herausrechneten.

Bleibt die Frage: Warum verbreiten Menschen falsche Nachrichten? Wieso schreibt jemand, dass Hillary Clinton einen Alien adoptiert habe? In der Studie führen die Forscher hier die Theorie an, dass dies auf den Neuigkeitswert zurückzuführen sein könnte. Hillary Clinton und ein adoptierter Alien? Das ist zwar falsch, man hat es so aber auch noch nie gehört, man ist überrascht. So erregen falsche Nachrichten unsere Aufmerksamkeit in besonderem Maße. Was auch wiederum befeuert, diese "Neuigkeit" mit anderen zu teilen.

Nicole Krämer, Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Duisburg-Essen, hat in diesem Punkt aber noch eine Ergänzung. Krämer hat selbst zur Verbreitung von Nachrichten geforscht, sie legt den Fokus eher auf die Negativität der Nachricht. Menschen gewichteten Negatives stärker, sagt Krämer, "das ist evolutionär begründet." Die Angst vor dem Löwen ist eben wichtiger als die Freude über eine schöne Landschaft. "Wir haben da aus ersten Studien Hinweise, dass das auch für Nachrichten gilt und negative Nachrichten stärker verbreitet werden."

Krämer arbeitet zusammen mit weiteren Wissenschaftlern, IT-Experten und Juristen an dem Projekt "Dorian", das Möglichkeiten untersucht, die Verbreitung von falschen Nachrichten einzudämmen. Auch die MIT-Forscher wollen untersuchen, welche Gegenmaßnahmen wirken. Zwei Ideen hat Sinan Aral, eine davon ist "Labeling". "Wir könnten Quellen mit einem Wahrheits-Score versehen", sagt er, "ein Prozentsatz, der sich daraus errechnet, wie viele wahre und falsche Nachrichten in einem bestimmten Zeitraum von dieser Quelle stammen." So könnten Nutzer sehen, wie vertrauenswürdig eine Nachrichten-Quelle ist. Eine andere Methode wäre, das existierende Anreiz-System zu verändern. "Wir wissen, dass einige falsche Nachrichten aus ökonomischen Gründen verbreitet werden", sagt Aral. Das Social Media-Werbesystem mache die Verbreitung von Beiträgen profitabel, die viel Aufmerksamkeit hervorriefen, weil man daneben Anzeigen verkaufen könne. "Vielleicht könnten wir hier ökonomische Gegenreize setzen, etwa diese Accounts abstufen und ihre Reichweite verringern."

Das größte Problem dürfte allerdings sein, wer letztlich darüber entscheidet, was wahr und was falsch ist. Übernehmen Faktencheck-Organisationen im Internet die Deutungshoheit über die Wahrheit? Wo beginnt Zensur? Diese Fragen werden die Forscher von MIT und Fraunhofer-Institut künftig beschäftigen. Was sie nun schon wissen: die Maßnahmen müssen sich nicht gegen Bots und Trolle richten, wir alle sind Teil des Problems.

LUFTVERSCHMUTZUNG: BUND ERWÄGT KOSTENLOSEN NAHVERKEHR

Sabine Maurer

Die Bundesregierung sieht sich wegen einer möglichen Klage der EU-Kommission nach Möglichkeiten um, für saubere Luft in den Städten zu sorgen. In einem Brief an Umweltkommissar Karmenu Vella beschreiben die Ministerien für Umwelt und Verkehr sowie das Bundeskanzleramt insgesamt sieben Maßnahmen. Dazu gehören Verkehrsregulierung, sogenannte Niedrigemissions-Zonen für Schwerlastverkehr, die Förderung von E-Mobilität und ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr. Ziel dabei ist, die Zahl privater Fahrzeuge zu verringern.

In dem ZEIT ONLINE vorliegenden Brief, über den zuerst das Magazin Politico berichtet hatte, bilanziert die Regierung, die Emissionswerte seien durch die bisher eingeleiteten Gegenmaßnahmen in mindestens zehn Städten gefallen. Zudem verweist sie auf das bereits auf den Weg gebrachte Milliardenprogramm für bessere Luft in Städten.

Der Vorschlag zum ÖPNV könnte bedeuten, dass der Bund Länder und Kommunen finanziell dabei unterstützt, wenn diese einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einführen wollen. In vielen deutschen Städten werden Schadstoffgrenzwerte nicht eingehalten. Die Unterzeichnenden des Schreibens versichern, dass sie sich mit Kommunen und Ländern bei den Überlegungen eng abgestimmt hätten. Dem widersprach der Deutsche Städtetag: Vom Vorschlag eines kostenlosen Nahverkehrs sei man überrascht, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Die Idee, die Tickets günstiger zu machen, gebe es in einigen Städten schon länger. "Wer kostengünstigen Nahverkehr will, muss das aber auch finanzieren können." Das gelte erst recht für kostenlose Tickets. "Wer bestellt, bezahlt" müsse auch für die Bundesregierung gelten. Nach Angaben des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen nehmen die Verkehrsbetriebe jährlich zwölf Milliarden Euro aus dem Ticketverkauf ein. "Das müsste am Ende der Steuerzahler finanzieren", sagte eine Verbandssprecherin. Weitere Milliarden wären nötig für neue Busse, Bahnen und Personal. Denn bei einem kostenlosen Angebot rechnet der Verband mit einem enormen Fahrgastzuwachs.

Die Wirksamkeit von Maßnahmen für eine bessere Luft solle in fünf Modellstädten getestet werden, heißt es in dem Schreiben – und zwar in Bonn, Essen, Herrenberg, Reutlingen und Mannheim. Der Kampf gegen Luftverschmutzung habe "höchste Priorität" für Deutschland. Eine neue Bundesregierung werde unverzüglich neue Maßnahmen auf den Weg bringen, sichern Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) der EU-Kommission zu.

In ihrem Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, gemeinsam mit Ländern und Kommunen die Anstrengungen für eine Verbesserung der Luftqualität vor allem in besonders belasteten Städten erheblich zu verstärken. So soll der Umstieg von Fahrzeug-Fuhrparks auf emissionsarme Antriebe vorangetrieben werden. Außerdem soll laut Koalitionsvertrag die Verlagerung des Pendlerverkehrs auf die Schiene gefördert werden. Zudem soll der Ordnungsrahmen so geändert werden, dass Länder und Kommunen in der Lage sind, verbindliche Vorgaben und Emissionsgrenzwerte für den gewerblichen Personenverkehr wie Busse und Taxen zu erlassen.

Obwohl einzelne Kommunen wie Stuttgart bereits zu Fahrverboten gezwungen wurden, hält die EU-Kommission die bisherigen Maßnahmen Deutschlands für unzureichend, um Grenzwerte für Stickoxide einzuhalten. Sie hatte die Bundesregierung aufgefordert, nachzubessern. Die Kommission will im März über eine mögliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen zu hoher Luftverschmutzung gegen Deutschland und acht weitere Staaten befinden. Verlöre Deutschland einen solchen Rechtsstreit, wären unter Umständen hohe Strafgerichte fällig.

Um das Thema Fahrverbote geht es am 22. Februar auch vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Das Gericht könnte eine wegweisende Entscheidung fällen, ob Fahrverbote rechtmäßig sind. Die Bundesregierung hatte eingestehen müssen, dass es in 20 deutschen Städten wohl auch bis 2020 nicht gelingen werde, die EU-Grenzwerte für Stickoxide einzuhalten. Eine Hauptquelle der Stickoxide ist der Autoverkehr. Als besonders belastend gelten zudem Autos mit Dieselmotoren

SOZIALE MOBILITÄT : DER EIGENE ERFOLG HÄNGT SOGAR VOM URGROSSVATER AB

Frank Stocker

Der Vater war Anwalt, der Großvater Arzt, selbst der Urgroßvater schon hoher Beamter – von solchen großbürgerlichen Familienhistorien hat jeder schon einmal gehört. Nicht zuletzt daraus speist sich der verbreitete Eindruck, dass „die da oben“ schon immer oben waren. Und dort bleiben. Das ist auch gar nicht so falsch. Zumindest unterstreicht dies eine soeben veröffentlichte Studie der Arbeitsmarktforscher Sebastian Braun vom Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) und Jan Stuhler von der Universität Madrid, die in der Märzausgabe des „Economic Journal“ erschienen ist. Der Schluss der Forscher: In Deutschland hänge der soziale Status einer Person maßgeblich vom sozialen Status der Vorfahren ab, und die soziale Mobilität in Deutschland sei deutlich geringer als bislang angenommen. Als Basis dienten ihnen drei große Datenerhebungen, die Deutsche Lebensverlaufsstudie, die Berliner Altersstudie sowie das Nationale Bildungspanel. Die Daten decken dadurch einen Zeitraum vom späten 19. Jahrhundert bis in die jüngste Gegenwart ab. Das Entscheidende: Diese Erhebungen umfassen mehr als zwei Generationen. Denn Eltern-Kind-Vergleiche gab es in den vergangenen Jahrzehnten schon diverse, und diese ergaben oft, dass der Status der Eltern nur wenig Einfluss auf denjenigen ihrer Nachkommen und deren Einkommensperspektiven gehabt habe. Selbst der Nobelpreisträger Gary Becker stützte diese These in den späten Achtzigerjahren noch.

Die neue Studie nun, die drei und teilweise sogar vier Generationen miteinander vergleicht, kommt dagegen zu ganz anderen Schlüssen. Denn ihr zufolge lassen sogar Bildungsgrad oder Berufsstand der Urgroßeltern noch auf den ihrer Nachfahren heute in der vierten Generation schließen. Soziale Ungleichheit baue sich folglich sehr viel langsamer ab als bislang geglaubt. Die beiden Forscher haben ermittelt, dass im Schnitt 60 Prozent der Faktoren, die für den sozialen Status einer Person maßgeblich sind, von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Dazu könnten Lebensumstände wie das gesellschaftliche Netzwerk zählen, aber auch vererbte Begabungen. „Selbst nach vier Generationen konnten wir immer noch einen Zusammenhang zwischen dem eigenen sozialen Status und dem der Vorfahren messen“, sagt Sebastian Braun. „Dies bedeutet, dass sich die soziale Ungleichheit in Deutschland nur sehr langsam abbaut.“

Je niedriger der soziale Status der Urgroßeltern einst war, desto geringer ist wiederum der soziale Status der Urenkel heute. „Ein niedriger Status der Vorfahren wirkt wie eine Last, die den sozialen Aufstieg auch vier Generationen später noch bremst“, sagt Braun. Und das Gleiche gilt auch umgekehrt: Gehörten die Urgroßeltern zur sozialen Oberschicht, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass dies nun auch für die Urenkel gilt. Erstaunlich ist zudem, wie stark sich Deutschland von anderen Ländern unterscheidet, beispielsweise von Schweden. Die beiden Forscher haben ihre Daten mit denen des skandinavischen Landes verglichen und kommen zu dem Schluss, dass der Zusammenhang zwischen sozialem Status der Eltern und der Kinder hierzulande 20 bis 30 Prozent größer ist als in Schweden. Betrachtet man die Korrelation über drei Generationen hinweg, dann ist diese hierzulande sogar so hoch wie in Schweden über zwei Generationen.

Dies ist vor allem deshalb erstaunlich, weil in Deutschland die Gesellschaft durch zwei Weltkriege komplett umgepflügt wurde – viele Landbesitzer oder Unternehmer verloren ihr komplettes Vermögen oder wurden enteignet. Dennoch scheint sich der soziale Status ihrer Familie auch über all diese Katastrophen hinweg relativ konstant gehalten zu haben. Die Studie widerlegt damit auch die bisherige Annahme, dass der soziale Status in den modernen Industrieländern, nur zu einem geringen Teil von den Eltern abhängt. Meist wurde angenommen, dass dieser nur zu 30 bis 40 Prozent darauf zurückzuführen sei, da in modernen Gesellschaften Herkunft weniger wichtig sei als individuelle Talente sowie der persönliche Einsatz. Braun und Stuhler kommen nun auf einen fast doppelt so hohen Wert von rund 60 Prozent, zu dem der soziale Status der Vorfahren auf die Nachkommen abfärbe. Noch spektakulärer waren im Vergleich dazu nur die Erkenntnisse, zu denen vor zwei Jahren die Ökonomen Guglielmo Barone und Sauro Mocetti von der italienischen Zentralbank gelangten. Sie hatten damals die Steuerdaten von Florenz aus dem Jahr 1427 mit jenen des Jahres 2011 verglichen, mit einem speziellen Fokus auf den Familiennamen. Ihr Ergebnis: Die fünf reichsten Familien im Jahr 2011 waren auch schon 600 Jahre zuvor die wohlhabendsten.

WELTTAG DES KOMPLIMENTS: ANDERE KULTUREN, ANDERE KOMPLIMENTE

Melinda Reitz

"Danke für die Blumen": Am 1. März wird der Welttag des Kompliments gefeiert. Kulturell gibt es weltweit jedoch große Unterschiede, was überhaupt als Kompliment gilt.

"Ein Kompliment ist so etwas wie ein Kuss durch einen Schleier" schreibt der französische Schriftsteller Victor Hugo in seinem Roman "Die Elenden". Doch manchmal wird die gute Absicht falsch interpretiert. Besonders zwischen verschiedenen Kulturen gibt es schnell Missverständnisse und eine nett gemeinte Aussage kann falsch aufgefasst werden.

Eine im Vergleich zur deutschen ganz andere Komplimente-Kultur herrscht in Japan. Die Bewohner des Inselstaats sind ein sehr zurückhaltendes Volk, daher werden Komplimente nur selten vergeben. Ausländern gegenüber gehört es aber zum guten Ton, aufmerksam zu sein und etwa die guten Sprachkenntnisse zu loben. Erhaltenes Lob sollte jedoch stets bescheiden zurückgewiesen werden, sonst wirkt man schnell arrogant. Wenn ein Japaner einer Frau ein Kompliment macht, dann ist das eine große Sache! Zu den - in unseren Ohren - kurioseren Schmeicheleien gehört wohl, dass man ein kleines Gesicht habe. Damit wird weniger eine Aussage über die Kopfgröße gemacht, stattdessen sollen gleichmäßige und feine Gesichtszüge gepriesen werden. Ein Schönheitsideal! Ebenso darf sich eine Frau freuen, wenn ihr eine weiße Haut und eine große Nase bescheinigt werden. Die noble Blässe können wir vielleicht noch nachvollziehen, aber eine große Nase? Sie lässt das restliche Gesicht kleiner erscheinen!

In Kamerun bedient man sich gerne Metaphern um Wertschätzung auszudrücken. So kann jemand auch schon mal als alter Topf (*vielle marmite*) bezeichnet werden. Das ist dann keine Beleidigung, sondern dem Gelobten werden große Kochkünste zugesprochen. Denn ein Kameruner findet, dass alte Töpfe das beste Essen hervorbringen. Und wird man nach einem imposanten großen Baum *Baobab* gerufen, dann hat man eine gute Leistung erbracht und gilt als respektierte Person.

Eine ähnliche Respektsbekundung kann man auch in Brasilien finden: Dort wird jemand mit viel Erfahrung "alter Affe" (*macaco velho*) genannt. Das geht auf das Sprichwort zurück: "Ein weiser alter Affe steckt seine Hand nicht in einen Topf", denn in Brasilien essen Affen gerne aus den topfartigen Früchten eines Baumes. Ein junger Affe steckt nun also seine Hand in den Fruchttopf - und bleibt mit der geschlossenen Faust stecken. In Indien beweist man beim Aussprechen von Komplimenten ebenso viel Fantasie. Auf Hindi sagt man zu einer vorbeigehenden Frau schon mal "*Gaja Gamini*", sie geht wie ein Elefant. Denn aus indischer Sicht sind die Dickhäuter keine ungeschickten Trampel, sondern schreiten langsam und graziös daher. Bollywood hat sich von dieser Metapher auch schon zu einem gleichnamigen Film inspirieren lassen. Darin verkörpert die berühmte Schauspielerin Madhuri Dixit eine verführerische Gaja Gamini.

Im bengalischen Sprachraum, der Teile von Indien und Bangladesch umfasst, sagt man einer Frau gerne, dass sie eine "*Dana Kata Pori*" ist, eine Fee ohne Flügel. Nein, der Fee wurde kein Leid angetan, sondern die Metapher ist wohl eher mit der eines auf die Erde gekommenen Engels vergleichbar: Die Frau ist einfach wunderschön. Auch in Russland ist man beim Komplimentemachen kreativ. Bekommt man gesagt, man sei fit wie ein Gürkchen (Огурчик), soll das heißen, dass man frisch und lebendig aussieht. Ähnliches bedeutet die Schmeichelei "Blut mit Milch" (Кровь с молоком): Jemand hat rote Wangen und ist damit voller Kraft. Auch wenn beim Austausch von Herzlichkeiten schon mal etwas schiefgehen kann, sollte man sich nicht davon abschrecken lassen. Denn nichts macht glücklicher als die ehrliche Wertschätzung, finden die Initiatoren des Welttags des Kompliments. Und im Gegensatz zu Muttertag und Valentinstag verfolge er keinerlei kommerzielle Absichten. Ein Kompliment auszusprechen erfordert nichts weiter als ein wenig Mut. Der Welttag des Kompliments findet seit 2011 jährlich am 1. März statt. Er stammt ursprünglich aus den Niederlanden, wo schon seit 2003 der Nationale Tag des Kompliments begangen wird.

ERNEUERBARE ENERGIEN : JA ZUR ENERGIEWENDE, NEIN ZU WINDRÄDERN

Ralph Diermann

Der Strom kostet in Deutschland so viel wie in kaum einem anderen Staat der Europäischen Union. Der Kohleausstieg ist in weiter Ferne und die CO₂-Emissionen steigen. Die Zwischenbilanz der Energiewende fällt mehr als mau aus. Warum geht es so langsam voran? Einer der Gründe dafür ist die ambivalente Haltung eines Großteils der Bevölkerung. Viele Menschen befürworten die Energiewende zwar grundsätzlich, lehnen aber die zwangsläufig damit verbundenen Veränderungen im Landschaftsbild, etwa durch den Bau von Windrädern, vehement ab. Oft sind sogar Mitglieder von Bürgerinitiativen gegen geplante Windparks, die überall in Deutschland zu Hunderten gegründet wurden, grundsätzlich für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. In Leserbriefen und auf Veranstaltungen, auf Flugblättern und auf Internetseiten betonen die Aktivisten immer wieder: Nein zu Windrädern in der Nachbarschaft - aber Ja zur Energiewende. Vielerorts konnten sie den Bau neuer Windparks verzögern oder sogar verhindern. Ein typisches Beispiel für "Not in my backyard"-Egoismus? Für Matthias Groß, Leiter der Abteilung Stadt und Umweltsoziologie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig, greift diese Erklärung zu kurz. "Hier wirken tiefsitzende kulturelle Muster. Der Ablehnung liegt ein Naturbegriff zugrunde, der sich nicht mit Windrädern verträgt", sagt der Wissenschaftler. Das Verständnis von Landschaft ist hierzulande stark durch die Romantik geprägt, das Ideal sind vorindustrielle Bilder. Technik passt dort nicht hinein. "Gerade wenn es um so grundlegende Themen wie die Energieversorgung einer Gesellschaft geht, ist die Akzeptanz von Veränderungen immer auch eine kulturelle Frage", meint Groß. Paradoxerweise liegt aber genau hier auch ein wesentlicher Grund dafür, dass eine sehr große Mehrheit der Deutschen den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien immer noch befürwortet. "Die Grundhaltung ist: Die Energiewende macht Schluss mit der Ausbeutung von Mutter Natur", sagt der Helmholtz-Forscher. Nach einer vom Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage stehen 88 Prozent der Bundesbürger hinter der Energiewende. Die Zustimmung verläuft quer durch alle Bildungs-, Einkommens- und Altersgruppen, von FDP-Anhängern bis hin zu denen der Linkspartei. Und selbst AfD-Sympathisanten halten den Umbau des Energiesystems mehrheitlich für sinnvoll. Dass dafür aber weitreichende Eingriffe in die Landschaft nötig sind, wird gern übersehen. Allerdings sind es nicht allein kulturelle Prägungen, die den Umbau des Energiesystems zu einer zähen Angelegenheit machen. "Wir haben die Komplexität der Energiewende dramatisch unterschätzt", meint Armin Grunwald, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag und Professor für Technikphilosophie am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Das Bild, das wir uns vom Energiesystem und seiner Transformation gemacht haben, sei viel zu einfach gewesen. Lange Zeit wurde die Energiewende vor allem als rein technische Aufgabe verstanden: Windräder und Solaranlagen treten an die Stelle von Atom- und Kohlekraftwerken; Wärmepumpen, Pelletkessel und Solarthermieanlagen ersetzen Öl- und Gasheizungen; Autos fahren künftig mit Strom statt mit Benzin oder Diesel; effizientere Anlagen, Maschinen und Geräte mindern den Energiebedarf. "Dahinter steht die Denke, dass wir nur die Technik auswechseln müssen, und sonst bleibt alles gleich", sagt Grunwald. Doch die Energiewende verändere nicht nur die Welt hinter der Steckdose und der Zapfsäule, sondern auch die davor - sie reiche tief in den Alltag der Menschen hinein. Die Transformation des Energiesystems stellt Gewohnheiten und Lebensweisen infrage, verlangt Anpassungsfähigkeit und fordert Mitarbeit. Etwa im Bereich der Energieeffizienz: Eine Anlage zur automatischen Belüftung von Gebäuden zum Beispiel spart nur dann Energie, wenn die Bewohner ihr vertrauen und die Fenster auch dann geschlossen halten, wenn sie frische Luft wünschen. Oder bei der Mobilität: Eine Tankfüllung Benzin oder Diesel reicht für mehrere Hundert Kilometer, eine Batterieladung Strom dagegen bringt ein Auto deutlich weniger weit. Darüber hinaus nimmt das Laden viel mehr Zeit in Anspruch als das Tanken. Autofahrer müssen sich also mit dem Kauf eines Elektroautos von lange eingeübten Verhaltensmustern verabschieden. Zugleich verändert sich mit der Energiewende die Rolle der Verbraucher. Statt wie gewohnt Strom und Wärme einfach nur zu konsumieren, sind sie gefordert, künftig einen aktiveren Part zu übernehmen. Wer zum Beispiel mit einer Wärmepumpe heizt, könnte dabei helfen, die Stromnetze zu stabilisieren. Diese Aufgabe übernehmen bislang vor allem Kohlekraftwerke und Gasturbinen. Dazu müssen die Haushalte den Netzbetreibern das Recht gewähren, bei Bedarf aus der Ferne auf die Anlagen zuzugreifen. Geraten Stromangebot und -nachfrage aus dem Gleichgewicht, werden Wärmepumpen kurzzeitig an- oder abgeschaltet. Dass die prinzipielle Unterstützung trotz alledem immer noch so hoch ist, wundert Grunwald nicht. "Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer klimafreundlicheren Energieversorgung konnte sich über einen sehr langen Zeitraum von 30 oder 40 Jahren entwickeln", sagt der Wissenschaftler. Allerdings bedeutet das eben nicht zwangsläufig auch die Zustimmung zum Bau von Windparks und Hochspannungstrassen in unmittelbarer Nachbarschaft, den Umstieg auf ein Elektroauto oder die Bereitschaft, elektrische Geräte vom Netzbetreiber fernsteuern zu lassen. Um diesen Widerspruch zu überwinden, verlangt Grunwald eine ehrlichere Debatte über die - nicht nur monetären - Kosten der Energiewende, eine stärkere Beteiligung der Bürger bei der Planung einzelner Maßnahmen sowie eine gerechtere Verteilung der Lasten.

TÄGLICH UNTERWEGS - DEUTSCHLANDS PENDLERPROBLEM - UND WAS HELFEN WÜRD E

Christian Frahm

In Deutschland gibt es so viele Pendler wie nie zuvor, und die meisten fahren Auto. Dabei gibt es Modelle, das zu ändern.

Für gut zwei Drittel aller Berufspendler ist das Auto immer noch das Transportmittel Nummer eins. Reinsetzen, losfahren, an der Arbeitsstätte wieder aussteigen. Bequem einerseits, für Städte und Kommunen in Zeiten erhöhter Stickoxidbelastungen aber problematisch. Fahrverbote drohen, die auch das Auto-Pendeln erheblich einschränken würden. Wie also soll es weitergehen? Wie pendeln wir in Zukunft?

Die Vision: Per Smartphone gibt der Nutzer nur noch Start- und Zielpunkt seiner Reise an und eine App zeigt anschließend die beste Route inklusive aller Verkehrsmittel - egal ob Fahrrad, Elektroroller oder Car-Sharing-Fahrzeug - an. Die Kosten sind transparent und werden ebenfalls via Smartphone abgerechnet. Ein eigenes Auto braucht man nicht mehr.

So ähnlich sieht es auch Volkswagen. Wie es künftig von A nach B gehen könnte, zeigt der Autobauer mit seinem neuen Ride-Pooling-Dienst Moia, eine Art moderner Fahrgemeinschaft. Über eine App kann der Fahrgast ein Shuttle ordern und sich an ein beliebiges Ziel befördern lassen. Auf dem Weg dorthin berechnet ein Algorithmus, welche Fahrgäste eine ähnliche Route haben und auf der Fahrt eingesammelt werden könnten. Der Vorteil: Leerfahrten würden vermieden, es säßen mehrere Personen in einem Fahrzeug und weniger Autos wären auf den Straßen. Noch in diesem Jahr soll der Fahrdienst an den Start gehen.

Aber um die Pendlerströme effektiv begrenzen zu können, braucht es noch mehr als einzelne Fahrdienstleistungen. Gefragt sind in Zukunft sogenannte multimodale Verkehrskonzepte, also die intelligente Verbindung aller verfügbaren Verkehrsmittel. Reisende legen sich dann nicht mehr nur auf ein Verkehrsmittel fest, sondern können je nach Strecke und individuellen Kriterien ein für sie geeignetes Verkehrsmittel auswählen. Doch davon ist man in Deutschland noch weit entfernt.

Das Problem: die mangelhafte digitale Infrastruktur. Damit der Nutzer reibungslos zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln wechseln kann, braucht es ein einheitliches Bezahlssystem und eine Vernetzung der einzelnen Mobilitätsanbieter. Verkehrsbetriebe, Car-Sharing-Anbieter oder On-Demand-Fahrdienste wie Moia oder Uber müssten auf einer einzigen Plattform vereint sein, um dem Kunden den Komfort bei der Reiseplanung zu bieten, die ihn umsteigen bzw. aus seinem Auto aussteigen ließe.

Und genau diese Vereinheitlichung ist bislang die große Hürde. "Die Digitalisierung ist unsere große Chance. Sie kann uns helfen, die heute schon zahlreichen Angebote von Mobilität sinnvoll miteinander zu vernetzen", sagt Alexander Möller, Geschäftsführer des ADAC. "Leider hängt Deutschland mit diesem Plattformgedanken aber noch weit hinterher."

Anders sieht es in Finnlands Hauptstadt Helsinki aus. Geht es nach der Stadtverwaltung, soll dort bis 2025 niemand mehr ein eigenes Auto brauchen. Dahinter steckt die Initiative "Mobility as a Service" (MaaS) und die Idee, den privaten Pkw durch die Vernetzung von Bikesharing, Carsharing, ÖPNV und Taxis obsolet zu machen. Erreicht werden soll das durch ein flächendeckendes Angebot an Sharing-Diensten. So gibt es bereits jetzt fünf verschiedene Car-Sharing-Dienste in der Stadt - Tendenz steigend. Über Apps wie "Whim" oder "Tuup" sind die zahlreichen Sharing-Anbieter in Helsinki außerdem miteinander vernetzt und lassen sich bequem über das Smartphone miteinander kombinieren.

Ähnliche Entwicklungen sind hierzulande auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Dabei ist die mangelhafte digitale Infrastruktur aber nur ein Grund dafür, dass Deutschland eine Pendlerhochburg ist. Dass viele Arbeitnehmer sich überhaupt ins Auto respektive in Bus oder Bahn setzen müssen, um zur Arbeit zu kommen, liegt daran, dass viele von ihnen außerhalb der Ballungszentren wohnen. In Städten wie Hamburg, Berlin, Frankfurt oder München sind die Mieten für viele Menschen schlicht zu hoch.

"Hier müssen die Anstrengungen der Politik verstärkt werden, um dort, wo sich die attraktiven Arbeitsplätze konzentrieren, nämlich in den Ballungskernen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen", sagt Thomas Pütz vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Neben geringeren Mietpreisen sieht Pütz aber noch einen weiteren Stellhebel, um die Zahl an Pendlern kontrollieren und bestenfalls minimieren zu können, und der hat mal wieder etwas mit Digitalisierung zu tun.

"In Zukunft wird es wichtig sein, sich mit den Auswirkungen des Pendelns zu beschäftigen und physische Mobilität durch digitale Mobilität zu ersetzen", meint Pendlerexperte Pütz. Im Klartext: Künftig sollen Arbeitgeber ihren Beschäftigten es dort, wo es möglich und sinnvoll ist, ermöglichen, von zu Hause aus zu arbeiten. Sie sollen ihnen die entsprechende digitale Infrastruktur bieten, um nicht jeden Tag ins Büro fahren zu müssen.

Fest steht erst mal, dass sich am Pendelvolumen nicht viel ändern wird. Die anhaltend gute Konjunkturlage bringt viele neue Arbeitsplätze mit sich, erhöht gleichzeitig aber die Anzahl derer, die von zu Hause ins Büro fahren müssen. Dass die Pendler weniger werden, steht also nicht in Aussicht.

DAS AUSLAND KAUFT DEUTSCHLANDS DIGITALE INDUSTRIE

Carsten Knop

Deutsche Unternehmen mit Industrie-4.0-Kompetenz sind ein begehrtes Kaufobjekt. Die Deutschen sind im Ausland dagegen nicht so offensiv unterwegs. Käufer aus dem Ausland haben das Potential, das in Industrie-4.0-Anwendungen liegt, schon sehr viel stärker erkannt als Unternehmen aus dem Inland.

Das Ungleichgewicht könnte sich zu einem Standortnachteil Europas entwickeln. So haben im ersten Halbjahr 82 deutsche Unternehmen auf dem entsprechenden Markt im Ausland zugekauft. In derselben Zeitspanne wurden allerdings 113 deutsche Unternehmen von ausländischen Investoren übernommen. Für die vergangenen drei Jahre summieren sich die Übernahmen deutscher Unternehmen im Ausland auf 454. Diesen Transaktionen stehen 596 von ausländischen Konzernen übernommene deutsche Unternehmen gegenüber.

Grundsätzlich gilt: Vor allem unter Industrie- und IT-Unternehmen steigt der Appetit auf Zukäufe. Dabei treten aber immer häufiger auch internationale Investoren auf den Plan. Im ersten Halbjahr des zu Ende gehenden Jahres fanden auf der ganzen Welt 2595 Unternehmenstransaktionen in den für die Industrie 4.0 relevanten Branchen Maschinenbau, High Tech, Produktion und IT statt – das waren 6 Prozent mehr als in derselben Zeitspanne des Vorjahres. Im Rahmen knapp jeder dritten Transaktion wurden Unternehmen durch ausländische Investoren erworben. Im Fokus stehen dabei deutsche Unternehmen und Gesellschaften aus den Vereinigten Staaten: So wurden 196 amerikanische und 113 deutsche Unternehmen aus den obigen Branchen von ausländischen Investoren gekauft. Großbritannien und Kanada belegten im ersten Halbjahr mit 72 beziehungsweise 48 Transaktionen die Plätze drei und vier im Ranking der wichtigsten Zielländer.

Während allerdings unter dem Strich deutlich mehr amerikanische Unternehmen im Ausland zukaufen als umgekehrt aus dem Ausland aufgekauft wurden, ergibt sich für den Industrie-4.0-Standort Deutschland ein negativer Saldo: Er liegt, bezogen auf die vergangenen drei Jahre, für den Standort Deutschland bei 142 Transaktionen. Für kein anderes Land der Welt ergibt sich ein derart großes Ungleichgewicht zwischen Aufkäufen durch ausländische Unternehmen und Zukäufen im Ausland. Großbritannien folgt mit 126 Transaktionen vor Italien mit einem negativen Saldo von 118. Umgekehrt ergibt sich für die Standorte Vereinigte Staaten, Japan und China ein deutlich positiver Saldo von 438, 199 beziehungsweise 147 Transaktionen.

Das sind Ergebnisse einer Untersuchung der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, die den Transaktionsmarkt in den Industrie-4.0-Branchen Maschinenbau, High Tech, Produktion und IT in der Zeitspanne Mitte 2014 bis Mitte 2017 untersucht. „Die Digitalisierung hat die Industrie längst voll erfasst und entwickelt sich zu einem der wichtigsten Treiber auf dem M&A-Markt“, wird EY-Partner Dierk Buß in einer Mitteilung zitiert. „Während etablierte Industriekonzerne versuchen, zusätzliche IT-Kompetenzen zuzukaufen, übernehmen auf der anderen Seite Technologiekonzerne verstärkt Industrieunternehmen, um sich Knowhow in den Bereichen Produktion sowie Forschung und Entwicklung zu sichern.“

Ebenfalls in diesem Kontext sehr aktiv sind Finanzinvestoren, die dabei sind, Unternehmen aus verschiedenen Segmenten zusammenzuführen und zu schlagkräftigen Anbietern neuer digitaler Industrielösungen zu formen. Immerhin jede fünfte Transaktion auf der Welt geht derzeit auf das Konto der Private Equity-Häuser. „Die Etablierung von Industrie-4.0-Lösungen wird den klassischen Produktionsprozess revolutionieren, das ist allen beteiligten Playern klar“, sagt Michael Kunz, Leiter des Private-Equity-Geschäftes von EY in Deutschland, der Schweiz und Österreich.

In allen vier untersuchten Branchen zählen deutsche Unternehmen zu den drei begehrtesten Investitionszielen auf der ganzen Welt. So wurden im Maschinenbau in den vergangenen drei Jahren 266 deutsche Unternehmen von ausländischen Investoren gekauft. EY-Partner Kunz wertet die hohe Zahl an Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische Käufer als Bestätigung für die Attraktivität deutschen Industrie-Know-hows: „Made in Germany hat in der Industrie nach wie vor einen hervorragenden Ruf. Deutsche Unternehmen verfügen vielfach über genau die Schlüsseltechnologien, welche die Basis für Industrie-4.0-Anwendungen sind. Sie sind damit ein hochgradig attraktives Investitionsziel.“

Dass allerdings die Zahl der Zukäufe deutscher Maschinenbauer im Ausland mit 182 so deutlich – um knapp ein Drittel – niedriger liegt als die Zahl der von ausländischen Käufern erworbenen deutschen Maschinenbauern, gebe zu denken, so Kunz: „Industrie 4.0 ist gerade für den Standort Deutschland eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Da wäre eine noch aktivere Rolle bei der Neuformung und Umgestaltung der Branche wünschenswert – auch um Diskussionen über einen etwaigen Ausverkauf deutschen Know-hows gar nicht erst aufkommen zu lassen.“

COME ON, GERMANY!

John Kornblum

Die Welt hat sich in den vergangenen 30 Jahren dramatisch verändert, aber immer noch ist Deutschland nicht in der Lage, eine Führungsrolle in Europa und der Welt zu übernehmen.

Der Wechsel im Jahre 1998 markierte nicht nur das Ende der längsten Kanzlerschaft des 20. Jahrhunderts, sondern auch den Übergang zu einer neuen Generation deutscher Politiker und zur ersten Teilnahme einer neuen Partei, der Grünen, an einer Bundesregierung. Die Tatsache, dass es in Deutschland seit 1982 nur drei Bundeskanzler gegeben hat, und seit 1969 nur fünf, zeigt, wie schwierig es in der Bundesrepublik ist, solche neuen Anfänge durchzuziehen.

Der Hang zur Unbeweglichkeit wird aber jetzt noch eher stärker werden. Und dies, obwohl der Druck von außen zunimmt. Das sieht man überdeutlich am 28-seitigen Sondierungspapier von SPD und CDU. Es ist ein wichtiges Dokument. Weil es auf dramatische Weise dokumentiert, wie unvorbereitet und unwillig die Psyche der Bundesrepublik ist, politisch zu handeln. „Politisch“ heißt, den Wählern konkrete Sachverhalte zu erklären und die Konsequenzen im Klartext durchzusetzen.

Der Rest der Welt verlangt solche konkreten politischen Entscheidungen. Für viele scheint nur Deutschland in der Lage zu sein, die liberale Grundordnung der Welt zu retten. Die Angst vor einem zu starken Deutschland ist längst einer Frustration über dessen hartnäckige Zurückhaltung gewichen. Deutschlands Partner erwarten von der reichen Bundesrepublik zudem ein Zeichen des Engagements für Europa und für die Stabilität aller Partner. Das heißt: Solidarität mit EU und NATO. Also vor allem mehr Ressourcen. Die Welt will von Deutschland genau das, was die deutsche Politik nicht zu liefern in der Lage ist. Wie aber kann es „erwachsen“ werden und mit dem Selbstvertrauen handeln, das vom wichtigsten Staat Europas benötigt wird? Nur durch einen harten, aber auch offenen politischen Dialog kann man den Neinsagern den Wind aus den Segeln nehmen.

Punkt eins müsste also sein: klar auszusprechen, wie schnell und grundsätzlich die Welt neu geordnet wird und wie wenig Europäer im Moment die Entwicklung beeinflussen. Nach 30 Jahren Frieden und Wohlstand haben europäische Staaten die Fähigkeit, strategisch zu handeln, fast verloren. Wenn man jetzt nicht die Initiative ergreift und konkrete Optionen offen bespricht, könnten Deutschland und Europa in der Versenkung verschwinden. Zweitens: die neue Ehrlichkeit zu nutzen, um ein modernes Konzept für Deutschland und Europa zu entwerfen. Im Moment steht Deutschland mit seinem Konzept für Europa fast alleine da. Man ist schon an den Punkt gekommen, wo die Bundesrepublik zwischen dem Schutz seiner wirtschaftlichen Prinzipien und europäischer Solidarität wählen muss. Hier könnte Henry Kissinger vielleicht behilflich sein. In seinem Klassiker „Diplomatie“ klagt Kissinger über die Neigung der USA, ihre Außenpolitik auf Idealismus statt Realismus zu basieren.

Eigentlich gilt dasselbe für das Nachkriegseuropa. Nach furchtbaren Kriegen und Wirtschaftskrisen malten Europäer ein ideales Europabild: einig, friedliebend und gerecht. Ein Friedensprojekt, das ohne Alternative alle Sünden der Vergangenheit durch erzwungene Einheit überwinden werde. Das Gebot, mit einer Stimme zu sprechen, hat im Endeffekt die wunderbare Vielfalt und Kreativität Europas unterdrückt.

Viel ist in letzter Zeit über Äußerungen der Bundeskanzlerin geschrieben worden, wonach man mehr Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit Europas gegenüber den USA an den Tag legen sollte. Ohne Frage ein richtiger Ansatz. Jeder amerikanische Präsident seit Nixon hat genau dasselbe verlangt. Aber womit und wozu? Im Moment steht Europa ohne Konzept und ohne Ressourcen fast hilflos da. Das Angebot der Bundeskanzlerin, eine aktive Rolle zur Beruhigung der Lage in Korea zu spielen, wurde im Ausland eher als Lachnummer empfunden. Ohne die atlantische Verbindung wird Europa weder wirtschaftlich noch diplomatisch weit kommen.

Europa und vor allem Deutschland müssen ergebnisorientiert werden. Ein „guter Europäer“ muss jemand sein, der Europa für das digitale Zeitalter fit macht. Einer, der sucht und baut und neue praktische Ideen entwickelt. Deutsche, französische und sogar englische Wähler waren bockig – nicht, weil sie ihre Nation oder die EU abgelehnt haben. Sie wandten sich gegen die etablierten Parteien, weil sie keine Verbindung zwischen ihren Bedürfnissen und der Rhetorik ihrer Regierung spürten. Und es wird noch schwieriger. Was nutzt Stabilität und Wachstum, wenn Innovation und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft vernachlässigt werden? Wozu europäische Sicherheitspolitik, wenn man die Flüchtlingsströme nicht einzudämmen bereit ist?

Digitalisierung und Globalisierung werden sehr viel zerstören. Es wird also viele Gewinner, aber auch viele Verlierer geben. Die Solidarität, die man heute braucht, kann nicht nur europäisch sein. Aber gerade wegen seiner Vergangenheit und seiner komplexen Vielfalt könnte Europa eine führende Rolle spielen, eine globale Solidarität unter Demokraten zu bauen. Den Kalten Krieg zu beenden, war eine genauso komplizierte und teilweise entmutigende Aufgabe. Aber es hat geklappt. Und wenn der amerikanische Präsident nicht mitmacht, dann gibt es genug andere in den USA, die mehr als bereit sind, europäische Ziele zu teilen. Vorausgesetzt, es gibt eine Strategie, die erklärt, was für ein Ziel und warum man dieses Ziel hat. Man muss ein Ziel haben.

CHINAS HUNGER NACH DEUTSCHER TECHNOLOGIE

Thomas Kohlmann

Während Berlin und Brüssel darüber diskutieren, Übernahmen in Schlüsselbranchen stärker zu regulieren, setzen Chinas Investoren im Gleichschritt mit der Staats- und Parteiführung den Masterplan "China 2025" um.

Brigitte Zypries hat es nicht leicht: Als Wirtschaftsministerin auf Abruf soll sie die Weichen stellen, um den weiteren Ausverkauf deutscher Technologieperlen an chinesische Investoren einzudämmen. Mittlerweile scheint auch beim letzten deutschen Politiker der Groschen gefallen zu sein, dass die Zeit drängt. Spätestens seit dem Daimler-Coup des Li Shufu. Praktisch über Nacht war der Chef des Autobauers Geely aus dem Schatten getreten und hatte die Welt mit der Mitteilung überrascht, er sei jetzt mit knapp zehn Prozent des Aktienkapitals größter Einzelaktionär des Daimler-Konzerns. Noch vor kurzem war der chinesische Selfmade-Milliardär bei den Stuttgartern mit seinem Vorhaben abgeblitzt, beim deutschen Dax-Schwergewicht einzusteigen. Mit dem Plan B des mutmaßlichen Schwagers von Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte aber offenbar niemand gerechnet. US-Investment-Banken wie Morgen Stanley fanden eine smarte Lösung, die noch nicht einmal gegen deutsches Recht verstößt. Mit einem Strategie-Mix aus dem Kauf von Aktien sowie Kauf- und Verkaufsoptionen auf die Daimler-Aktie gelang es Li Shufu, sämtliche Meldeschwellen zu umgehen, die das deutsche Wertpapiergesetz bei maßgeblichen Beteiligungen schon unter zehn Prozent vorsieht. Mittlerweile hat Li Shufu sein Aschenputtel-Image abgestreift und wurde nacheinander von Daimler-Chef Dieter Zetsche und im Kanzleramt empfangen. Trotz aller Beteuerungen Li Shufus, er strebe keinen Sitz im Daimler-Aufsichtsrat an, wird jetzt heftig darüber spekuliert wie es weitergeht. Will der Geely-Chef seinen Anteil weiter aufstocken, vielleicht bis er über eine Sperrminorität von 25,1 Prozent verfügt? Könnte er überhaupt in den Aufsichtsrat, wenn er das wollte? Als Chef von Geely, auf dem chinesischen Markt ein Daimler-Konkurrent, wäre das nach den Regeln des Daimler-Aufsichtsrats bislang nicht möglich.

Politik denkt über höhere Hürden nach: Selbst das politische Berlin wurde aus seiner fünfmonatigen Lethargie durch die Suche nach einer neuen Bundesregierung aufgeschreckt. In diesen Tagen wurde im Wirtschafts- und im Finanzausschuss des Bundestages heftig darüber diskutiert, ob die geltenden Auflagen noch ausreichen. Es müsse gesetzlich nachgesteuert werden, damit das "Anschleichen" eines Investors an ein Unternehmen nicht mehr möglich sei, forderte die Wirtschaftspolitikerin der Grünen, Kerstin Andreae. Auch im Bundeswirtschaftsministerium wird nun geprüft, ob die Vorschriften erneut geändert werden müssen. Bereits nach der chinesischen Übernahme des Augsburger Roboter-Spezialisten Kuka hatte die Bundesregierung die gesetzlichen Regeln verschärft. Kritiker werfen Sigmar Gabriel vor, er habe damals als Wirtschaftsminister die Dimension der Kuka-Übernahme unterschätzt. Der aktuell geschäftsführende Außenminister meldete sich jetzt zum Geely-Einstieg bei Daimler zu Wort und forderte den Schutz geistigen Eigentums und die Gleichbehandlung der in China tätigen deutschen Unternehmen ein. Dort ist nach wie vor die komplette Übernahme eines chinesischen Unternehmens durch eine deutsche Firma undenkbar.

Brüssels Mühlen mahlen langsam: Auch auf EU-Ebene will man sich auf eine härtere Gangart einigen. Die von der kommunistischen Staats- und Parteiführung ausgegebene Strategie "China 2025", mit der das Reich der Mitte durch Übernahmen von ausländischen Hightech-Firmen zur führenden Technologie-Nation aufsteigen will, wird in Europa durch Peking politisch flankiert. Durch die Einflussnahme auf kleinere EU-Mitglieder hat Peking offenbar bislang erreicht, dass eine europäische Regelung zur Kontrolle von Investitionen in Schlüsselbranchen nicht so recht in die Gänge gekommen ist. Das ist eines der Ergebnisse einer Analyse des Mercator Instituts für China Studien (Merics) und dem Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Darin werden die verschiedenen Wege untersucht, wie die Staats- und Parteiführung auf Entscheidungsträger, Medien und andere Multiplikatoren im Ausland Einfluss nimmt. Wie breit diese Strategie angelegt ist, konnte man in dieser Woche bei einem Leitmedium der deutschen Wirtschaftspresse beobachten: Dem "Handelsblatt" lag die sogenannte "China Watch" bei. Die vom chinesischen Staatsmedium "China Daily" zusammengestellten Blätter thematisierten "Chinas neue Runde der Öffnung", die "verspricht, die Globalisierung menschlicher zu machen." Pekings früherer Vizehandelsminister Wie Jianguo stellte in der "Sonderveröffentlichung" in Aussicht, dass Peking "Zugangsbedingungen oder Schwellenwerte" für ausländische Unternehmen abschafft. Pikanterweise hatte das Handelsblatt am Tag davor in einem Interview mit Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries die Bedenken der Bundesregierung beim Einstieg von Li Shufu bei Daimler zum Thema.

Nach einer aktuellen Untersuchung der Beratungsgesellschaft KPMG können die von chinesischen Firmen übernommenen deutschen Unternehmen bislang ohne große Einflussnahme der neuen Besitzer agieren und ihr Geschäftsmodell weiterentwickeln. Das Schreckgespenst, dass die Chinesen nur deutsches Know-how abgreifen und die Unternehmen aussaugen würden, habe sich nicht bestätigt - so der Tenor der Studie. Ist die Angst vor einem Ausverkauf des deutschen Know-hows also übertrieben? Zuletzt hatten Pläne für Stellenstreichungen beim Roboter-Spezialisten Kuka in Augsburg für Unruhe gesorgt: Trotz einer Jobgarantie des neuen chinesischen Eigentümers, dem Haushaltsgeräte-Produzenten Midea, werden 250 von 4000 Arbeitsplätzen am Standort Augsburg gestrichen. Zwar betonte Kuka-Chef Till Reuter, das habe mit dem Einstieg der Chinesen nichts zu tun - doch ein fader Nachgeschmack bleibt. Merics-Chef Sebastian Heilmann warnte indessen davor, sich Illusionen über die Motive chinesischer Investoren in Deutschland zu machen: "Am Ende - und das muss allen wirklich vor Augen stehen - will die chinesische Seite natürlich diese Technologie in China kontrollieren."

Deutsche Welle, 04.03.2018

CHINA FÄHRT DEUTSCHLAND ELEKTRISCH DAVON

Zhang Danhong

Fahrzeugproduktion ist eine Paradedisziplin der deutschen Wirtschaft. Mehr als 100 Jahre Entwicklungsgeschichte des Verbrennungsmotors hat die deutsche Autoindustrie geprägt und dominiert. China hingegen fing erst Mitte der 1990er Jahre an, eine nationale Fahrzeugindustrie aufzubauen. Wer daraus ableitet, dass die Chinesen in Sachen Elektromobilität einen Startnachteil hätten, irrt gewaltig. Im Gegenteil: Als sie vor rund zehn Jahren mit der Entwicklung von Elektroautos begannen, gab es keine starke Lobby für Verbrennungsmotoren, die ihre Gründe verteidigt hätte. Entsprechend ging es gleich zur Sache: Bereits ab 2009 wurde jeder chinesische Autohersteller in die Pflicht genommen, Elektrofahrzeuge anzubieten.

Im selben Jahr veröffentlichte die Bundesregierung einen nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität. Darin enthalten sind lauter Allgemeinplätze, zum Beispiel dieser: "Elektromobilität ist als ein wesentliches Element identifiziert und damit als strategisches Thema von der Bundesregierung auf die politische Agenda gesetzt worden." Die Politik träumte davon, dass Deutschland der Leitmarkt der elektrischen Mobilität werden könne. Das konkreteste in diesem Plan war eine Zahl: "Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren." Das hatte schon planwirtschaftliche Züge. Die Planziffer aus Peking lautete übrigens: bis 2015 eine halbe Million Elektroautos auf chinesischen Straßen. Für beide Länder lief es anfangs gar nicht gut. Trotz Subventionen waren die Elektroautos sehr teuer. Und wer ist schon bereit, tiefer in die Tasche für ein Fahrzeug zu greifen, das bereits nach 200 Kilometer nach Futter schreit, aber weit und breit kein Fressnapf zu sehen ist? Die Chinesen grübelten und kamen zum Schluss, dass der massive Ausbau der Infrastruktur entscheidend ist. Alle fünf Kilometer müsse kurzfristig eine Ladestation aufgebaut werden, sagte mir ein Vertreter des chinesischen Automobilverbandes damals. Davon ist zwar nicht mehr die Rede. Aber inzwischen hat fast jede herkömmliche Tankstelle auch eine Ladesäule. Und immer mehr Shopping-Malls oder Bürogebäude verfügen über Lademöglichkeiten. Was hat die Bundesregierung getan? Richtig: Sie hat regelmäßig zu Gipfeltreffen eingeladen.

Als sich abzeichnete, dass das Ziel mit einer halben Million Elektroautos wohl nicht mehr erreichbar sein würde, setzte der chinesische Wissenschaftsminister Wan Gang, der in Deutschland studiert und bei Audi gearbeitet hatte, ein Zeichen: Er bestellte ein Elektroauto als Dienstwagen. Andere Funktionäre folgten. Staatliche Stellen wurden angehalten, Parkplätze nur für E-Autos einzurichten. Käufer von Elektroautos können mit ihrem Fahrzeug sofort losfahren und müssen nicht langwierig auf Nummernschilder warten. Zudem sind sie von allen Fahrverboten bei Smog ausgenommen. Mit Steuervorteilen und anderen Anreizen wurde darüber hinaus nicht nur die heimische Autoindustrie in Richtung Elektroantrieb gelenkt, sondern eine ganze Zulieferindustrie für E-Autos geschaffen. Und so gelang China 2015 der Durchbruch. Zwar wurde die Halbe-Million-Marke knapp verfehlt, mit rund 200.000 neu zugelassenen Autos allein in jenem Jahr wurde China definitiv zum Leitmarkt für Elektromobilität. Mit rund 12.000 Zulassungen im gleichen Zeitraum wurde Deutschland endgültig abgehängt. Mit seiner errungenen Marktmacht treibt China das Projekt Elektromobilität jetzt massiv voran: Tesla baut gerade in Shanghai eine Fabrik, um seine Fahrzeuge für die chinesische Mittelschicht erschwinglich zu machen. Den Käufern mit einem festen Stellplatz liefern die Kalifornier eine Ladesäule gratis mit. Im kommenden Jahr wird die Volksrepublik nun eine feste Quote einführen: Zehn Prozent der Verkäufe jedes Herstellers müssen dann Elektro- oder Hybridautos sein. Das setzt vor allem die deutschen Autobauer massiv unter Druck: Haben sie doch mithilfe der Politik jahrelang versucht, den Verbrennungsmotor zu verteidigen und bei Elektromobilität auf die Bremse getreten. Während beim Bonner Weltklimagipfel COP23 im November eine Handvoll E-Busse demonstrativ zur Schau gestellt wurden, hat die Zwölf-Millionen-Metropole Shenzhen bereits alle 16.000 Dieselbusse des öffentlichen Nahverkehrs durch Elektrofahrzeuge ersetzt und so schon 1,35 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen gespart.

Während China inzwischen fünf Millionen E-Autos bis 2020 anpeilt, hat die Bundesregierung den deutschen Traum von einer Million Elektrofahrzeugen still begraben. Der staatliche Topf für Kaufprämien leert sich kaum: immer noch zu wenig Reichweite, zu wenige Ladestationen, eine zu geringe Modellauswahl und für Privatkunden bleibt das Ganze trotz staatlicher Prämie immer noch zu teuer. Vom hohen Preis lassen sich zwar nicht alle abschrecken, doch lauern hier in Deutschland noch andere Hindernisse. So ist in der Eigentümergemeinschaft meiner Wohnanlage gerade eine spannende Diskussion über ein Ladesystem in der Tiefgarage in vollem Gange. Einige Nachbarn denken der Umwelt zuliebe über die Anschaffung eines Elektroautos nach und haben bei der Firma nachgefragt, die das Haus technisch betreut. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: "Eine Einzelinstallation ist weder rechtlich noch technisch möglich und daher auch nicht gestattet. Die Gebäudevoraussetzungen und die Rechtslage bei einer Eigentümergemeinschaft stehen auch einer zentralen Installation entgegen. Die Eigentümergemeinschaft prüft hier in den nächsten Jahren die Kosten und die technischen Möglichkeiten. Kurzfristig wird dies nicht erfolgen können." So sieht Fortschritt in Deutschland aus. Na dann: Abwarten und Tee trinken.

EIN ANTI-HASS-GESETZ MIT FALLSTRICKEN

Nikolaus Martin

Ob der Tweet von Beatrix von Storch Kalkül war, darüber lässt sich streiten. Das Echo wird aber wohl in ihrem Sinne sein, denn am zweiten Tag nach dem vollständigen Inkrafttreten des sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) steht die AfD einmal mehr im Rampenlicht. Dabei geht es um einen Tweet und einen Facebook-Post der AfD-Fraktionsvorsitzenden von Storch, den die beiden Internetdienste entfernten. Von Storch hatte sich abwertend darüber ausgelassen, dass die Polizei in Köln die Neujahrsgrüße in mehreren Sprachen veröffentlicht hatte - darunter auch auf Arabisch. Twitter begründet die Löschung mit Verweis auf einen "Verstoß gegen Regeln über Hass-Inhalte". Facebook teilte von Storch mit, dass der Post wegen Volksverhetzung nach §130 des deutschen Strafgesetzbuches entfernt wurde. Das nahm von Storch zum Anlass, um abermals auf Twitter "vom Ende des Rechtsstaates" zu sprechen. Facebook urteilte ohne einen Gerichtsentscheid. Auch Alexander Gauland ergriff das Wort: Das "Zensurgesetz" von Justizminister Heiko Maas zeige bereits seine freiheitsbescheidende Wirkung, so der AfD-Bundessprecher.

Schon seit dem 1. Oktober ist das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft. Seit Anfang dieses Jahres aber in vollem Umfang. Hinter dem Wortmonster versteckt sich das Ziel, Hass und Hetze in sozialen Medien besser zu bekämpfen. Der Gesetzestext umfasst vier Seiten und fordert die Betreiber von Plattformen von über zwei Millionen registrierten Nutzern auf, ein unmittelbares Beschwerdeverfahren zur Verfügung zu stellen. Berufliche Netzwerke wie LinkedIn und Xing sind ausdrücklich ausgeschlossen, ebenso Messengerdienste wie Whatsapp. Facebook, Youtube, Instagram, Twitter und Snapchat müssen seit dem 1. Januar einen "offensichtlich rechtswidrigen" Inhalt innerhalb von 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde entfernen oder den Zugang zum Posting sperren. Als offensichtlich rechtswidrig gelten Inhalte, die keine vertiefte Prüfung benötigen, beispielsweise Volksverhetzung. Bei einem "rechtswidrigen Inhalt" haben die Netzwerke maximal sieben Tage dafür Zeit. Unter diese Kategorie fallen unter anderem Beleidigung, Verleumdung oder das strafrechtlich relevante Verbreiten von Falschnachrichten. Nutzer von sozialen Netzwerken sind nun gefordert: Denn nur wenn ein verdächtiger Inhalt bei den Betreibern gemeldet wird, ist überprüfbar, ob die Fristen auch eingehalten werden. Die Netzwerke hatten bereits vor dem Gesetz schon eine Meldfunktion eingerichtet, wenn ein Beitrag gegen die Community-Regeln verstößt. Nach der Meldung eines Users tickt für die Betreiber dann die Uhr. Sollten sie die entsprechenden Fristen nicht oder mit unbefriedigtem Ergebnis einhalten, dann können sich User beim Justizministerium über ein offizielles Formblatt beschweren. Das Ministerium prüft nach. Entdeckt es, dass Betreiber ihrer Pflicht nicht nachkommen, kann es eine Buße von bis zu fünf Millionen Euro verhängen. Die sozialen Netzwerke sind außerdem aufgefordert, jedes halbe Jahr einen Bericht über ihren Umgang mit den Beschwerden zu veröffentlichen.

Wie prüfen Facebook und Co die gemeldeten Inhalte? Das schreibt das neue Gesetz nicht vor. Die neuen Möglichkeiten machen es einfach, etwas zu melden - Kritiker befürchten deshalb bereits "Meldeschlachten" - sozusagen als Mittel der Denunziation gegen Andersdenkende. Facebook hat eigene Leitlinien gegen Hasskommentare erarbeitet. Darin heißt es auch, man habe in Deutschland bis zum abgelaufenen Jahr 1200 Mitarbeiter im Einsatz, um Inhalte zu überprüfen. Diese sind zum größten Teil bei den Drittfirmen Arvato und CCC in Berlin und Essen angestellt. Dabei gibt es vor allem Kritik an Fehlern dieser "Lösch-Teams". So wurde beispielsweise kurz vor Weihnachten ein Video gesperrt, das antisemitische Beschimpfungen in Deutschland dokumentieren sollte. Erst nach viel Kritik stellte Facebook das Video wieder ein. Facebook-Sprecher weisen bei Vorgängen häufig auf bedauerliche Fehlentscheidungen hin, die sich angesichts Hunderttausender gemeldeter Beiträge pro Woche kaum vermeiden ließen. Angesichts des neuen Gesetzes ist davon auszugehen, dass die gemeldeten Beiträge nochmals deutlich steigen. Bürgerrechtler sehen ein grundsätzliches Problem. So spricht der Netzaktivist Markus Beckedahl von Netzpolitik.Org. von einer "Privatisierung der Rechtsdurchsetzung", weil die Betreiber der Plattformen in erster Linie selbst über die Rechtswidrigkeit entscheiden können. Facebook schreibt in seinen Hausregeln: "Es gibt keine allgemein gültige Antwort darauf, wann eine Grenze überschritten wird." Auch hat sich ein breites Bündnis mit einer "Deklaration für Meinungsfreiheit" zu Wort gemeldet. Darunter sind unter anderem Branchenverbände der Digitalwirtschaft und Netzorganisationen. Ihre Befürchtung: Aus Angst vor Bußgeldern und wegen der kurzen Reaktionszeiten, könnten sich soziale Netzwerke im Zweifelsfall "zulasten der Meinungsfreiheit und für die Löschung und Sperrung solcher Inhalte entscheiden, die sich im Graubereich befinden". Ein weiterer Kritikpunkt ist die Befürchtung, dass die Politik über das Gesetz Zensur ausüben könnte. Dabei geht es vor allem um den neu gewonnen Einfluss des Justizministeriums auf die sozialen Netzwerke und auf Inhalte, die es zu löschen gilt. Ob diese Befürchtungen Realität werden, wird nur die Zeit zeigen können. Gegen Von Storch wird nach ihrem Tweet nun ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet. Das hat allerdings nichts mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz zu tun, sondern ist die Folge zahlreicher Strafanzeigen.

IG METALL-HOLT EUCH, WAS EUCH ZUSTEHT!

Jakob Augstein

Die IG Metall will streiken. Gut so! Die Gewerkschaften haben zugesehen, wie Deutschland immer ungerechter wurde. Höchste Zeit für eine Umkehr. Die IG Metall traut sich was. Endlich. Nach vielen Jahren im Krebsgang wagt sich die einstmalige stolze Industriegewerkschaft wieder in einen regelrechten Arbeitskampf. Es geht um sechs Prozent mehr Lohn und die Möglichkeit, die Arbeitszeit zeitweise auf 28 Stunden zu reduzieren. Aber in Wahrheit steht viel mehr auf dem Spiel: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in Deutschland noch?

Der Begriff vom "Schweinesystem", der vor 50 Jahren angesagt war, ist ja ein bisschen in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht. Nehmen wir mal Davos: Da hat jetzt der Siemens-Chef Joe Kaeser den amerikanischen Präsidenten Donald Trump für dessen Steuerreform gelobt. Ihr erstaunlicher Effekt besteht bekanntlich darin, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen, obwohl man dachte, das sei gar nicht mehr möglich. Kaeser kündigt aber außerdem noch an, in den USA Gasturbinen entwickeln zu wollen. Gasturbinen also, von denen gerade erst gesagt wurde, sie seien ein Geschäft von gestern, und darum müsse man leider 6900 Arbeitsplätze abbauen, die Hälfte davon in Deutschland. Oder, anderes Beispiel, die Deutsche Bank. Das Kreditinstitut schreibt zum dritten Mal hintereinander rote Zahlen, Bankfilialen werden geschlossen, Arbeitsplätze gestrichen. Aber für 2017 will die Bank an ihre Manager Boni im Umfang von mehr als einer Milliarde Euro ausschütten. SPD-Chef Martin Schulz sagt dazu: "Das schadet insgesamt unserer Solidargemeinschaft." Das ist allerdings derselbe Martin Schulz, der jetzt wieder eine Frau zur Kanzlerin wählen will, die den Zerfall dieser Solidargemeinschaft nach Kräften befördert hat.

Deutschland hat heute den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa. Sieben Millionen Menschen verdienen in Deutschland weniger als 9,60 Euro in der Stunde. Und, noch schlimmer: 2016 bekamen etwa 2,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 8,50 in der Stunde. Knapp zehn Prozent der Menschen, für die dieses Gesetz gemacht wurde, werden von ihren Chefs auch heute noch betrogen. Die Beschäftigten sind von Politik und Medien im Stich gelassen worden. Und von den Gewerkschaften auch. Den letzten großen Kampf hat die IG Metall vor 15 Jahren geführt - und verloren. Damals, 2003, ging es um die 35-Stunden-Woche im Osten. Seitdem hat sich die Gewerkschaft nicht mehr viel getraut.

Die Gewerkschaft stellt die Machtfrage

Jetzt reicht es den Metallern. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann hat am Samstag in Stuttgart zu Warnstreiks aufgerufen: In mehr als 250 großen und kleinen Betrieben soll von Mittwoch bis Freitag für jeweils 24 Stunden die Arbeit niedergelegt werden. Vorher waren die Tarifverhandlungen abgebrochen worden, die derzeit im Bezirk Südwest stellvertretend für alle 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektrobranche geführt werden. "Das ist absolut maßlos und war für uns nicht akzeptabel", hatte der Arbeitgebervertreter zu den Forderungen der IG Metall gesagt. "Maßlos", hat er wirklich gesagt. Und die "Frankfurter Allgemeine" warnt schon nervös vor der gewerkschaftlichen "Lust am Untergang". Dabei ist es höchste Zeit, dass Gewerkschaften sich wieder zu Wort melden. Die Forderung der IG Metall ist spannend: Die Beschäftigten sollen die Möglichkeit bekommen, ihre Arbeitszeit für bis zu zwei Jahre auf 28 Stunden zu reduzieren. Bestimmte besonders belastete Gruppen wie Schichtarbeiter oder Eltern kleiner Kinder sollen den Lohnausfall teilweise ersetzt bekommen.

Vordergründig geht es da um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Das ist das Mandat der Gewerkschaft. In Wahrheit traut sich die Gewerkschaft hier an eine Machtfrage: Wer bestimmt über die Zeit der Menschen? Alle reden von Flexibilisierung - Hofmann und seine Leute drehen den Spieß um und fordern Flexibilisierung von den Arbeitgebern. Und sie packen die Industrie bei ihrer Verantwortung für Gemeinwohl und Sozialstaat: Wer sich um Kinder kümmert oder alte Menschen pflegt, braucht die Unterstützung von allen!

MEDIEN-VERTRAUENSKRISE: IMMER MEHR MENSCHEN HABEN ANGST VOR FAKE NEWS

Oliver Bünte

Wie hoch ist der Wahrheitsgehalt einer News-Meldung? Immer weniger Menschen können das beurteilen, sagt das Edelman Trust Barometer 2018. Fast 70 Prozent weltweit haben Angst vor Fake News.

Eine Erhebung des Marktforschungsunternehmens Edelman Intelligence hat ergeben, dass knapp 70 Prozent der Menschen in 28 untersuchten Ländern Angst vor Falschmeldungen haben – in Deutschland seien es 61 Prozent. Rund 63 Prozent weltweit und 54 Prozent der Deutschen wüssten nicht, wie sie Fake News von Qualitätsjournalismus unterscheiden sollen. Besonders schwer falle das in Sozialen Medien wie Facebook, da im Nachrichten-Stream alle Meldungen gleich aussehen würden. Das habe dem Edelman Trust Barometer 2018 zufolge Auswirkungen auf das Vertrauen in Medien insgesamt: In 22 der 28 untersuchten Länder überwiegt das Misstrauen.

Der Vertrauensverlust sei hauptsächlich auf Suchmaschinen und Soziale Medien wie Google, Facebook und Twitter zurückzuführen, deren Glaubwürdigkeit in 21 von 28 Ländern eingebüßt habe. Nur noch 51 Prozent der Befragten vertrauen den Plattformen. In Deutschland ist die Skepsis sogar noch höher: Hier verlassen sich lediglich 41 Prozent auf die täglichen News-Meldungen, die sie über Google, Facebook & Co. erhalten.

Den Betreibern sozialer Medien ist diese Entwicklung bekannt. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hatte unlängst angekündigt, die Verbreitung von Fake News stärker eindämmen zu wollen. Dabei setzt er auf die Nutzer des sozialen Netzwerks, die Medien nach Vertrauenswürdigkeit gewichten sollen. Bisher hatte das Unternehmen den Fokus auf Algorithmen zur Erkennung von Falschmeldungen und externe Faktenprüfer gesetzt.

Wo Verlierer sind, da sind auch Gewinner, denn klassische Medien wie Zeitungen, TV-Sender und seriöse Online-Portale gewinnen nach Angaben der Studie an Vertrauen. Weltweit halten 59 Prozent der Studienteilnehmer traditionelle Medien für vertrauenswürdig. Im Vergleich zur Vorjahresstudie sind das rund 5 Prozent mehr. In Deutschland fällt das Vertrauen mit 61 Prozent noch höher aus.

Ausruhen können sich klassische Medien auf diese Entwicklung indes nicht, denn das Marktforschungsinstitut weist darauf hin, dass gegenüber Nachrichtenproduzenten eine generelle Skepsis besteht. So geben 66 Prozent aller Befragten an, dass es den Medien mehr auf das Erreichen von Quote, weniger aber um den Wahrheitsgehalt einer Nachricht ankäme. In Deutschland sind 46 Prozent dieser Meinung. In vielen Fällen wird auch die Neutralität einer Meldung angezweifelt: 59 Prozent weltweit und 47 Prozent der Deutschen halten die Berichterstattung für tendenziös.

Sinkt das Vertrauen in Medien, dann ist die Gefahr groß, dass sich Menschen nicht mehr über die aktuelle Nachrichtenlage informieren. Die Erhebung von Edelman liefert dazu recht alarmierende Zahlen: Demnach informieren sich in Deutschland nur 15 Prozent mehrmals in der Woche über das Weltgeschehen, was unter dem weltweiten Durchschnitt von 25 Prozent liegt. 67 Prozent der befragten Deutschen gaben an, sich weniger als ein Mal pro Woche mit Nachrichten zu beschäftigen. Auch das liegt deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 25 Prozent.

Für das Edelman Trust Barometer 2018 wurden insgesamt 33.000 Personen in 28 Ländern befragt. 6.200 davon stammen aus der Altersgruppe zwischen 25 und 64 Jahren, die über einen Hochschulabschluss und ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen verfügen sowie Medien intensiv benutzen. Die Erhebung der Daten erfolgte auf der Grundlage qualitativer Online-Interviews im Oktober und November 2017.

WAS DAS LEBEN KOSTET

Zacharias Maurer

Die Autofahrt führt an den Rand der Stadt – und gleichzeitig an den Rand unserer Gesellschaft. Es geht über die Magistrale, eine mehrspurige Straße aus DDR-Zeiten, vorbei an Hochhäusern, manche sind unbewohnt. Der Fahrer biegt ab, in die letzte Straße von Halle-Neustadt, hinter dem Wohnblock kommen nur noch Felder. Hier endet eine der größten Plattenbausiedlungen, die der Sozialismus in Deutschland hinterlassen hat. Doch heute soll es um die Marktwirtschaft gehen. Und darum, wie schwer sich manche mit ihr tun. Der Wagen hält vor einem langen Betonriegel, Hausnummer 33. In einer Fünfstübchenwohnung betreibt der Sozialverband Internationaler Bund einen Stadtteiltreff. Die Mitarbeiter helfen, wenn ein Schreiben vom Amt unverständlich ist, wenn Schüler Nachhilfe brauchen oder Mütter Erziehungstipps.

An diesem Morgen treffen sich sieben Frauen und ein Mann zum Elternfrühstück, ein kleines Mädchen kuschelt sich in den Schoß seiner Mutter. Die meisten hier im Raum leben von Arbeitslosengeld II oder arbeiten in Teilzeit. Ein langer Tisch ist reichlich gedeckt mit Brötchen und Aufschnitt, die Kaffeekanne geht um. Andreas Schönekäs, hellblauer Pullover, modische Kastenbrille, begrüßt die Gruppe, er stützt die Arme auf den Tisch. "Wir wollen uns heute über eine wichtige Frage unterhalten", sagt der Sozialarbeiter. "Was kostet unser Leben eigentlich?" An einer Wand neben ihm schreibt seine Kollegin Claudia Wustmann mit einem Marker eine Rechnung auf eine Folie: die Einnahmen und Ausgaben eines Haushalts.

Schönekäs und Wustmann arbeiten für die Verbraucherzentrale in Halle und sollen hier, in der Plattenbausiedlung, ein Bewusstsein schaffen für die finanziellen Hürden des Lebens – offiziell heißt das "Stärken der Konsum- und Finanzkompetenz". In Sachsen-Anhalt ist laut Schuldneratlas 2017 jeder achte Erwachsene verschuldet, in Halle ist es sogar jeder sechste – so viel wie in keiner anderen Stadt in Sachsen-Anhalt. Das Besondere am "Verbraucherschutz im Quartier": Erstmals müssen Menschen nicht eine Beratungsstelle aufsuchen, die Hilfe kommt stattdessen zu ihnen.

Das Pilotprojekt läuft in Halle seit zwei Jahren und gilt unter Verbraucherschützern als Erfolg, eine Auswertung gibt es bislang allerdings noch nicht. Es soll in den nächsten Jahren auf 16 benachteiligte Quartiere in ganz Deutschland ausgeweitet werden, darunter Hamburg-Harburg und Berlin-Moabit. Es sind Stadtteile, in denen Menschen "aufgrund ihrer Lebensumstände und ihres geringen Einkommens" auf Hilfe im Alltag angewiesen sind, wie es in der Projektbeschreibung heißt. Dafür stellt die Bundesregierung 13 Millionen Euro bis zum Jahr 2024 zur Verfügung. Im aktuellen Koalitionsvertrag von Union und SPD heißt es dazu, man werde die Initiative des "aufsuchenden Verbraucherschutzes" weiterentwickeln. Und das scheint auch nötig zu sein.

Die Deutschen wissen nur wenig über Wirtschaft, wie kürzlich eine Umfrage der ZEIT gezeigt hat. Je ärmer die Menschen, desto schlechter können sie wirtschaftliche Zusammenhänge einordnen. Sie schätzen Versicherungen oder Geldanlagen falsch ein, lassen sich zu teuren Ratenkäufen überreden. Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung geben permanent mehr Geld aus, als sie einnehmen, zeigt der jährliche Schuldenatlas. Diesem Missstand wollen die Verbraucherschützer etwas entgegensetzen. Deshalb besuchen die Verbraucherschützer auch Wohngruppen für Jugendliche oder Flüchtlingsprojekte. Die wirklich schwierigen Fälle aber, die Insolvenzkandidaten, erreichen die Sozialarbeiter erst, wenn sie länger in solchen Quartieren arbeiten. Für einige Menschen kommt ein solches Angebot trotzdem zu spät. Sie landen bei Astrid Albrecht, der Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatung in der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt. Dabei nimmt die Zahl der Privatinsolvenzen seit einigen Jahren kontinuierlich ab. Im vergangenen Jahr rutschten rund 72.100 Menschen in Deutschland in die Insolvenz.

Doch das Bild ist trügerisch, denn der Grund für die positive Entwicklung ist vor allem die gute Lage am Arbeitsmarkt. Die meisten Menschen machen zu viele Schulden, wenn sie arbeitslos werden. Ökonomen weisen immer wieder darauf hin, dass schon einfaches Wissen über die Wirtschaft davor schützt, in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Auch Politiker diskutieren deshalb darüber, an den Schulen mehr Wirtschaft zu unterrichten.

CARSHARING IN DEUTSCHLAND IST SO BELIEBT WIE NIE

Kevin Knitterscheidt

DriveNow, Car2Go, Flinkster: Mehr als zwei Millionen Deutsche nutzen Carsharing. Angst vor Gratis-Konkurrenz aus dem Nahverkehr hat die Branche nicht.

Das Jahr 2018 begann für die deutsche Carsharing-Branche mit einer Schocknachricht: Im Kampf gegen Diesel-Abgase prüft die Bundesregierung derzeit, in fünf deutschen Städten kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einzuführen. Beobachter vermuten, dass Berlin so drohende Fahrverbote in deutschen Innenstädten verhindern will. Doch die Branche gibt sich angesichts der drohenden Gratis-Konkurrenz gelassen. „Wir müssen keine Angst haben“, sagte Sebastian Hofelich, Geschäftsführer der BMW-Tochter Drive Now im Gespräch mit „Spiegel Online“ am Montag.

Das Geschäft mit spontan gemieteten Autos sei hierzulande inzwischen so etabliert, dass es ein paar abwandernde Kunden verkraute. Tatsächlich nutzen derzeit mehr als zwei Millionen Deutsche Carsharing-Angebote wie Drive Now (BMW), Car2Go (Daimler) oder Flinkster (Deutsche Bahn) – so viele wie nie zuvor. Das zeigt der Jahresbericht des Bundesverbands Carsharing, der am Montag veröffentlicht wurde. Demnach sind derzeit rund 2,1 Millionen Menschen bei den 165 deutschen Anbietern registriert.

Gunnar Nehrke, der dem Branchenverband seit Januar als neuer Geschäftsführer vorsteht, sieht Carsharing angesichts der Zahlen zwar als „nach wie vor kleinen Markt“. Aber: „Die Zuwachsraten zeigen, dass wir die Nische verlassen.“ Der Verband unterscheidet im Jahresbericht zwischen stationsbasierten und stationsunabhängigen („free-floating“) Anbietern: Während die Fahrzeuge bei ersteren an einer zentralen Sammelstelle abgeholt und abgegeben werden (wie bei Flinkster) müssen, können die Fahrzeuge bei letzteren überall im Stadtgebiet geparkt werden (wie bei Drive Now). Besonders stark gewachsen sind vor allem die Free-Floating-Anbieter: Im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Kunden hier um 25 Prozent auf nun rund 1,6 Millionen Kunden zu. Bei den stationsbasierten Anbietern hingegen fiel der Zuwachs etwas geringer aus: Sie verzeichneten im Januar mit insgesamt rund 535.000 Kunden ein Plus von 17,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. In insgesamt 677 deutschen Städten können Kunden derzeit Carsharing-Angebote nutzen, so der Verband – das sind rund 80 Städte und Gemeinden mehr als noch Anfang 2017.

Glaubt man Nehrke, leistet die Branche damit „einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrswende in Deutschland“. Denn von den rund 18.000 Fahrzeugen, die derzeit von deutschen Carsharing-Firmen angeboten werden, verfügt jedes zehnte über einen Elektro- oder Hybrid-Antrieb. Zum Vergleich: Bundesweit galt das Anfang 2017 nur für jedes tausendste Fahrzeug. Verbandsgeschäftsführer Nehrke ist überzeugt, dass der Anteil an Elektrofahrzeugen bei den Carsharing-Anbietern weiter wächst – wenn auch unter bestimmten Bedingungen. „Derzeit werden Ladesäulen für Elektrofahrzeuge von der öffentlichen Hand nur gefördert, wenn sie öffentlich zur Verfügung stehen“, so Nehrke gegenüber dem Handelsblatt.

Vor allem stationsbasierte Anbieter, die derzeit mit mehr als 10.000 Fahrzeugen den Großteil der deutschen Carsharing-Flotte stellen, seien aber auf eigene Ladesäulen angewiesen. „Wenn die Förderprogramme des Bundes besser an die Anforderungen der stationsbasierten Anbieter angepasst werden, können die Elektro-Anteile weiter steigen.“

Grund zur Sorge wegen kostenloser Konkurrenz aus dem Nahverkehr sieht auch Nehrke nicht: „Carsharing und Nahverkehr ergänzen sich gegenseitig.“ Wer viel Carsharing nutze, sei in der Regel auch ein guter Kunde des ÖPNV. Vor allem stationsbasierte Anbieter seien darauf angewiesen, dass ihre Abholstationen auch gut erreicht würden. Wenn das dann kostenlos geschieht: umso besser.

DEUTSCHE INDUSTRIE WARNT VOR HARTEM BREXIT

Franck Bachner

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft blicken mit tiefen Sorgenfalten dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU entgegen. Für deutsche Firmen auf der Insel stehen die Zeichen auf Sturm.

Die deutsche Wirtschaft rechnet angesichts der geringen Fortschritte bei den Brexit-Verhandlungen mit dem Schlimmsten. "Deutsche Unternehmen mit einem Standbein in Großbritannien und Nordirland müssen nun Vorsorge für den Ernstfall eines sehr harten Ausscheidens treffen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbandes BDI, Joachim Lang, in Berlin. "Der britischen Regierung fehlt es trotz vieler Worte an einem klaren Konzept." Auch die Rede von Premierministerin Theresa May auf dem Parteitag der Konservativen gebe keinerlei Zuversicht. Vielmehr bleibe die Brexit-Strategie innerhalb der Regierungspartei völlig unklar. Schon jetzt bekämen deutsche Firmen in Großbritannien erste Folgen zu spüren, etwa indem ihnen ausländische Fachkräfte in dem Land den Rücken kehrten.

Keine Garantie für eine Übergangslösung

Um sich für alle Eventualitäten zu wappnen, hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im Frühsommer mit anderen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen eine "Task Force Brexit" gegründet. In zehn Projektgruppen wird dabei untersucht, welche potenziellen und akuten Gefahren für die Firmen vom Brexit in seinen unterschiedlichen Verlaufsformen ausgehen könnten. Derzeit deutet nach Langs Worten nur wenig auf einen sanften Ausstieg der Briten hin. "Es gibt keine Garantie für auch nur eine einzige Übergangsregelung, geschweige denn einen final austarierten Pakt für das künftige Verhältnis zwischen EU und Vereinigtem Königreich", sagte er. Die Hoffnung, dass dies schon bald in den Brüsseler Brexit-Verhandlungen Thema wird, hat er nicht.

Die meisten britischen Vorschläge hält der Industrieverband für wenig hilfreich. Die Finanzfragen lasse die Regierung in London weithin unbeachtet, die Angebote zu Bürgerrechten seien unzureichend und die Vorschläge zur irisch-nordirischen Grenze nicht praktikabel. Die Vorschläge zur Zollabwicklung seien mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat errechnet, dass allein die Wiedereinführung von Zollverfahren im deutsch-britischen Handel zu Mehrkosten von jährlich mindestens eine Milliarde Euro führen würde. All das belastet die deutschen Unternehmen im Vereinigten Königreich erheblich. "Über vielen Aktivitäten schwebt nicht nur das Damoklesschwert der Unsicherheit, sie sind vielmehr der Gefahr massiver Entwertungen ausgesetzt", warnte Lang. Ein ungeordnetes Ausscheiden der Briten aus der EU ohne Folgeregelungen würde massive Verwerfungen mit sich bringen. Der BDI kalkuliert mit einer mehrjährigen Übergangsphase nach dem Ausstieg der Briten. Deutschland und Großbritannien sind mit einem bilateralen Handelsvolumen von mehr als 170 Milliarden Euro und einem wechselseitigen Bestand von Direktinvestitionen von über 140 Milliarden Euro aufs Engste miteinander verbunden.

Deutsche Welle, Februar 2018

SPANIENS BÜROKRATIE TREIBT FLÜCHTLINGE NACH DEUTSCHLAND

Stefanie Claudia Müller

Nach 18 Monaten enden in Spanien alle Sozialleistungen für Flüchtlinge. Weil der Staat wenig in die Integration investiert, ziehen afrikanische Flüchtlinge zum großen Teil weiter nach Deutschland.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen zeichnet sich Spanien durch eine große Toleranz gegenüber Fremden aus. Aber Flüchtlinge aus Afrika sind dort trotz aller öffentlicher spanischer Bekundungen eher nicht willkommen. Wie eine gerade veröffentlichte Studie der Madrider Elite-Universität ICAI-Icade ergibt, sind diese auch nicht sehr daran interessiert, in dem Sonnenland zu bleiben. Spanien ist nur das erste europäische Land, das sie von Marokko aus mit dem Schlauchboot erreichen können. 31.000 Hilfesuchende kamen im vergangenen Jahr über Landweg oder Meer in Spanien an, nur ein paar Hunderte davon blieben wirklich im Land.

Die spanische Sozialversicherung hat gerade bekannt gegeben, dass die Zahl der ausländischen Versicherten im Januar um fast acht Prozent gestiegen ist. Allerdings geht dies vor allem auf Rumänen, Marokkaner, Chinesen, Italiener und Lateinamerikaner zurück. Die Zahl der versicherten aus Subsahara-Afrika ist kaum gestiegen - trotz der Hunderttausenden, die seit Jahren an Spaniens Südküste oder in den Exklaven in Nordafrika ankommen.

Die Gründe sind offensichtlich, auch wenn die Regierung versucht, diese zu vertuschen: "Nicht nur die Bürokratie ist schleppend in Spanien. Es gibt auch nur sehr wenige offizielle Residenzen und Familien, um die Hilfesuchenden unterzubringen. Gerade mal etwa 8700 Personen können versorgt werden. Die Bearbeitung eines Asylantrags dauert zudem durchschnittlich sieben Monate. Manchmal gibt es auch einfach gar keine Antwort von staatlicher Seite auf die Anträge. Die Flüchtlinge rutschen deswegen nicht selten in die Obdachlosigkeit und Illegalität ab", sagt Azucena Lorenzo Melero, Präsidentin der Hilfsorganisation Asilim.

Die von den Jesuiten gegründete und geleitete Uni ICAI-Icade will das ändern und hat deswegen sogar einen eigenen Lehrstuhl für Flüchtlingspolitik eingerichtet: „Wir sehen das Thema Migration als eine der größten Zukunfts-Herausforderungen unsere Gesellschaft, auch aus finanzieller Sicht“, sag Juan Iglesias, Leiter des Lehrstuhls. In Spanien geht seiner Ansicht nach die Bearbeitung von Asylanträgen im internationalen Vergleich besonders langsam voran. 41 Prozent der Anträge, die seit 2015 gestellt wurden, sind gemäß Regierungsangaben noch nicht bearbeitet.

Von den rund 16.000, die im Jahr 2016 in Spanien Asyl angefragt haben, wurde nur 355 Menschen Asyl gewährt. 90 Prozent davon waren Syrer. Deren Notwendigkeit, vor dem Krieg zu flüchten, scheint niemand zu bestreiten. „Für Menschen aus Mauretanien, Mali oder der Elfenbeinküste ist es dagegen fast unmöglich, Asyl zu erlangen“, sagt Lorenzo Melero. Wer Geld auftreiben kann, sucht ein besseres Leben. Er verlässt Spanien über die nicht kontrollierten Schengen-Grenzübergänge nach Frankreich und schlägt sich von dort aus weiter durch nach Deutschland. „Einige kommen natürlich irgendwann wieder zurück, weil ihr Erstaufnahmeland Spanien ist und sie von Deutschland oder Schweden wieder zurückgeschickt werden“, erzählt Lorenzo Melero.

Es gibt kein Kindergeld und auch Sozialwohnungen nach deutschem Muster stehen den Immigranten nicht zur Verfügung. Kein Wunder, dass die meisten nach Deutschland wollen. Dort versuchen sie zu finden, was Spanien nicht bietet: eine schnellere Abwicklung der Asylanträge, eine schnellere Bestätigung der Ausbildungszeugnisse und einen funktionierenden Arbeitsmarkt. „20 Prozent der Flüchtlinge haben einen Ausbildungsabschluss, der aber leider oft in Spanien nicht anerkannt wird. Aber abgesehen davon gibt es auch zu wenige Chancen auf unserem Arbeitsmarkt, wo immer noch 16 Prozent der Menschen keinen Job haben“, sagt Iglesias von der ICAI-Icade. Auch viele einheimische spanische Akademiker suchen schon seit Jahren ihr Glück in Deutschland, weil sie in Spanien keine Arbeit finden.

IG METALL: VON SOLCHEN LÖHNEN KÖNNEN ANDERE BRANCHEN NUR TRÄUMEN

Stefan Stahl

Die IG Metall nutzt die gute konjunkturelle Lage auch für den Einstieg in eine weitere Arbeitszeitverkürzung.

Doch die Unternehmen lassen sich das bezahlen.

Die Arbeitgeber hatten von Anfang an schlechte Karten in der Tarifrunde der deutschen Metall- und Elektroindustrie. Denn zu Weihnachten vergangenen Jahres packten die führenden Ökonomen dicke Pakete mit euphorischen Wirtschaftsprognosen aus. So frohlockte Ifo-Chef Clemens Fuest: „Deutschland befindet sich auf dem Weg in die Hochkonjunktur.“ Folglich soll die Wirtschaft 2018 um traumhafte 2,6 und 2019 immer noch um schöne 2,1 Prozent zulegen. Dabei sind gerade die Auftragsbücher vieler Metallbetriebe – also von Maschinen-, Auto- und Flugzeugbauern – zum Bersten voll. Die einzige Sorge der meisten Firmeninhaber ist, dass diese Bestellungen nicht schnell genug abgearbeitet werden können.

In einer derartigen Situation war es für die bärenstarke IG Metallein leichtes Spiel, die Arbeitgeber zu einem hohen Abschluss von 4,3 Prozent zu überreden. Von solch Lohnerhöhungen träumen Beschäftigte anderer Branchen nur. Die IG Metall ist in Deutschland eben die erfolgreichste Gehalts-Erhöhmungsmaschinerie, zumal es für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten des boomenden Wirtschaftszweigs auch noch fette Einmalzahlungen und ab 2019 sogar eine Art großzügigen dauerhaften Extra-Bonus gibt.

Dabei zahlen etwa Autokonzerne über Weihnachts- und Urlaubsgeld hinaus schon jetzt ihren Beschäftigten satte Sonderprämien. Bei BMW kamen Facharbeiter zuletzt in den Genuss von im Schnitt 8095,50 Euro. Das waren etwa zwei Monatsgehälter zusätzlich. Insofern werden die Mitarbeiter der weltweit erfolgreichen Konzerne ohnehin ausreichend von den Managern finanziell gestreichelt.

Die Sahne für den bereits heute ausgesprochen nahrhaften Kuchen kommt aber noch obendrauf und wird von der IG Metall spendiert. So funktioniert die Verwöhn-Vollpension im Metaller-Wunderland. Als sich die Arbeitgeber in der Tarifrunde dann doch einmal gegen weitere Wellness-Wohltaten bockig zeigten, ließen die IG-Metall-Verantwortlichen ihre Muskeln spielen und bestreikten gerade Autofabriken 24 Stunden lang. Und das ohne eine Urabstimmung über einen Arbeitskampf, was ein Novum in der Metall-Tarifgeschichte ist. Die Proteste taten den Unternehmen weh. So erhöhten sie den Druck auf ihre Arbeitgebervertreter, einen Abschluss zu erreichen.

Doch nicht nur die Schlagsahnen-Konjunktur ließ die süßesten Träume von IG-Metall-Chef Jörg Hofmann wahr werden. Er ist auch ein großer Profiteur der Wiederauflage der Großen Koalition. Denn es war früh klar, dass seine SPD-Parteifreunde ein Rückkehrrecht auf Vollzeit nach einer Phase der Teilzeitarbeit durchsetzen. Das erkannten die Arbeitgeber und leisteten keinen grundsätzlichen Widerstand gegen Hofmanns Schokostreusel auf die Sahne obendrauf. Demnach können Metaller ihre Arbeitszeit von 35 auf bis 28 Stunden pro Woche runterschrauben. Danach genießen sie ein Rückkehrrecht auf eine volle Stelle.

Das haben sich die Arbeitgeber wiederum teuer abkaufen lassen, können künftig doch mehr Beschäftigte bis zu 40 Stunden die Woche arbeiten. Bislang durften das in Bayern nur 18 Prozent eines Betriebes. Das Interessante an dem Tarifabschluss ist: In der ohnehin mit unzähligen Arbeitszeitmodellen gesegneten Branche gibt es noch mehr Flexibilität – nach unten wie nach oben. Das ist eines der Erfolgsrezepte unserer Industrie. Denn nur so können Firmen in einem Hochlohnland Arbeitsplätze sichern. Derart viel Flexibilität bindet in Betrieben aber reichlich Personal. Gerade dieser komplizierte Abschluss wird Personalabteilungen Mehrarbeit bescheren. Im Konjunktur-Wunderland Deutschland gedeiht die Bürokratie prächtig.

WIRTSCHAFT BRAUCHT MORAL

Sven Afhüppe

Abgastests mit Affen, Boni trotz Verlust: Der Wirtschaft fehlt oft das Gespür für die gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Folgen des Dieselskandals sind noch längst nicht ausgestanden, da gerät die deutsche Autoindustrie in den nächsten Skandal. Zehn Affen sind zu Testzwecken in einen Glaskasten eingesperrt worden und mussten über Stunden Dieselabgase einatmen. Das Absurde: Die Tests dienten allein Werbezwecken. Die Ergebnisse sollten zeigen, dass die Schadstoffbelastung durch die Abgasreinigung bei neuen Dieselmotoren erheblich abgenommen hat. Zum gleichen Zweck soll die von den Konzernen BMW, Daimler, VW und Bosch gegründete Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT) auch Tests mit Menschen durchgeführt haben.

Der Dieselskandal bekommt damit eine neue Dimension. Abgastests mit Tieren oder Menschen sind ein schwerer Verstoß gegen ethische Standards. Es ist die Aufgabe von Autokonzernen, Motoren zu entwickeln, die die gesetzlich vorgeschriebenen Abgaswerte einhalten – und nicht, die gesundheitlichen Folgen von Autoabgasen zu untersuchen.

Die Verantwortlichen in den Autokonzernen haben offenbar versucht, welche Sprengkraft die neuen Enthüllungen entfalten können. Daimler und BMW gehen auf Distanz zu den Abgastests, wollen von den Vorgängen nichts gewusst haben und versprechen jetzt eine eigene Untersuchung der Vorgänge. Eine Erklärung, die wenig überzeugend ist, wenn man weiß, dass Compliance-Abteilungen beider Konzerne mit Argusaugen auf die Verwendung jedes Euros achten.

Der Volkswagen-Konzern, der im Mittelpunkt der Abgastests mit Affen steht, entschuldigte sich sogleich öffentlich für die Tierversuche und machte „das Fehlverhalten Einzelner“ für die Vorfälle verantwortlich. Der Aufsichtsrat will von den Tests nichts gewusst haben, verspricht aber umfassende Aufklärung und fordert personelle Konsequenzen.

Anders als beim Bekanntwerden der millionenfachen Manipulation von Dieselmotoren versucht Volkswagen zwar gar nicht erst, die Affäre kleinzureden. Doch für den Autokonzern, der einen umfassenden Kulturwandel versprochen hatte, sind die jüngsten Enthüllungen ein schwerer Rückschlag. Volkswagen steht nun nicht mehr nur für manipulierte Dieselmotoren und falsche Angaben bei Abgaswerten, sondern auch für sinnlose Dieseltests mit Affen.

Man kann gespannt sein, was die Aufklärung, die BMW, Daimler und Volkswagen in diesem Fall angekündigt haben, bringen wird. Die Erwartungen sollten allerdings nicht zu hoch sein. Die Erfahrungen mit dem Dieselskandal geben wenig Hoffnung, dass nicht nur ein paar einfache Mitarbeiter, sondern auch Manager in den oberen Etagen zur Verantwortung gezogen werden. Vielleicht nehmen die betroffenen Konzerne die Sache nach dem Appell der Kanzlerin etwas ernster. Angela Merkel hatte über ihren Sprecher ausrichten lassen, dass den Aufsichtsräten der Auftraggeber der Tests nun eine besondere Verantwortung zukomme, kritische Fragen auch zur Zielsetzung der Tests zu beantworten.

Die Abgastests mit Affen sind nicht nur ein immenser Imageschaden für Volkswagen, sie sind Wasser auf den Mühlen derer, die der Marktwirtschaft ohnehin kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Man kann die Aufregung ignorieren und darauf verweisen, dass Tierversuche in vielen Industriezweigen ganz normale Praxis sind.

Wer so argumentiert, ignoriert jedoch die Veränderungen in der Gesellschaft. In der Öffentlichkeit sinkt die Akzeptanz von Tierversuchen zunehmend – immer mehr Unternehmen werben deshalb damit, dass sie auf Tierversuche ganz verzichten. Der Mentalitätswandel von Kunden und Anlegern zeigt sich noch an anderen Punkten. Firmen werden längst nicht mehr einseitig nach dem ökonomischen Erfolg, nach Umsatz und Gewinn, bewertet. Immer wichtiger werden Fragen von Nachhaltigkeit, Vergütung und Diversität.

Die Deutsche Bank tut sich vor diesem Hintergrund keinen Gefallen damit, trotz eines erneuten Jahresverlusts mehr als eine Milliarde Euro für Bonuszahlungen zu genehmigen. Die Idee, dass Boni für gute und nicht für schlechte Leistungen bezahlt werden, wird mit einer solchen Entscheidung ad absurdum geführt. Ebenso wenig ist der Öffentlichkeit zu erklären, warum Siemens trotz Milliarden Gewinnen Jobs in den strukturschwachen neuen Bundesländern streichen will. Mit einer solchen Entscheidung, auch wenn sie betriebswirtschaftlich nachvollziehbar ist, verschärft man das Gefühl, dass es in diesem Land ungerecht zugeht.

ABGASTESTS AUCH BEI MENSCHEN

Bernd Nawroth

Im Abgasskandal soll es Diesel-Schadstofftests nicht nur mit Affen, sondern auch mit Menschen gegeben haben. Das geht aus einem Report der Vereinigung EUGT hervor, über den „Stuttgarter Zeitung“ (Montag) und „Süddeutsche Zeitung“ berichten. Rund zweieinhalb Jahre nach Beginn des Abgasskandals kommen damit immer neue Details ans Licht. Den Berichten zufolge soll die von den Konzernen VW, Daimler und BMW gegründete Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT) eine „Kurzzeit-Inhalationsstudie mit Stickstoffdioxid bei gesunden Menschen gefördert“ haben. Dies stehe in einem als Tätigkeitsbericht für die Jahre 2012 bis 2015 herausgegebenen Report. Dabei seien an einem Institut des Universitätsklinikums Aachen 25 Personen untersucht worden, nachdem sie jeweils über mehrere Stunden Stickoxid (NO₂) in unterschiedlichen Konzentrationen eingeatmet hätten. Laut der 2017 aufgelösten EUGT wurde keine Wirkung festgestellt.

Der zuständige Institutsleiter Thomas Kraus sagte der „Stuttgarter Zeitung“ jedoch, die 2016 veröffentlichte Studie sei nur eingeschränkt aussagekräftig. Zum einen ließen sich die Befunde nicht auf die gesamte Bevölkerung übertragen, zum anderen sei Stickstoffdioxid nur ein Teil der gesamten Luftbelastung. Stickstoffdioxid (NO₂) ist der Schadstoff, dessen Messwerte von VW in den USA jahrelang manipuliert worden waren, um die gesetzlichen Grenzwerte für Dieselfahrzeuge offiziell einzuhalten. Zuvor hatten Tierversuche beim Test von Dieselaabgasen breite Empörung ausgelöst. Sie wurden durch US-Ermittlungen zur VW-Abgasaffäre bekannt. Affen waren dabei gezielt Schadstoffen ausgesetzt worden.

Die Tests mit den Affen waren Teil einer Studie, die beweisen sollte, dass die Diesel-Schadstoffbelastung dank moderner Abgasreinigung erheblich abgenommen hat. Deshalb hatte die EUGT – die von VW, Daimler und BMW finanzierte Lobby-Initiative – sie beim US-amerikanischen Lovelace Respiratory Research Institute in Auftrag gegeben. Federführend war laut dem Studienleiter dabei VW. VW entschuldigte sich am Wochenende für die in den USA durchgeführten Versuche. „Wir sind der Überzeugung, dass die damals gewählte wissenschaftliche Methodik falsch war. Es wäre besser gewesen, auf eine solche Untersuchung von vornherein zu verzichten“, teilte der Konzern am Samstag mit. Volkswagen distanzieren sich klar von allen Formen der Tierquälerei. „Wir entschuldigen uns für das Fehlverhalten und die Fehleinschätzung Einzelner.“

Auch der Autobauer Daimler distanzierte sich ausdrücklich von den Studien und der EUGT. „Wir sind über das Ausmaß der Studien und deren Durchführung erschüttert“, hieß es in einer Stellungnahme. Daimler verurteile die Versuche auf das Schärfste. „Auch wenn Daimler keinen Einfluss auf den Versuchsaufbau hatte, haben wir eine umfassende Untersuchung eingeleitet, wie es dazu kommen konnte.“

In der Politik wird unterdessen der Ruf nach einer Aufklärung der Vorwürfe lauter. Der niedersächsische Wirtschaftsminister und VW-Aufsichtsrat Bernd Althusmann (CDU) bezeichnete die Tierversuche beim Test von Dieselaabgasen als „absurd und unentschuldigbar“. Althusmann sagte der Deutschen Presse-Agentur, er erwarte neben einer vollständigen Aufklärung und einem umfassenden Bericht an den Aufsichtsrat „harte personelle Konsequenzen“ für diejenigen, die für diese Tierversuche verantwortlich seien.

Das Land Niedersachsen ist VW-Großaktionär. „Zehn Affen stundenlang mutwillig Autoabgase einatmen zu lassen, um zu beweisen, dass die Schadstoffbelastung angeblich abgenommen habe, ist widerlich und absurd“, hatte Niedersachsens Ministerpräsident und VW-Aufsichtsrat Stephan Weil (SPD) gesagt.

Der Abgasskandal war im September 2015 ins Rollen gekommen. Damals hatte VW eingeräumt, bei Millionen von Dieselfahrzeugen bei Abgastests manipuliert zu haben. Volkswagen hatte dies in eine schwere Krise gestürzt, der Skandal hat den Konzern Milliarden gekostet. Auch bei anderen Autobauern wurden zum Teil drastische Abweichungen der Abgaswerte zwischen Prüfstand und Straße festgestellt. Die Neuzulassungen von Dieselfahrzeugen sind seit Monaten auf Talfahrt.

KRYPTOWÄHRUNG IST NICHT KRYPTISCH

Frank Schmiechen

Platzt jetzt die Blase? Es scheint, als ob viele Finanz-Experten erleichtert aufatmen. Endlich passiert das, was sie die ganze Zeit vorausgesagt haben. Bitcoin und die restlichen Kryptowährungen fallen auf den Wert, der ihnen zusteht: null. Seit Dezember hat Bitcoin immerhin mehr als 50 Prozent seines Kurses eingebüßt. Viele andere Coins sind auch in den Keller gerauscht. Es wird verzweifelt nach Gründen gesucht. Verbote in Korea oder das chinesische Neujahrsfest, zu dem traditionell Anlagen in Bargeld gewandelt werden, um Geschenke zu kaufen. Doch langsam. Ist es wirklich eine Blase, die gerade platzt?

Im vergangenen Jahr hat es eine eindrucksvolle Rallye bei Kryptowährungen gegeben. Alle Ampeln standen das ganze Jahr auf Grün. Es ging nur noch nach oben. Wer früh mit übersichtlichen 250 Euro zum Beispiel in Ether eingestiegen war, durfte sich am Ende des Jahres über den Gegenwert eines Luxusurlaubes in der Karibik freuen. Das lockte schließlich auch viele Nicht-Experten und Abenteurer in den Markt. Das ist auch ein Grund dafür, dass dieser Kryptomarkt so volatil, undurchschaubar und schwer einzuschätzen ist. Denn hier hat sich inzwischen eine bunte Mischung aus Techfreaks, Glücksspielern und Überzeugungstätern versammelt. Die einen wollen vor allem schnelles Geld, die anderen glauben an den Wert der Coins. Aber was genau soll denn der Wert von Bitcoins und Ether sein? Haben die Dinger überhaupt einen Wert?

Steht dem Bitcoin ein realer Wert entgegen? Banker und Anlage-Gurus wie Warren Buffet verneinen. Mit anderen Worten: Es gib nichts, was diese digitalen Taler wertvoll macht. Viele Fans sehen den realistischen Wert eines Bitcoins dagegen in der Nähe von einer Million Dollar. Dann gebe es noch einiges Potenzial nach oben. Aber woher soll dieser Wert kommen, was steht dem Bitcoin in der Realität entgegen? Auch der Wert von Firmen wie Twitter, Telegram oder Google war in den Anfangstagen schwer zu bestimmen. Digitale Geschäftsmodelle, Netzwerke und exponentielles Wachstum waren neu, in der Bewertung waren sich auch Experten unsicher.

Ähnlich ist es heute bei den Kryptowährungen, Token und Coins. Den Preis kann man täglich im Internet abrufen. Doch wo liegt ihr tatsächlicher Wert? Es gibt ein paar Faktoren, die diesen Wert bestimmen können. Hintern den meisten digitalen Währungen steht zum Beispiel ein Netzwerkmodell. Je mehr Menschen sich an diesem Netzwerk beteiligen, desto grösser dürfte der Wert sein, der entsteht. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Wertermittlung ist die Sekundärindustrie, die Kryptowährungen inzwischen aktiv verwendet. Hier erleben wir gerade, dass es immer mehr Startups gibt, die auf den technischen Blockchain-Grundlagen von Bitcoin oder Ethereum aufsetzen.

Wie sieht es mit den Verwendungszwecken für Kryptowährung aus? Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung. Die Zahl der Anwendungen für dezentrales, digitales Geld werden exponentiell zunehmen. Fast täglich kommen Geschäftsmodelle hinzu, die auf Blockchain-Technologie beruhen. Dazu kommt, dass jetzt auch große Banken ins Geschäft einsteigen. Das alles zusammen könnte man durchaus als den wahren Wert von Kryptowährungen bezeichnen. Anleger sollten dringend prüfen, ob der Coin ihrer Wahl diese Werte hinter sich versammelt. Es gibt natürlich auch Coins oder Token, die diesen Gegenwert nicht besitzen und sich eher als Vehikel für Spieler eignen. Aber wenn es nicht gerade zu einer Weltwirtschaftskrise oder ähnlich verheerenden Verhältnissen kommt, ist zu erwarten, dass der Wert von Bitcoin, Litecoin oder Ether in nächster Zeit wieder steigt. Durch den derzeitigen Einbruch der Kurse ist ihr eigentlicher Wert jedenfalls nicht gesunken. Nur der Preis.

Insbesondere die Idee hinter virtuellen Währungen besitzt einen Wert. Aber nicht nur ideell. Denn jeder Mensch mit Smartphone und Internetzugang kann heute an diesem Finanzsystem der Zukunft teilnehmen. Weltweit. Auch wenn er in einem Land lebt, das Kryptowährungen verbietet. Die Erschütterung des Marktes soll ja unter anderem durch die Verbote in China und Korea ausgelöst worden sein. Doch den Hunger der Nutzer nach Freiheit innerhalb unserer regulierten Finanzsysteme kann auch das nicht erschüttern.

GABRIEL KRITISIERT TRUMP

Moritz Koch und Annett Meiritz

Der US-Präsident droht mit neuen Handelsschrauben. Das stößt in der Bundesregierung auf scharfe Kritik.

Es war sein Moment, und Donald Trump genoss in vollen Zügen. Bei seiner ersten Rede zur Lage der Nation berauschte sich der US-Präsident an den Sprechchören aus den Reihen seiner Parteifreunde. Gerade hatte er einen „neuen amerikanischen Moment“ ausgerufen. „U-S-A! U-S-A!“ schallte es durch den Saal. Trump lächelte, dann applaudierte er sich und seinen Fans.

40 Millionen Amerikaner verfolgten den Auftritt des Präsidenten. Trump nährte die Aufbruchsstimmung, die zumindest der konservative Teil der Bevölkerung spürt – und drohte, die angekündigten Handelsbarrieren gegen ausländische Einfuhren tatsächlich zu errichten. Er will „unfairen Handelsabkommen“ ein Ende bereiten, die „unsere Firmen, unsere Jobs und unseren Wohlstand ins Ausland verschifft“ hätten. „Die Ära der wirtschaftlichen Kapitulation ist vorbei“, verkündete er und versprach „schärfere Handelsmaßnahmen“.

In Deutschland stößt der US-Präsident damit auf scharfe Kritik. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte dem Handelsblatt, es gäbe „fundamental unterschiedliche Ansichten“ zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. „Der Ruf nach nationalen Lösungen ist Gift für Deutschland und für Europa, für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Es wäre falsch zu denken, dass man den eigenen Wohlstand vermehrt, indem man neue Mauern aufbaut.“

Die Trump-Regierung hatte Mitte Januar Importzölle auf Solarmodule und Waschmaschinen beschlossen. Weitere Handelsbarrieren und Strafmaßnahmen, etwa gegen Stahl- und Aluminiumimporte, sollen folgen, die Details sind noch unklar. Gerade den Europäern hat Trump immer wieder „unfaire Handelspolitik“ vorgeworfen. Nach seiner Rede zur Lage der Nation bleibt kein Zweifel: Der Präsident wird von diesem Kurs nicht abweichen, im Gegenteil. Durch die guten Wirtschaftsdaten fühlt er sich bestärkt.

Gabriel hält der Abschottungspolitik der US-Regierung die Vision eines offenen und geeinten Europa entgegen: „Europa will ein Partner auf Augenhöhe sein und kein Gefolgschaftsverband, der sich den Interessen der USA unterzuordnen hat.“ Mit Blick auf die Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, sagt er: „Scheinbar privilegierte Partnerschaften der EU vorzuziehen ist naiv und kreiert Konflikte, die auf lange Sicht auch die transatlantischen Beziehungen schwächen.“ Die EU habe es nicht nötig, „nach dem zu schnappen, was für uns übrig bleibt“.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik finden Europäer und Amerikaner immer seltener zueinander. „Wir haben Verbindendes gehört“, sagte Gabriel zwar. „Wir haben aber auch gehört, was uns derzeit trennt: Iran-Abkommen, freier Handel, Abrüstung.“ Vor allem Trumps Entscheidung, das Gefangenenlager Guantanamo weiterzubetreiben, provoziert in Berlin heftigen Widerspruch: „Guantanamo ist aus unserer Sicht mit den Prinzipien der Menschlichkeit, des Rechtsstaats und der Menschenrechte nicht vereinbar“, stellte Gabriel klar. Es offen zu halten, helfe nur den Terroristen von Al-Qaida und des Islamischen Staats.

Trump werden die Mahnungen aus dem Ausland kaum beeindruckt. Er sieht die Zerschlagung des IS-Kalifats als sein Verdienst an. Im Selbstlob kann es niemand mit ihm aufnehmen. Er habe Amerika sicherer, reicher, zuversichtlicher gemacht, tönte er und drängte schon auf das nächste Großprojekt: eine milliardenschwere Infrastrukturreform. Zwar ist die Finanzierung von neuen Straßen, Flughäfen und Schienen bislang ungewiss, Schulden von fast 21 Billionen Dollar lassen wenig Spielraum. Doch das ist Trump egal.

Europa dürfte Trump nicht nacheifern, mahnte Gabriel, doch ein bisschen mehr Zuversicht dürfe es auch in Europa ruhig sein: „Wenn wir es schaffen, der EU mehr Selbstvertrauen zu verschaffen, kann es auch für Europa einen „new moment“ geben“, sagte der SPD-Politiker. „Es gab jedenfalls noch nie eine Zeit, in der es so nötig war, für den europäischen Traum einzustehen.“

BIS ZUM LETZTEN BIER

Anna Sprockhoff

Es ist Montag, die Kirchenglocke schlägt halb fünf, und Hildegard Schweinsberg zapft im ältesten Dorfkrug des Ortes das erste Bier nach der Mittagspause. Punkt vier hat die 87 Jahre alte Wirtin aufgeschlossen, kurz vor halb fünf kam Rüdiger, einer ihrer Stammgäste, zum Biertrinken. Er sitzt im Nebenraum und raucht, sie steht hinterm Zapfhahn und wartet, dass sich das Bier setzt. Keiner, der redet, und es läuft auch keine Musik in der Börse. Zu hören ist nur das Ticken der alten Wanduhr.

Hildegard Schweinsberg steht gebeugt hinterm Tresen, das Alter zieht sich in feinen Falten durch ihr Gesicht, über dem lilafarbenen Rollkragenpullover trägt sie eine weiße Kittelschürze. Schon immer war sie klein, 1,58 Meter offiziell, irgendwann nach ihrem Achtzigsten wurde sie krumm und noch kleiner. Um eine Bestellung in ein Tresenbuch zu schreiben, das auf einem Pult hinter der Theke liegt, muss sie sich inzwischen auf die Zehenspitzen stellen. Geht sie mehr als ein paar Schritte, stützt sie sich auf ihren Rollator, der neben ihr hinterm Tresen steht.

Die Wirtin zapft schnell und serviert ihr Bier mit perfekter Schaumkrone. 1,30 Euro kostet ein Glas, es ist derselbe Preis seit Jahren. Hildegard Schweinsberg weiß, dass sie teurer werden könnte. Doch es geht ihr in der Gaststube schon lange nicht mehr ums Geldverdienen. "Ich brauch' das hier", sagt sie. "Ich brauch' die Menschen."

Die Börse liegt mitten in Neuhaus, einem Dorf mit 1.500 Einwohnern an der Grenze von Niedersachsen zu Mecklenburg-Vorpommern. Vor dem Haus steht ein weißer Zaun, zwei Linden säumen den Eingang. Im Gastraum hat die Wirtin fast alles so gelassen, wie es schon vor 100 Jahren war: ein Tresen, vier abgenutzte hölzerne Hocker davor, handgedrechselte Tische und Stühle, vor den Fenstern Spitzengardinen.

Der Gasthof ist ihre Heimat, ihre Welt seit mehr als 80 Jahren. Am 4. Dezember 1930 wurde sie hier als Hildegard Dührkoop geboren, hier hat sie den Zweiten Weltkrieg, die DDR, das wiedervereinigte Deutschland und die Rückgliederung in den Landkreis Lüneburg erlebt, drei Kinder großgezogen und zwei Ehemänner überlebt. Einmal in ihrem Leben war sie mit ihrem zweiten Mann zehn Tage lang auf Kur, länger am Stück hat sie die Börse nie verlassen.

In Neuhaus kennt fast jeder die Wirtin der Börse, wenn nicht als Hildegard Schweinsberg, dann als Oma Börse. So lange ist sie schon da, dass sich niemand den Gasthof ohne sie vorstellen kann. Und doch drängt sich die Frage auf, sobald man die Gaststube betritt und sie hinter dem Tresen stehen sieht: Wie lange kann das noch gehen? Seit Jahren sucht die Wirtin nach jemandem. Vergeblich.

Die Landgasthöfe sterben. Nicht nur in der Gemeinde an der Elbe im Nordosten Niedersachsens, sondern im ganzen Land. Mehr als ein Drittel der Schankwirtschaften hat Niedersachsen zwischen 2006 und 2015 verloren. Und auch bundesweit schließen laut Statistik des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) jedes Jahr mehr Betriebe, egal ob Schankwirtschaft, Gasthof, Restaurant oder Imbiss. "Der klassische Dorfkrug hat es schwer", sagt der niedersächsische Landesvorsitzende des Dehoga, Rainer Balke. Ein Laden, wie ihn Hildegard Schweinsberg betreibt, das sei schon fast Folklore. "Einfach nicht zukunftsfähig."

Gründe für das Verschwinden der klassischen Dorfkrüge gibt es aus Sicht des Dehoga viele: verändertes Gästeverhalten, steigender Kostendruck, zunehmende Bürokratie, Personalmangel, demografischer Wandel. Lange habe man versucht gegenzusteuern, sagt Balke, die Menschen mit Imagekampagnen wieder in die Gaststätten zu locken. Vergeblich. "Wenn es einen Dorfkrug gibt, der noch genug Kunden hat, dann finden die Besitzer entweder keinen Nachfolger oder kein Personal." Das Resultat sei das gleiche: Früher oder später ist der Laden dicht.

KILLT NETFLIX DAS KINO?

Judith Kerber

Netflix macht Jagd auf Hollywood. Geht es nach dem amerikanischen Streamingdienst, musst du für neue Filme nicht mehr ins Kino. Deshalb produziert Netflix seit längerer Zeit eigene Filme, sogenannte „Netflix Originals“. Beispielsweise „Bright“ mit Will Smith. In diesem Jahr will Netflix 80 eigene Filme in Deutschland veröffentlichen. Doch jetzt ist das Unternehmen einen Schritt weitergegangen und kauft Hollywood-Produzenten die Rechte für Filme ab, die eigentlich zuerst im Kino starten sollten. Netflix schreibt dazu in einem Finanzbericht von Juli 2017: Wir verstehen, dass unser Ansatz, Filmpremieren zuerst auf Netflix zu veröffentlichen, gegen Hollywoods Tradition verstößt. Genauso wie wir das Fernsehgeschäft grundlegend verändert haben, glauben wir fest daran, dass Internet-TV auch das Filmgeschäft neu beleben kann. „In Hollywood herrscht derzeit Kriegsstimmung. Bei dem Streit geht es um Netflix- gegen Hollywood-Modell“, beschreibt ein amerikanischer Investment-Manager die Stimmung im Gespräch mit der „Washington Post“.

Für deutsche Kinofans wirkt sich das eher schlecht aus. Wer Science-Fiction Filme mit Anspruch liebt, hat sich sicher schon auf den neuen Film von Alex Garland gefreut, der 2014 schon Publikum und Kritik mit seinem Science-Fiction-Drama „Ex Machina“ begeistert hat. Auch sein Folgefilm „Auslöschung“ mit Nathalie Portman in der Hauptrolle verspricht Klasse. Es sind surreale, mächtige Bilder, die Garland heraufbeschwört. Bilder, die eine Leinwand verdient hätten. Doch wer den Film in einem deutschen Kino erleben will, wird enttäuscht: Nur Netflix zeigt „Auslöschung“. Um das Werk auf der Leinwand zu erleben, müsste ein Filmfan nach Amerika oder China fliegen. Eigentlich war für „Auslöschung“ auch ein deutscher Filmstart vorgesehen. Doch die Produzenten von Paramount haben die Filmrechte an Netflix verkauft, weil sie Angst hatten, der Film sei zu komplex für ein breites Publikum und könnte deshalb in den Kinos floppen.

Wer sowieso ein Netflix-Abo hat, wird sich den Film wahrscheinlicher ansehen als im Kino, wo es vergleichsweise teurer ist, einen Film zu schauen. Nur in den für den Filmmarkt relevantesten Ländern USA, Kanada und China erhielt „Auslöschung“ einen Kinostart. Langfristig zielt Netflix darauf ab, die Rechte von Filmen zu erwerben, die ähnlich wie „Auslöschung“ ein mittelgroßes Budget haben, filmisch besonders anspruchsvoll sind, es aber auf der Leinwand schwerhaben werden. Es häufen sich auch Zusammenarbeiten mit bekannten Regisseuren wie Martin Scorsese („Taxi Driver“). Sie schätzen die künstlerische Freiheit, die ihnen Netflix bei der Filmproduktion gewährt.

Was sagen deutsche Kino-Betreiber dazu? Der Trend, dass Filme nur noch auf Streaming-Diensten veröffentlicht werden, beunruhigt Cineplex-Geschäftsführer Kim Ludolf Koch nicht. „Ein Kinostart ist mit Kosten verbunden. Ist ein Film nur mittelmäßig und nicht markttauglich, erschien er vor ein paar Jahren direkt auf DVD und nicht im Kino“, sagt der Leiter des Cineplex-Verbands von 25 mittelständischen Kinounternehmen. Nun würde ein weniger erfolgsversprechender Film eben direkt als Stream veröffentlicht werden, statt auf DVD. Bisher seien Streaming-Dienste wie Netflix eher Konkurrenz für das Fernsehen. „Doch je mehr Freizeit Nutzer in Netflix investieren, desto weniger Freizeit verbringen sie im Kino. Darin sehe ich schon eine Gefahr.“

Thomas Negele, Vorstandsvorsitzender des Hauptverbands Deutscher Kinobetreiber, vertritt die Interessen deutscher Kinos – und bleibt entspannt. Vor Netflix habe er keine Angst, sagt Negele. Doch in einem sei Netflix besser als das Filmbusiness: gezielt auf gute Inhalte hinzuweisen. Denn durch die Masse an Filmen, die jährlich herauskommen, sei es für den Zuschauer schwer, selbstständig qualitativ hochwertige Filme auszuwählen. „Wir müssen mehr Werbebudget in die Hand nehmen, um gute Filme auch sichtbar für den Zuschauer zu machen.“ Filme sollten nicht der Selbstverwirklichung eines Regisseurs dienen, sondern das Publikum ansprechen, sagt Negele. Es sei die Aufgabe von Kinos, das Publikum zufriedenzustellen und nicht, ihnen vermeintlich künstlerische Inhalte aufzudrängen. In Zukunft hätten Kinos vor, mehr Geld in bequeme Kinosäle zu stecken. Auch ein Serienmarathon auf der großen Leinwand sei ein mögliches Geschäftsmodell.

DIGITALE NOMADEN: VIER STUNDEN, MEHR NICHT!

Julia Wadhawan

Neun Tage ohne Internet – eine Riesenherausforderung für Johannes Völkner. Es ist warm an diesem Nachmittag auf Gran Canaria, der 33-Jährige schwitzt in seinem schwarzen T-Shirt. Völkner ist seinem Ziel jetzt nah. Die Sovereign, ein Koloss von einem Schiff: 268 Meter lang, gut 74.000 Tonnen schwer. Völkner will sich von niemandem regieren lassen – nicht von Arbeitszeiten und nicht von gesellschaftlichen Erwartungen. Er entscheidet, was er macht und wohin er geht. Das Schiff soll ihn nach Brasilien bringen. Neun Tage dauert die Überfahrt, die Völkner für mehr als 100 Gleichgesinnte organisiert hat. Die Reisenden gehören zu einer wachsenden Gruppe von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt verschieben wie andere ihre Zimmerpflanzen. Sie bezeichnen sich als multilokal und ortsunabhängig, sie nennen sich: Digitalnomaden. Feste Arbeitsplätze und -zeiten gehören für sie der Vergangenheit an.

Zur Bibel der Bewegung ist das Buch *The Four Hour Week* ("Die 4-Stunden-Woche") von Timothy Ferriss geworden, in mehr als 35 Sprachen übersetzt, hunderttausendfach verkauft. Der Autor beschreibt darin, wie jeder Mensch zum Millionär wird, ohne Millionen zu besitzen. Er nennt solche Menschen "the new rich", die neuen Reichen. Reichtum misst er in Erlebnissen. Der Schlüssel zum Glück liege darin, weniger, aber produktiver zu arbeiten – und: Arbeit zu verrichten, die sich nicht danach anfühlt. Für viele klingt das utopisch: Laut Arbeitsministerium arbeiten gerade mal 20 Prozent der Beschäftigten ab und zu von zu Hause aus. Von den Übrigen wünscht sich allerdings fast jeder Zweite mehr Flexibilität im Job. Für 20- bis 35-Jährige ist Selbstbestimmung gar das höchste Ziel eines erfolgreichen Lebens, wie eine Studie des Zukunftsinstituts in Frankfurt zeigte. Gleich danach kommt: "das Leben genießen". Erst an zehnter Stelle folgt die Karriere.

Völkner will nur genug zum Reisen verdienen. Die Kreuzfahrt war ein Schnäppchen, das er im Internet gefunden hatte und online mit anderen Digitalnomaden teilte. Wer dabei sein wollte, buchte sich die Fahrt selbst. Völkner hält die Gemeinschaft nun über seine Facebook-Gruppe zusammen. Sie wächst rasant und zählt mittlerweile fast 11.000 Mitglieder, der Westfale nennt sie das "weltweit größte Netzwerk für Digitalnomaden".

Viele von ihnen leben wie Völkner: Sie sind selbstständig, manche arbeiten als IT-Experten für große Unternehmen, andere als Grafikdesigner für eine Vielzahl kleiner Kunden. So erwirtschaften sie das Geld, das sie fürs Reisen brauchen – oft ist das weniger, als man in Deutschland zum Leben benötigen würde. Denn Digitalnomaden suchen am liebsten Orte auf, an denen die Lebenskosten niedrig sind. Länder in Asien oder in Südamerika. Ihr Lebensstil lockt zunehmend Menschen aus ihrem gefestigten Alltag. In ihrer extremen Variante werden sie aber auch zu einer Herausforderung für den Staat. Wie weit das gehen kann, hat der US-Autor Patrick Dixon in seinem Buch *The Future of Almost Everything* zusammengefasst. Er schreibt von hypermobilen, globalisierten Individuen "ohne nationale Loyalität oder Identität und ohne Bindung zu einem geografischen Gebiet, wohl aber mit Freunden in jeder Stadt. Diese industrialisierten Techno-Gypsies betrachten sich selbst als globale Bürger." Das Problem: "Sie werden schwer zu besteuern und zu zählen sein und ebenso schwer zu regieren."

Esther Jacobs erlebt die Überforderung der Behörden bereits jetzt. Die niederländische Motivationstrainerin ist 45 Jahre alt und reist seit zehn Jahren umher. Von ihrem Heimatland sei sie geradezu verstoßen worden, sagt sie. Als sie ihren Reisepass verlängern wollte, habe sich das Bürgeramt zunächst geweigert. Es hatte mitbekommen, dass Jacobs weniger als vier Monate am Stück in den Niederlanden verbracht hatte. Jacobs besitzt dort ein eigenes Haus und hat ihr Gewerbe angemeldet. Sie musste verhandeln, brachte den Fall an die Öffentlichkeit – und bekam ihren Reisepass dann doch. Ihre Krankenversicherung war zu diesem Zeitpunkt bereits erloschen. Jacobs sagt: "Die Welt ist noch nicht bereit für Digitalnomaden."

DIE RELIGION DES ESSENS

Susanne Schäfer

Verzicht ist das neue Glaubensbekenntnis des Essens. Warum lassen wir uns die Freude vermiesen? "Rindfleischspieße mit italienischer Wurst und Speck", "Ente in Honig-Austern-Sauce" – so hießen einst die Gerichte in den Kochbüchern des britischen Starkochs Jamie Oliver. Er scheute weder Butter noch Mascarpone. Und zu Trauben und Schokolade empfahl er einen ordentlichen Schluck Grappa. Das ist vorbei. Schlägt man heute sein neues Werk Jamies Superfood für jeden Tag auf, finden sich Rezepte wie "Protein-Porridge", "Super Sportlersalat" und "Sexy Dörrpflaumen". Pasta bereitet Oliver mit Vollkornnudeln zu. Den ehemals fetttriefenden Spaghetti Carbonara wird die Sahne entzogen und durch Joghurt ersetzt. Keines seiner Gerichte enthalte mehr als 600 Kalorien, versichert Jamie Oliver im Vorwort. Dann räsoniert er über Nährstoffe und warnt vor Alkohol. Schließlich wolle er hundert Jahre alt werden.

Der Hamburger Starkoch Tim Mälzer hat zusammen mit Ärzten getestet, auf welche Weise der Kochstil die Blutwerte beeinflussen kann. Sein bayerischer Kollege Alfons Schuhbeck bietet Gewürzmischungen in Pillenform an, sogenannte Zellfitness-Kapseln. Doch der Kunde will noch mehr: Er verlangt offenbar medizinische Wirkmacht sogar vom eigenen Abendessen. Die meisten Kochbücher im deutschsprachigen Raum hat in letzter Zeit nicht Tim Mälzer verkauft oder Alfons Schuhbeck und auch nicht der multinationale Newcomer Yotam Ottolenghi, sondern ein Herr namens Attila Hildmann. Gegen Krankheit predigt Hildmann vegane Ernährung. Köche sind nicht mehr für Geschmack und Lust zuständig, sie werden zu Gesundheitsberatern und Heilern. Demnächst wird sogar ein Kochbuch erscheinen, dessen Autoren auf dem Cover in weißen Kitteln posieren. Hier kocht der Arzt! Dicksein ist nicht nur unästhetisch, sondern – ganz schlimm – ungesund. Schlank, fit, leistungsfähig bis ins Grab – das ist die Devise. Viele akzeptieren Askese als soziales Ideal und mühen sich ab, ihre Selbstoptimierungspflicht zu erfüllen. Ewige Gesundheit durch ausgetüftelte Ernährung. Doch das ist nicht einfach, denn auf dem Feld für richtige Lebensweise wimmelt es von Ratschlägen und Empfehlungen, die nicht nur in ihrer Vielzahl verwirren, sondern auch in ihrer totalitären Ansage bewusst Ängste schüren: Weizen macht dumm, Zucker macht süchtig, Wurst macht Krebs. Eine seltsame Mischung aus Alarmismus und Wissenschaft bringt Köche und Esser durcheinander: Was darf ich denn überhaupt noch essen? Die unbedingte Bereitschaft, ernährungstechnisch alles richtig zu machen, kombiniert mit der Verwirrung darüber, was denn das Richtige sei, bildet den idealen Nährboden für allerlei Lehren und spezielle Ernährungsdoktrinen, die sich vor allem durch eines auszeichnen: das Verbot. Sie beginnen mit low, slow oder no. Die Anhänger von Low Carb, Slow Carb oder No Carb verteufeln Nudeln, Reis und Brot. Wer sich paläo ernährt (es leitet sich vom Paläolithikum, der Altsteinzeit, her), streicht Milch und Getreide von der Speisekarte, weil der Jäger und Sammler vor hunderttausend Jahren nun mal jagte und sammelte und nicht molk und buk. Und wer sich am Trend des Clean Eating orientiert, hat erkannt: Fertiggerichte sind schlecht, Selbstgekochtes ist gut.

Der um sich greifende Ernährungsfundamentalismus gleicht der alten religiösen Askese: Verzicht ist das Glaubensbekenntnis. Früher fasteten die spirituell Entflammten vierzig Tage in der Wüste, oder sie züchtigten sich mit Stahlruten. Heute laufen sie Marathon, fahren am Tag hundert Kilometer mit dem Rennrad oder stemmen Gewichte für ihren neuen Gott: den perfekten Körper im Spiegel. Sie verzichten auf Rausch, auf Lust, Gelage und die Gemeinschaft mit Andersessern. Und es gibt kein Entkommen: Jede Treppenstufe, jede Kalorie wird vom Trainingsarmband erfasst. Seit 2005 hat sich in Deutschland die Zahl der neu eingeführten Produkte mit sogenannten Clean-Labels, "Frei von"-Versprechen, mehr als verdreifacht. Inzwischen werden sogar Messen organisiert, auf denen Anbieter solche Produkte präsentieren. Verbraucherschützer werten "die sauberen Etiketten" als reines Marketinginstrument. An der Umdeutung des alltäglichen Essens von der Ernährung zur Therapie wollen viele verdienen. Doch ihre Rezepte führen längst nicht immer zum versprochenen Wohlbefinden. Im Gegenteil: In unserer Wohlstandsgesellschaft grassiert eine Epidemie des schlechten Gewissens. Vielleicht sollten wir weniger streng zu uns sein. Mit guten Freunden old-fashioned Spaghetti Carbonara kochen und guten Wein dazu trinken.

SPARKASSE: UMS KONTO KÜMMERT SICH DER MANN

Didem Ozan

Die deutschen Sparkassen kennen nur Kontoinhaber, Frauen sollen sich fügen. Die 80-jährige Marlies Krämer klagt dagegen. Demnächst entscheidet der Bundesgerichtshof.

Auf den ersten Blick wirkt Marlies Krämer unscheinbar. Randlose Brille, kinnlanges graues Haar, beigefarbenes Halstuch mit Blumenmuster. Wäre da nicht die rote Jacke, die förmlich schreit: "In mir steckt eine Aufmüpfige!" Ihre Trägerin verließ nach der Schröder-Wende die SPD und gründete den Ortsverband der Linken im saarländischen Sulzbach, dem sie lange vorsah. Sie blieb auch in den Neunzigern ohne Personalausweis, weil sie sich weigerte, als "Inhaber" zu unterschreiben.

Erst nachdem der Bundesrat 1996 beschloss, dass die Formulierung "Unterschrift der Inhaberin/des Inhabers" in allen Ausweisen verwendet werden muss, unterzeichnete Marlies Krämer ihren Ausweis. Das brachte ihr unter anderem einen Fernsehauftritt bei Jürgen von der Lippe's *Wat is?* zum Thema "Emanzipation der Sprache" ein. Die Frauenzeitschrift *Emma* kürte sie 1997 zur "Heldin des Alltags". Wenig später beschwerte sich die Feministin, dass es weibliche Namen nur für Wettertiefs gab. Seitdem werden Hochs und Tiefs abwechselnd männlich und weiblich benannt. Nun hat die 80-jährige Feministin der Sparkasse den Kampf angesagt. Sie findet, dass auf ein Bankformular mehr gehört als nur "Kunde" und "Kontoinhaber". Als hätten nur die Männer das Geld und das Recht, Geschäfte zu tätigen. Wenn Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sollen sie auch entsprechend angesprochen werden. Das generische Maskulinum sei diskriminierend, sagt Krämer. Es verstoße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Konsequenterweise hat die Saarländerin die Sparkasse Saarbrücken verklagt. Zunächst erfolglos. Denn die Richterinnen und Richter am Amtsgericht ebenso wie am Landgericht Saarbrücken widersprachen ihrer Klage. In Zeiten, in denen das dritte Geschlecht vom Bundesverfassungsgericht anerkannt wurde, halten sie hingegen die alleinige Nutzung der männlichen Form für angemessen. Ihre Begründung: Das generische Maskulinum gebe es seit 2.000 Jahren. Und das sei auch gut so. Schließlich benutzten die Banken das generische Maskulinum geschlechtsneutral und meinten beide Geschlechter. Überhaupt sollen Texte nicht schwieriger werden, als sie ohnehin schon sind. Marlies Krämer lässt sich nicht abspesen mit der Erklärung, sie sei mitgemeint. Sie nimmt nicht mehr hin, dass ihr verfassungsmäßig legitimes Recht missachtet wird. Das Recht, als Frau in Sprache und Schrift erkennbar zu sein.

"Kontoinhaberin" statt "Kontoinhaber" – es geht eben nicht nur um eine Wortendung. Das Femininum kenntlich zu machen, bedeutet, die Welt zu verändern. Das wissen diejenigen, die sich falsch angesprochen oder angeschrieben fühlen, nur zu gut. Ich mache diese Erfahrung täglich, wenn ich in Mails mit "Herr Ozan" angeschrieben werde. Ich würde mein Gegenüber deswegen nicht verklagen. Aber ich nehme das auch nicht mehr so hin, wie ich es jahrelang getan habe. Ich will als Frau angesprochen werden, und Marlies Krämers Klage bestärkt mich darin. Ich kann aber auch diejenigen verstehen, die gegenderte Sprachkonstruktionen schwierig finden. Müssen jetzt wirklich Abertausende Formulare neu gedruckt werden? Der Sparkassen- und Giroverband, der unter anderem 390 Sparkassen, sieben Landesbanken-Konzerne, Versicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen unter sich vereint, teilt die Auffassung der Sparkasse Saarbrücken. Der Verband verteidigt das generische Maskulinum damit, dass man mittlerweile von einer zweistelligen Zahl von Geschlechtsidentitäten ausgehen würde. Und damit, dass das dritte Geschlecht vom Bundesverfassungsgericht anerkannt wurde. Deswegen greife das Gendering ohnehin zu kurz. Natürlich. Dann lieber den Mann für alle verwenden und damit als Norm markieren. Die Höherordnung des männlichen Genus in unserer Sprache weiter verfestigen. Marlies Krämer gibt nicht auf. Am 13. März soll nun das Bundesverfassungsgericht über die Sache entscheiden.

Warum sperren sich die Sparkassen eigentlich so? Es handelt sich schließlich nicht um Privatbanken, sondern um Anstalten öffentlichen Rechts, die in der Regel in kommunaler Trägerschaft stehen. Damit sind sie dem Grundsatz der Gleichstellung in besonderem Maße verpflichtet. Ist die Sparkasse der Männerverein geblieben, der sie schon immer war? Schuftten hier Frauen vor allem in den unteren Ebenen, nicht einmal als Beraterinnen, sondern als Assistentinnen von Beratern? Nun, zumindest der Präsident des Sparkassenverbands Saar ist eine Frau. Und Cornelia Hoffmann-Bethschneider ist ehemalige SPD-Landrätin, trägt knallrote Haare. Schade, dass auch sie den Laden offenbar nicht voranbekommt. Ob die Präsidentin der alten Dame in der roten Jacke wohl gratulieren würde, wenn die ihre Klage gewinnt? Vielleicht zerknüllt sie sogar die alten Formulare, reckt ihre Faust und ruft: "Die Kundin ist ab jetzt Königin! Wir entdecken ein neues Geschäftsmodell! Gegendertes Banking! Jungs, legt los! Ich will schwarze Zahlen sehen!" Wenn das generische Maskulinum tatsächlich gegen das Recht auf Gleichbehandlung spricht, werden nicht nur 1.600 Kreditinstitute in Deutschland ihre Formulare ändern müssen. Dann wird sich hoffentlich einiges mehr ändern. Das wäre doch mal was.

FAKE NEWS UND FILTERBLASE: FACEBOOK HAT EIN PROBLEM

Michael Hanfeld

Mark Zuckerberg ist so ratlos wie Goethes Zauberlehrling. Denn den Geist, den er beschworen hat, wird er nicht mehr los. Er gehorcht ihm nicht, wird immer wilder und ist nicht zu beherrschen. Die Vorstellung einer schönen neuen Weltgemeinschaft, die der Chef des Netzwerkkonzerns Facebook beschwört, wann immer er aus dem Flugzeug steigt, um die Menschen auf einem anderen Kontinent von den Segnungen seines Unternehmens zu überzeugen, oder wann immer er einen Blogbeitrag schreibt, in dem es um eine bessere, friedliche Zukunft für alle geht, wird er vom real existierenden Wirken seines Netzwerks eingeholt. Wenn er von der Weltrettung spricht, strafen ihn seine Nutzer Lügen, die erkannt haben, was Facebook in Wahrheit ist: eine gigantische Werbemaschine, die Daten sammelt und monetarisiert, und an Botschaften unter die Leute bringt, was da kommt und was am besten

Im günstigeren Fall kann das Zeitvertreib und Nonsense sein, der auf den IQ drückt, im schlechteren Manipulation und Propaganda. Von der gab es im amerikanischen Wahlkampf vor allem in Form vermeintlicher „Fake News“ reichlich. Sie nutzte vor allem Donald Trump, der es verstand, seine „Wahrheiten“ an den Mann zu bringen, mochten ihnen auch noch so viele Fakten entgegenstehen. Dass man Teil des Problems und nicht per se die Lösung sei, wollte Facebook lange nicht einsehen. Man bringe die Dinge ungefiltert und wolle den Nutzern nicht vorschreiben, mit welchen Inhalten sie sich beschäftigen, hieß es. Mark Zuckerberg gab seinen Konzern als Technikunternehmen aus und wies den Gedanken an redaktionelle Verantwortung für die verbreiteten Inhalte von sich. Wie wollte er die auch, bei inzwischen rund zwei Milliarden Nutzern weltweit, überhaupt im Blick behalten? Facebook fällt es, ebenso wie Twitter, schon schwer genug, die Plattform von rechtswidrigen und strafwürdigen Botschaften frei zu halten. Im vergangenen Jahr, als Mark Zuckerberg gerade mal wieder eine seiner Flower-Power-Reden gehalten hatte, stellte ein Mann in Cleveland ein Video bei Facebook ein, das zeigte, wie er jemanden erschoss. Das Video wurde gelöscht, aber erst nach ein paar Stunden.

Alle Versuche, Informationen zu kanalisieren, schlugen bislang fehl – die automatisierten wie derjenige, bei dem Facebook mit einem eigenen Team Nachrichteninhalte auswählte und sich prompt dem Vorwurf ausgesetzt sah, konservative Informationsanbieter zu benachteiligen. Die Truppe wurde entlassen. Und nun? Geht es weiter nach dem Prinzip Trial and Error. Zuerst kündigte Facebook an, es werde den Inhalten lokaler und regionaler Nachrichtenanbieter zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Dann teilte Konzernchef Zuckerberg mit, man werde die Beiträge von Freunden und Familie stärker gewichten und die von Medien weniger. Von der Community, schrieb er, habe man das Feedback erhalten, dass „Beiträge von Unternehmen, Marken und Medien die persönlichen Momente verdrängen, die uns zu mehr persönlicher Verbundenheit führen“. Jetzt folgte der nächste Schritt, den Mark Zuckerberg als „Teil unserer laufenden Qualitätsüberprüfungen“ ausgibt. Man werde die Nutzer „nun fragen, ob sie eine Nachrichtenquelle kennen – und wenn ja, ob sie ihr vertrauen“. Es gebe, so der Facebook-Chef, „zu viel Sensationssgier, Falschinformationen und Polarisierung heute in der Welt“. Und daran wolle man etwas ändern, indem man auf Inhalte von Medienanbietern setze, denen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen trauen.

Nachdem das Kriterium „Fake News“ wertlos geworden ist, versucht Facebook es nun also mit Empfehlungen der Nutzer, in der Annahme, dies werde zu einem qualitätsvollen Querschnitt führen. Das könnte für Medienhäuser, Sender und Verlage, die auf Qualitätsjournalismus setzen, eine gute Nachricht sein, könnte man Facebook als Infobroker und ehrlichem Makler vertrauen. Doch das ist bei diesem ganz und gar intransparenten Weltkonzern fehl am Platz, der wieder einmal alle entscheidenden Fragen offen lässt: Wer wird nach seinem Informationsverhalten gefragt? Wer wertet das aus, wie wird es ausgewertet, wie schlägt sich das im „Newsfeed“ nieder, wird es von unabhängiger Seite überprüft? Und schließlich: Könnte die Auswahl nach den Vorlieben der Nutzer – Family and Friends – nicht dazu führen, dass sich die Filterblasen noch verstärken? Die einen setzen – um in den Vereinigten Staaten zu bleiben –, auf Fox News and „Breitbart“ und die anderen auf CNN und die „New York Times“. Werden sie von Facebook fortlaufend mit Geschichten aus der eigenen Gemeinde oder zwangsweise mit Informationen von der „Gegenseite“ versorgt?

Es könnte einen beruhigen, dass der Anteil von Nachrichten am „Newsfeed“ der Facebook-Nutzer zurzeit im Schnitt bei gerade einmal fünf Prozent liegt und, wie Mark Zuckerberg annimmt, auf vier Prozent sinkt, wenn die jüngste Änderung der Nachrichtenprogrammierung greift. Der Lösung des Problems, das es selbst verursacht, indem es alles auf den Informationsmarkt wirft, was da ist, die Produzenten dabei aber in den Hintergrund schiebt und sie ihrer wirtschaftlichen Grundlagen beraubt, während es seine Nutzer in einen Werbe-Kokon einspinnt, kommt Facebook damit keinen Schritt näher.

Journalismus, Nachrichtenberichterstattung, Einordnung und Bewertung holt man sich immer noch am besten beim Erzeuger ab. Und der ist nicht Facebook. Wenn Facebook auf vertrauenswürdige Nachrichten aus sei, sagt der Medienunternehmer Rupert Murdoch, solle es doch bitte dafür zahlen. Die Nachricht allerdings kommt bei dem Netzwerkkonzern garantiert nicht an.

ITALIEN MACHT VOR, WIE EIN SCHNELLES BAHNNETZ FUNKTIONIERT

Ulrike Sauer

Geschichten wie diese sind sehr ungewöhnlich in Italien. Aber nicht nur dort. Am 28. April 2012 raste der amarantröte Schienenflitzer Italo zum ersten Mal von Neapel nach Mailand. Die Premierenfahrt beendete das Monopol der römischen Staatsbahnen auf den lukrativen Hochgeschwindigkeitsstrecken der Apenninhalbinsel. Knapp sechs Jahre später verkaufen die privaten Eigentümer der superschnellen Züge das Bahn-Start-up nun für 2,5 Milliarden Euro an den amerikanischen Fonds Global Infrastructure Partners (Gip). Sie kassieren eine Traumrendite und geben eine Lektion zum Thema Marktöffnung.

Der Vater des Bahn-Coups ist Luca di Montezemolo, langjähriger Chef der Sportwagenfirma Ferrari, ehemaliger Industriellenchef, der für Made in Italy steht. 2006 ging es mit einem weißen Blatt und einer bizarren Idee los: Montezemolo und ein paar seiner Freunde hatten sich in den Kopf gesetzt, den italienischen Staatsbahnen Konkurrenz auf ihren teuren Rennstrecken zu machen. Viele hielten den Einfall für verrückt. Möglich war er durch die Liberalisierung des superschnellen Schienenverkehrs geworden, die 2007 von der römischen Regierung unter Romano Prodi durchgesetzt worden war. Italien war einmal da, wo der damalige Ferrari-Chef sein Land am liebsten immer sähe: ganz vorn. Es öffnete das Hochgeschwindigkeitsnetz für einen privaten Betreiber - eine Weltpremiere. Nur Südkorea ist bisher nachgezogen. Dieser Vorsprung macht Italo nun für den US-Spezialisten Gip so interessant. Denn im Dezember 2020 fallen die Wettbewerbsschranken in ganz Europa. Dann, so prognostiziert Montezemolo, wird Italo für die Amerikaner zur Startrampe für die Expansion auf dem Kontinent. Spanien und Deutschland werden in Rom als attraktivste Ziele gehandelt.

Das Zug-Abenteuer des Grafen war kein Selbstläufer. Schon nach zwei Jahren stand der Angreifer vor dem Aus. Nur eine Kapitalerhöhung und der Einstieg der Mailänder Großbank Intesa Sanpaolo bewahrten Italo 2014 vor dem Konkurs. Marktführer Ferrovie dello Stato (FS), der auch das italienische Schienennetz und die Bahnhöfe kontrolliert, hatte dem Konkurrenten das Leben schwer gemacht. Er begrüßte den Neuling mit einem Preiskrieg und behinderte dessen Markteintritt mit allerlei Schikanen. Die Wende kam 2015 mit zusätzlichem Geld und einem neuen Chef.

Flavio Cattaneo brachte das junge Unternehmen auf einen neuen Kurs. Obwohl die Großraumwagen von Italo damals bei Weitem nicht ausgelastet waren, bestellte der Manager neue Züge. Rentabel würde das Unternehmen nur, wenn die Frequenz der Verbindungen erhöht wird, glaubte er. Bei einem Anschaffungspreis von 30 Millionen Euro pro Zug war das ein kostspieliges Kalkül. Doch es ging auf. 2016 erzielte das Start-up erstmals einen Profit. 2017 stieg der Gewinn auf 33,8 Millionen Euro, der Umsatz um 25 Prozent auf 455 Millionen Euro. Italo beförderte im vergangenen Jahr knapp 13 Millionen Fahrgäste.

Das ganze Land profitiert vom Wettbewerb

Die Aktionäre verdienen nun beim Verkauf kräftig mit. Nach Schätzungen aus Finanzkreisen haben sie 1,1 Milliarden Euro investiert. Neben dem Kaufpreis von 1,98 Milliarden Euro bot Gip auch die Übernahme von 430 Millionen Euro Schulden und der Kosten des geplanten und nun kurzfristig abgesagten Börsengangs von Italo an. Montezemolo und Co. haben ihren Einsatz so mehr als verdoppelt. Der Unternehmenswert ist allein seit dem vergangenen Herbst um das Vierfache gestiegen.

Die Aktionäre sind durchaus nicht die einzigen Gewinner. Das ganze Land hat vom Wettbewerb kräftig profitiert. Auch die Bahnkunden. Italo hat das Angebot verbessert und neue Nachfrage geschaffen. Der Markt ist im kriselnden Italien konstant zweistellig gewachsen. Gleichzeitig sanken die Fahrpreise um 40 Prozent und liegen weit unter den Tarifen in den Nachbarländern. Auf der Strecke Mailand-Rom - knapp 600 Kilometer in 2 Stunden 55 Minuten - ersetzen die Schnellzüge das Flugzeug nahezu komplett. Auch viele Autofahren sind umgestiegen. Die Zahl der Passagiere nahm um 100 Prozent zu. Italo hat in sechs Jahren fast ein Drittel des Marktes erobert. Auch dem Staatskonzern FS hat die Konkurrenz am Ende nicht geschadet. Er weitet das Geschäft mit seinem "Frecciarossa" (roter Pfeil) seit zwölf Jahren erfolgreich aus und kassiert von Italo Gebühren für die Schieneninfrastruktur.

"Italo ist eine tolle italienische Unternehmensgeschichte", prahlte Montezemolo. Da er diese Geschichte aber in amerikanische Hände gibt, hinterlässt sie auch einen bitteren Nachgeschmack. Ausgerechnet sein enger Freund Diego Della Valle, Italo-Mitbegründer und Eigentümer des Luxuskonzerns Tod's, kritisierte den Verkauf. Denn wie so oft gelingt es Italienern nicht, ein visionäres Projekt auf eigene Faust ins Ausland zu tragen.

NEUE BUNDESREGIERUNG: WER SICH UNTER DER GROKO AUF MEHR GELD FREUEN KANN

Antonia Schäfer

In Berlin haben sich Union und SPD auf eine neue Große Koalition (GroKo) geeinigt. Die ersten konkreten Pläne sind bereits an die Öffentlichkeit gedrungen - und die klingen nach Geldgeschenken. FOCUS Online zeigt, wer sich unter der GroKo auf mehr Geld freuen kann.

Steuern

Anders als allseits erwartet ist aktuell nicht mehr von einer Anhebung des Spitzensteuersatzes die Rede. Union und SPD waren beide mit dem Versprechen in den Bundestagswahlkampf gegangen, den Spitzensteuersatz künftig erst ab einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro zu erheben. Bislang liegt er bei knapp 54.000 Euro - und wird vorerst wohl auch da bleiben. Aufgegeben hat die SPD offenbar ihre Forderung, Top-Gehälter oberhalb der 60.000-Euro-Marke mit bis zu 45 Prozent zu besteuern. Stattdessen hat sich die Union durchgesetzt, deren Kernversprechen war, dass es mit ihr keine Steuererhöhungen geben werde.

Krankenversicherung

Auch bei der Krankenversicherung konnte die SPD sich offenbar nicht durchsetzen. Dass das Wort „Bürgerversicherung“ seinen Weg nicht in die neue GroKo finden würde, galt schon vorher als sicher. Stattdessen gibt es nur eine marginale Verbesserung für gesetzlich Versicherte: Die Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung soll wiederhergestellt werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen also wieder gleichermaßen belastet werden. Aktuell zahlen Arbeitnehmer einen Zusatzbeitrag von zwischen 0,6 und 1,6 Prozent, je nach Krankenkasse. Ihr Geld: Wird die Krankenversicherung statt über einen Zusatzbeitrag wieder komplett paritätisch finanziert, hätte ein Arbeitnehmer mit dem monatlichen Medianeinkommen von 3133 Euro im Jahr knapp 190 Euro mehr zur Verfügung.

Rente

Bei der Rente ist die Handschrift der SPD deutlich stärker zu spüren, auch wenn der Name "Solidarrente" es nicht durch die Verhandlungen geschafft hat. Dennoch gibt es im Bereich Rente eine kleine Revolution: Die GroKo will eine "Grundrente" einführen, die ärmere Rentner über die Grundsicherung heben soll. Wer mindestens 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll ein regelmäßiges Alterseinkommen zehn Prozent über dem Grundsicherungsbedarf erhalten. Bezahlt wird diese Grundrente über die Rentenversicherung. Ein Nebenaspekt: Wer Grundrente bezieht, soll künftig in seiner Immobilie wohnen bleiben dürfen. Ihr Geld: Ein Rentner, der mehr als 35 Jahre lang gearbeitet hat und heute 800 Euro Grundsicherung bezieht, bekäme künftig 880 Euro Grundrente. Auch Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, werden gestärkt: Im Rahmen der sogenannten "Mütterrente II" bekommen sie künftig drei statt bislang zwei Rentenpunkte pro Kind, wenn sie mindestens drei Kinder haben. Das entspricht etwa 30 Euro mehr Rente pro Kind. Eine Mutter, die vor 1992 drei Kinder bekommen hat, hätte so 90 Euro mehr Rente. Ein weiterer Paukenschlag: Die Renten sollen vorerst nicht sinken. Stattdessen verpflichten sich SPD und Union, das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent zu halten. Gleichzeitig soll der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen.

Arbeitsmarkt

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen unter der neuen GroKo um 0,3 Prozent sinken. Zudem wollen SPD und Union Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt integrieren und stellen dafür eine Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung. Ihr Geld: Ein Arbeitnehmer mit dem Mediangehalt von 3133 Euro im Monat und Steuerklasse I würde hierdurch knapp 1,70 Euro im Jahr sparen. Zudem sollen Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit reduzieren, künftig ein Rückkehrrecht zu ihrer Vollzeitstelle eingeräumt werden. Das gilt jedoch für Unternehmen mit mindestens 45 Mitarbeitern. Bei einer Unternehmensgröße von 45 bis 200 Mitarbeitern kann nur einer von 15 Mitarbeitern des Rückkehrrecht in Anspruch nehmen. Bis zuletzt hatten Union und SPD die Befristung von Arbeitsverträgen diskutiert. Zustande gekommen ist in der Nacht zum Mittwoch schließlich ein Kompromiss: Sachgrundlose Befristungen werden nicht, wie von der SPD gefordert, generell verboten. Stattdessen gibt es eine Beschränkung. Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern sollen nur bis zu fünf Mitarbeiter ohne vorliegenden Sachgrund befristen dürfen. Bei Unternehmen ab 250 Mitarbeitern soll die Obergrenze bei 2 Prozent der Beschäftigten liegen.

Familien

Die neue GroKo will das Kindergeld erhöhen, nämlich um 25 Euro pro Kind pro Monat. Die Erhöhung soll in zwei Schritten stattfinden: Zehn Euro mehr gibt es ab dem 1. Juli 2019, weitere 15 Euro mehr ab dem 1. Januar 2021. Gleichzeitig wird der Kinderfreibetrag bei der Steuer entsprechend angehoben. Ihr Geld: Eltern erhalten so 2019 pro Kind insgesamt 60 Euro mehr, 2020 dann 120 Euro mehr und 2021 schließlich 300 Euro mehr als heute.

FACEBOOK WILL DAS PRIVATE WIEDER BETONEN

Götz Hamann

Facebook versucht in diesen Tagen wieder einmal, die ganze Welt per Software-Update zu verändern, zum Guten natürlich – und damit zugleich Milliardengewinne zu sichern. Das erste Ziel ist ehrbar, das zweite wenigstens legitim. Zusammen ergeben sie leider eine schwer verdauliche, um nicht zu sagen unverträgliche Melange.

Was ist geschehen? Mark Zuckerberg, der Gründer und Vorstandschef des sozialen Netzwerks, hat große Veränderungen angekündigt, um sein Unternehmen „zu reparieren“. Vor allem will er die relative Gewichtung von persönlichen und allgemeinen Nachrichten verändern. Wies er bisher seine Programmierer an, Facebook solle gleichermaßen die Nachrichten von Freunden, Medien und anderen Institutionen zeigen, Hauptsache, sie seine für den Benutzer wichtig und interessant, sollen künftig vor allem persönliche Nachrichten von „Freunden“ eine Rolle spielen.

„Wenn wir soziale Netzwerke nutzen, um mit jenen Menschen verbunden zu sein, die uns am Herzen liegen, dann kann das gut für unser Wohlbefinden sein“, schreibt Zuckerberg dazu. Man fühle sich weniger allein, und das trage langfristig zu Glück und Gesundheit bei, Studien würden das bestätigen. Schlicht und schön klingen diese Worte. Etwas Verlogenes hat die Aussage trotzdem. Sie gibt nur einen von mehreren Gründen wieder, warum Zuckerberg seinen Algorithmus so drastisch verändern will.

Was der Vorstandschef nicht ausspricht: Facebook hat im vergangenen Jahr einen kaum wiedergutzumachenden Image-Schaden erlitten. Erst griffen russische Propagandisten auf Facebook unbehelligt in den Wahlkampf der USA ein. Dann fand das Unternehmen kein rasches Gegenmittel gegen die generelle Verbreitung von Falschnachrichten und Lügen auf der Plattform. Angesichts dieser Entwicklungen muss Zuckerberg fürchten, dass Regierungen stark in sein Lebenswerk eingreifen werden. Und dass sich Werbekunden abwenden, weil sich das Umfeld für deren Anzeigen verdüstert.

In Europa hat das Unternehmen bereits eingelenkt und akzeptiert, dass gegen Hassrede und Hetze kein Software-Update hilft, dass man Menschen nicht durch automatische Systeme zivilisieren kann, sondern nur durch Menschen. Folgerichtig hat Facebook ganze Scharen von modernen Streetworkern eingestellt, die regelmäßig auf die Nutzer von Facebook mäßigend einwirken, indem sie jene Beiträge löschen, die andere maßlos verletzen oder gegen Gesetze verstoßen. Wie aber bei allem menschlichen Handeln geschehen dabei Fehler, das stach jedem, der sehen konnte, ins Auge, als zunächst ein Posting des Satiremagazins Titanic und nun auch Beiträge der bekannten Street-Art-Künstlerin Barbara gelöscht wurden. Mit seinem Reformplan soll Facebook weniger öffentlich und wieder mehr privater Raum sein. Es ist, als wolle der Gründer die Zeit zurückdrehen zu einem Punkt, an dem Hass und Hetze eine geringere Rolle spielen. Es wäre ein ehrenwertes Motiv.

Zuckerberg hat mit Facebook etwas Großes geschaffen, einen privaten Vermögensgegenstand von ungeheuren Ausmaßen – und zugleich etwas, das man als „Commons“ bezeichnen könnte, eine durch die Nutzer gemeinschaftlich erzeugte Ressource. Ein Stück Gesellschaft. Erst die Nutzer machen es zu dem, was es ist, zum weltgrößten sozialen Netzwerk – und zu einem Ort öffentlicher Debatte. Daraus ist eine vielschichtige Beziehung entstanden, in der es gilt, die unternehmerische Freiheit und die Interessen der Allgemeinheit in Ausgleich zu bringen. Die jetzt von Zuckerberg angekündigte, grundlegende Änderung an der Software erfüllt diese Anforderungen nicht.

Um das Offensichtliche zu nennen: Die Änderungen führen nicht zu mehr Glück und Wohlbefinden für alle Nutzer. Das hat sich gezeigt, als Facebook im vergangenen Jahr eine vergleichbare Änderung seines Algorithmus in einigen Ländern getestet hat, Ländern im Übrigen, die nicht stark genug sind, um sich dagegen zu wehren.: Bolivien etwa und die Slowakei. Dort verschwanden die Nachrichten führender Medienmarken bereits weit aus dem Blickfeld der Nutzer, was dazu führte, dass sogenannte Fake-News noch mehr Gewicht erhielten. Sie werden von einem Teil der Nutzer weiter fleißig geteilt, sie bleiben also sichtbar, weil sie viel „Engagement“ erzeugen. Das ergaben Recherchen der New York Times in diesen Ländern. Jedem mündigen Bürger beschert so etwas Unbehagen, nicht Wohlbefinden.

Dass solche Änderungen die Medienindustrie selbst finanziell hart trafen ist ein weiterer Punkt. Viele Verlage, Radio- und Fernsehsender haben sich nach langem Zögern auf ein partnerschaftliches Miteinander mit Facebook eingelassen. Einige machen sogar bei Initiativen gegen die Verbreitung von Fake-News mit Facebook gemeinsame Sache. Aber nun sollen Qualitätsmedien auf einmal wenig gelten, und es ist schnell erklärt, was sie das kosten wird. Bis zu einem Viertel der Leser von deutschen Online-Medien werden durch Facebook auf die journalistischen Angebote aufmerksam.

Das Netzwerk ist für sie so etwas wie ein Kiosk geworden, an dem vorbei schlendernde Passanten ab und zu stehen bleiben und zugreifen. Jeder Zugriff bringt Werbeerlöse. Das Gute an dieser Auseinandersetzung ist: Zuckerberg hat die geplante Änderung angekündigt, Monate bevor er sie verwirklichen möchte. Das war früher anders. Da schuf er Fakten über Nacht. Nun ist noch Zeit, um zu diskutieren und dem Blick der Programmierer bei Facebook die Ansicht von außen hinzuzufügen. Es ist zu hoffen, dass Zuckerberg diesen Dialog ernst nimmt. Den Versuch ist es für beide Seiten wert.

DAMIT JUGENDLICHE IHRE ZUKUNFT NICHT WEGWERFEN

Gudrun Weitzenbürger

Hefte, Taschenrechner und Stifte liegen verstreut auf dem ovalen Holztisch in der Dachmansarde der Dachdeckerei Knodel in der Kreisstadt Germering im Westen von München. Hans-Joachim de la Camp brütet jeden Donnerstag mit den Auszubildenden Phillip Bartlitz und Thomas Markus über Mathe- und Fachkundaufgaben. Wie stark dehnt sich eine Dachrinne bei 75 Grad Sonneneinstrahlung aus? Bei einer anderen Aufgabe soll die Anzahl der Ziegel für eine Dachfläche mit Aussparungen für Giebel und Fenster berechnet werden. Die Azubis profitieren von einer speziellen Art Nachhilfeunterricht, der ihnen helfen soll, die Lehre zu meistern.

Denn allzu viele Auszubildende brechen sie ab: So wurden laut Berufsbildungsbericht 2017 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bundesweit insgesamt 142 275 Ausbildungsverträge vor Ablauf der im Vertrag genannten Ausbildungszeit wieder aufgelöst. "Damit betrug die Vertragslösungsquote 24,9 Prozent", heißt es in dem Bericht. Manche Azubis verlassen allerdings nur ihren Betrieb und heuern dann woanders an. Allerdings setzt laut BMBF nur jeder Zweite seine Ausbildung in einem anderen Betrieb oder Beruf fort. Deshalb hätten viele junge Erwachsene keinen Berufsabschluss.

Doch worum geht es bei der Betreuung? "Wir wollen die jungen Leute befähigen, sich selbst zu helfen", sagt de la Camp, der beim TÜV Süd als Ingenieur Firmen beim Pipeline-Bau quer durch Alaska oder die Ostsee beraten hat und nun beim Senior Experten Service, kurz SES, als ehemalige Führungskraft Auszubildenden unter die Arme greift. "Zunächst war ich skeptisch", sagt der 21-jährige Bartlitz, einer der angehenden Dachdecker in der Dachdeckerei Knodel. "Kann jemand, der studiert hat, die Probleme eines Handwerkers verstehen?", erläutert der 21-Jährige seine Bedenken. Diese hätten sich jedoch mit Beginn des Unterrichts gelegt. Bartlitz schätzt vor allem, dass er die Erfahrung gemacht hat, durch Beständigkeit und Ausdauer seine Leistungen verbessern zu können. Der SES gehört zur Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit und hat vor acht Jahren in Abstimmung mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Deutschen Handwerkskammertag und dem Bundesverband der freien Berufe die Initiative "Vera" gegründet. Maßgeblich beteiligt war Rudolf Herwig, ehemaliger Geschäftsführer des Bayerischen Handwerkstags und heute Regionalkoordinator der Initiative. Seine Arbeit macht er ehrenamtlich. "Wir werben in den Berufsschulen und den Betrieben für unser Konzept", sagt Herwig, der die Jugendlichen mit ihren Problemen nicht auf sich allein gestellt lassen will. Das Angebot von Vera läuft für zwölf Monate, wird in ganz Deutschland angeboten und vom BMBF finanziell unterstützt. Im vergangenen Jahr gab es bundesweit 4800 Einsätze. Für Betriebe oder Auszubildende sind die Angebote kostenlos. "Die Ausbildungsbegleiter werden an zwei Tagen in einem Einführungsseminar in Fragen der Pädagogik, Jugendpsychologie und in rechtlichen Grundlagen geschult", erklärt Herwig die Vorgehensweise. "Dabei lernen sie auch, wo die Grenzen der Initiative liegen."

Die duale Ausbildung ist ein Aushängeschild der deutschen Wirtschaft

Denn die Mentoren können nicht als juristische Berater in Streitfragen agieren, keine Drogenprobleme von Azubis lösen und auch keinen Nachhilfeunterricht in deutscher Sprache für Auszubildende mit Migrationshintergrund anbieten. In der Regel sind es die jungen Menschen selbst - oder die Chefs und Ausbilder der Betriebe, die sich bei der Initiative melden, wenn sie merken, dass etwas nicht rund läuft bei ihren Auszubildenden. Manchen geht es einfach darum, ihren Lehrlingen einen besonders guten Abschluss zu ermöglichen.

Die duale Berufsausbildung ist ein internationales Aushängeschild der deutschen Wirtschaft. Doch nur noch jeder fünfte Betrieb bilde aus, die Qualität der Ausbildung schwinde in vielen Bereichen, klagt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seinem Ausbildungsreport 2017. Beinahe 60 Prozent der Azubis kämen krank zur Arbeit, da ein Drittel regelmäßig Überstunden mache, und Druck seitens der Arbeitgeber aufgebaut werde. Die Betreuung durch das Ausbildungspersonal sei nicht immer sichergestellt. Bei jedem zehnten Auszubildenden fielen häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten an, heißt es in dem Report. Zudem würden die Betriebe überwiegend Abiturienten einstellen, klagt der DGB. Damit auch Hauptschüler eine Chance auf eine Ausbildung bekommen, setzt auch der DGB auf assistierte Aus- und Weiterbildung, die die Betriebe beim Arbeitsamt beantragen können. Die Unterstützer wollen Jugendliche motivieren, sie in ihrem sozialen Umfeld stärken und ihre Ausdrucksfähigkeit verbessern.

KURZSCHLUSS IN DER ENERGIEPOLITIK

Andreas Mihm

Wohin führt die Energiepolitik einer neuen Koalition? Die Pläne von CDU und SPD sind widersprüchlich. Die energiepolitischen Pläne der Koalition gehen nicht auf, sie sind fehlerhaft und widersprüchlich. Konkret bedeuten sie Mehrkosten für Stromkunden – auch dem Klimaschutz wird kaum geholfen.

Was am energiepolitischen Kapitel des neuen Koalitionsvertrags am meisten irritiert, ist das, was fehlt: eine Finanzreform. Diese Lücke fällt umso mehr auf, als bei unverändertem Fördergerüst die Menge des subventionierten Stroms aus Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen bis zum Jahr 2030 fast verdoppelt werden soll. Das Fehlen einer Finanzreform verwundert, weil viele Beteiligte sie für besonders dringlich hielten. Im Ergebnis führen die Pläne zu einem höheren Ökostromangebot und steigenden Kosten für die Kunden. Dem Klimaschutz wird damit aber nicht viel geholfen, denn der wird in der Europäischen Union durch den Emissionshandel gesteuert. Auf eine dem Klimaschutz effizient und effektiv helfende Abgabe auf alle Kohlendioxidemissionen wollten oder konnten sich die Parteienvertreter nicht einigen. Statt auf marktnahe Lösungen in einem ordnungspolitisch vertretbaren Rahmen setzen Union und SPD im Klimaschutz lieber auf neue Detailregulierung. Der von der schwarz-roten Bundesregierung 2016 zum Ärger vieler Unionspolitiker beschlossene „Klimaplan 2050“ mit seinen genau berechneten CO₂-Minderungszielen in den Sektoren Energieerzeugung, Wirtschaft, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft für das Jahr 2030 soll in der neuen Koalition möglichst schnell Gesetzeskraft bekommen.

Eine Olympiade der Energiepolitik: Auch an anderer Stelle wird geltendes Recht verschärft. Das erst vor wenigen Jahren im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) postulierte Ziel, den Anteil der Erneuerbaren bis zum Jahr 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu erhöhen, ist schon wieder obsolet. Jetzt sollen es 65 Prozent bis 2030 sein. Das ist die Olympiade der Energiepolitik: schneller, höher, weiter. Die Absicht dahinter ist die weitgehende Elektrifizierung der Gesellschaft. In diesem Masterplan ist Ökostrom der entscheidende Energieträger. Er soll Kohle, Gas und Öl ablösen, ob im Kraftwerk, den Produktionsprozessen der Industrie, der Heizung von Gebäuden oder im Verkehr. Doch steht sich die Regierung hier selbst im Weg. Mit ihren vielen Umlagen auf den Strompreis (etwa für den Ökostrom, für Offshore-Windparks, für Kraft-Wärme-Kopplung) macht sie die Nutzung von Elektrizität unattraktiv. Mehr als die Hälfte der Stromrechnung eines Haushalts geht für Umlagen und Steuern drauf, und auch nur der kleinere Teil der Unternehmen wird von diesen wettbewerbsschädlichen Zusatzkosten verschont.

Wer Elektrizität schneller und weiter verbreiten will, müsste sie preiswerter machen und an den Kosten ansetzen – was freilich dem Ziel schaden dürfte, den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren. Die in der vorigen Wahlperiode – viel zu spät – eingeführten Ausschreibungen sollen nun von 2019 an die Kosten senken. Doch gilt die Ausschreibung – und damit der Wettbewerb – nur für Neuanlagen. Die auf 20 Jahre garantierte, oft überteuerte Finanzierung bestehender Windparks und Sonnenstrompaneele belastet die Kunden noch über Jahre. Zudem hat der geplante Regierungsvertrag auch noch ein paar – schwer kalkulierbare – Extrakosten im Gepäck: Gemeinden sollen besser an den Erträgen der Erneuerbaren beteiligt werden, auch soll die Partizipation der Bürger und Mieter verbessert werden. Die Bauern sollen nicht nur eine Entschädigung, sondern regelmäßige Zahlungen für die Nutzung ihrer Felder bekommen. Auch für Stromspeicher soll es neue Fördergelder geben. Alle diese Vorhaben sind so genau beschrieben, dass es politischem Widerstand dagegen schwergemacht wird. Deshalb ist es nur ein schwacher Trost, dass die Bezahlbarkeit von Energie und die Versorgungssicherheit – die mit mehr wetterabhängigem Ökostrom natürlich nicht automatisch wächst – regelmäßig bewertet, die Netze einem „Stresstest“ unterzogen werden sollen. Hier erhebt sich das zweite große Fragezeichen hinter dem Koalitionsvertrag: Es ist leicht, den zusätzlichen Bau von 8000-Megawatt-Ökokraftwerken für 2019 und 2020 zu verabreden. Doch wenn das Netz für den Transport des Stroms nicht reicht, dann führt das nur zu Mehrausgaben, denn der Strom wird auch bezahlt, wenn er nicht eingespeist wird. Weil es zu wenige Leitungen gibt, hatte die große Koalition den Ökostrom-Ausbau im Norden gedrosselt. Jetzt ist das Gegenteil geplant. Was weiß die neue große Koalition, was die alte nicht wusste? War das nun ein energiepolitischer Kurzschluss oder ein Tauschgeschäft des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stefan Weil (SPD) mit seinem nordrhein-westfälischen Kollegen Armin Laschet (CDU)? Weil bekommt mehr Windräder, Laschet Zeit für den klimapolitisch notwendigen Kohleausstieg?

Der Koalitionsvertrag ist in wichtigen Fragen der Energiepolitik nicht nur mutlos, sondern er lässt – wegen markanter Widersprüche – offen, wohin die Politik führen wird. Das eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten. Am größten sind die naturgemäß für den zuständigen Minister. Der heißt wohl Peter Altmaier (CDU). Der frühere Umwelt- und Kanzleramtsminister kennt das Thema. Vor Jahren hat er gewarnt, die Energiewende könnte, schlecht gemanagt, eine Billion Euro kosten. War er womöglich sein eigener Prophet?

DEBATTE UM NEUE ARBEITSZEITEN

Jefferson Chase

"Der Gedanke, seinen Arbeitstag morgens um acht Uhr im Büro zu beginnen und ihn zu beenden, wenn man ihn am späten Nachmittag wieder verlässt, ist nicht mehr zeitgemäß", sagte Christoph Schmidt, der Vorsitzende des Sachverständigenrats, der Tageszeitung "Die Welt". Die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitnehmer seien in Deutschland effizient gewesen, würden aber nicht mehr zu unserer durchdigitalisierten Arbeitswelt passen. In Deutschland ist es Arbeitgebern verboten, die meisten Arbeitnehmer mehr als acht Stunden am Tag arbeiten zu lassen. Den Angestellten stehen außerdem eine 30-minütige Mittagspause und wenigstens elf Stunden Erholungszeit zwischen zwei Arbeitstagen zu. "Weniger zu arbeiten wäre unangemessen" Das, so das fünfköpfige Expertengremium, schränke die Arbeitgeber zu sehr ein. In ihrem jährlichen Bericht, der am vergangenen Dienstag veröffentlicht worden ist, fordern die Ökonomen, dass die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden beschränkt werden sollte anstatt wie jetzt auch acht Stunden pro Tag und es müssten mehr Ausnahmen für die Regelung zugelassen werden, dass zwischen zwei Arbeitseinsätzen elf Stunden freier Zeit liegen müssen. Ebenso lehnen es die Experten ab, die Arbeitszeit generell zu verkürzen. Das sei "in Zeiten, in denen es wegen des demographischen Wandels zu einem immer größer werdenden Fachkräftemangel komme, unangemessen". Das Arbeitszeitgesetz ist einer der umstrittenen Punkte in den zurzeit laufenden Sondierungsgesprächen zur Bildung einer neuen Bundesregierung durch eine sogenannte Jamaika-Koalition. CDU, CSU und FDP favorisieren eine Lockerung der bestehenden Gesetze zugunsten der Arbeitgeber, während die Grünen eine höhere Flexibilität anstreben, die eher den Arbeitnehmern zugute kommen soll. Arbeitgeberverbände fordern schon seit langem, das Arbeitszeitgesetz zu ändern, während die Gewerkschaften dies als einen Versuch, aus den Arbeitnehmer mehr Arbeit zu pressen, ablehnen.

Unregelmäßige Arbeitszeiten immer weiter verbreitet: In Deutschland, wie auch in vielen anderen Ländern, sind Arbeitszeitgesetze beinahe zu etwas wie einer heiligen Kuh geworden. Das liegt in ihrer Geschichte begründet, denn diese Regelungen sind über viele Jahrzehnte hinweg erstritten worden. Bei der Begrenzung der Arbeitszeit spielte die Ford Motor Company in den USA eine Vorreiterrolle, die 1914 die tägliche Arbeitszeit ihrer Arbeiter einschränkte. Entgegen der allgemeinen Erwartungen konnte Ford durch diesen Schritt die Produktivität erhöhen, was andere Firmen veranlasste, diesem Beispiel zu folgen. In Deutschland hatten einige Firmen, unter ihnen Bosch und Bayer, bereits zum Beginn des 20. Jahrhunderts einen Acht-Stunden-Arbeitstag eingeführt. Erst mit dem Ende des ersten Weltkrieges im Jahr 1918 wurde das in Deutschland gesetzlich festgeschrieben - obwohl der Samstag noch für Jahrzehnte ein Regelarbeitstag blieb. Erst in den siebziger Jahren wurde für die große Mehrheit der Arbeiter die 40-Stunden-Woche zur Regel. Ist die Digitalisierung Segen oder Fluch? 2016 hatte die in Paris ansässige Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) errechnet, dass ein durchschnittlicher Arbeiter in Deutschland weniger Arbeitsstunden im Jahr leistet als seine Kollegen in allen anderen Mitgliedsstaaten der OECD. Allerdings spielen so viele Kriterien in dieser Statistik eine Rolle, dass eine Vergleichbarkeit verschiedener Länder nur bedingt gegeben ist. Ebenso unklar ist, welchen Effekt die Digitalisierung tatsächlich auf die Arbeitszeit hat und wie willkommen das den Arbeitnehmern ist oder nicht. Einerseits scheint es keinen Dissens darüber zu geben, dass die digitale Kommunikation sowohl Arbeitgebern wie Arbeitnehmern mehr Flexibilität einräumt, wenn es um die Frage geht, wann und wo die Arbeit geleistet wird. Andererseits führt die Omnipräsenz von Mobiltelefonen dazu, dass Arbeitnehmer, wenigstens theoretisch, ständig "in Bereitschaft" stehen oder stehen müssen. E-Mails und die sozialen Netzwerke haben allein durch ihre Existenz neue Aufgabenfelder geschaffen, auf denen die Arbeitnehmer nun gefordert sind - und diesen Tätigkeiten müssen sie oft in der eigentlich arbeitsfreien Zeit nachgehen. In einer ebenfalls 2016 veröffentlichten Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hatten 46 Prozent der befragten Menschen angegeben, dass die Digitalisierung zu Mehrarbeit geführt habe, während nur neun Prozent der Befragten sagten, ihr Leben sei dadurch einfacher geworden. Nicht alle Jobs sind betroffen: Die Arbeitszeitgesetze mögen nahelegen, der Acht-Stunden-Tag sei in Deutschland die Norm, aber die Realität bestätigt das nicht unbedingt. Beispielsweise wird die Arbeitsleistung von Selbständigen und Scheinselbständigen in den meisten Arbeitsstatistiken nicht erfasst und die Arbeitszeitregelungen treffen auf sie auch nicht zu - und diese Gruppe macht wenigstens zehn Prozent der Arbeitenden in diesem Land aus. Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zeigen, dass über die Hälfte dieser Personengruppe 2016 mehr als 48 Stunden in der Woche gearbeitet hat und auch am Wochenende tätig war. Der Streit hat gerade erst begonnen: Arbeitgeber bestätigen, dass viele Deutsche mehr als gesetzlich vorgesehen arbeiten, machen dafür aber einen allgemeinen Fachkräftemangel verantwortlich. Arbeitnehmervertreter sind besonders besorgt, was die Zahl der unbezahlten Überstunden angeht. Laut Destatis sind im vergangenen Jahr 947 Millionen unbezahlte Überstunden in Deutschland geleistet worden. "Eine Milliarde nicht bezahlte Arbeitsstunden - das ist nichts anderes als Lohndiebstahl!", sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gegenüber der ARD. Noch bevor der Sachverständigenrat forderte, die Arbeitszeitregelungen zu lockern, hatte der DGB solche Forderungen bereits im Juni zurückgewiesen. Wie weit die Positionen in dieser Frage auseinanderliegen, zeigt die Forderung der größten Einzelgewerkschaft im DGB, der IG Metall, in der aktuellen Tarifrunde: Ginge es nach ihnen, würde die Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden herabgesetzt.

DER ARROGANTE ADIDAS-RIVALE GIBT SICH JETZT GANZ KLEINLAUT

Philippe Vetter,

Es ist ein anderer Kevin Plank, der am Dienstag Bilanz für seine Firma Under Armour zieht. Statt der früheren Attacken auf Wettbewerber und selbstbewusster bis arroganter Sprüche gibt sich der Chef des amerikanischen Sportartikelherstellers kleinlaut und einsichtig. Ein „hartes Jahr“ habe Under Armour hinter sich, gibt er zu und verspricht den Investoren: „Wir hören euch.“ Es ist noch nicht lange her, da galt Under Armour als die neue Wundermarke der Branche. In den USA überholte die „UA“ abgekürzte Firma sogar kurzzeitig den deutlich größeren Konkurrenten Adidas. „Wir stehen nicht im Wettbewerb mit unserem dümmsten Konkurrenten“, polterte Plank damals in Bezug auf Adidas. Alles schien möglich, selbst dass aus dem Zweikampf in der Sportartikelbranche zwischen Nike und Adidas ein Dreikampf werden könnte.

Doch inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Vor allem auf dem Heimatmarkt hat UA massive Probleme. Im vergangenen Jahr brach das Wachstum ein. Statt der gewohnten gut zweistelligen Zuwachsraten konnte Under Armour 2017 weltweit lediglich um drei Prozent auf knapp fünf Milliarden Dollar (4,1 Milliarden Euro) zulegen. Die meisten Konkurrenten steigerten ihre Umsätze hingegen deutlich stärker. Selbst Puma, die kleinere der deutschen Sportmarken, konnte so mit einem Umsatz von 4,13 Milliarden Euro an Under Armour vorbeiziehen. Dabei profitierte Under Armour sogar noch von einem stark wachsenden internationalen Geschäft. Bislang war UA vor allem eine amerikanische Marke gewesen. In Europa, Nahost und Afrika wuchs der Umsatz 2017 um 42,2 Prozent, in Asien sogar um 61,4 Prozent. Doch all das konnte die Probleme in den USA nur teilweise ausgleichen. Dort ging der Umsatz im vergangenen Jahr sogar um mehr als fünf Prozent zurück. Nun rächt sich, dass die Marke anfangs so stark auf Nordamerika konzentriert war. Dort ist Under Armour derzeit vor allem außerhalb des Sports nicht mehr angesagt. Während Adidas und Nike im sogenannten Lifestyle-Geschäft mit Sneakern und Kleidung für den Alltag gut verdienen, wollen die Amerikaner in ihrer Freizeit außerhalb des Fitnessstudios nicht mehr so häufig mit dem Logo von UA gesehen werden.

In Deutschland läuft der Trend bislang noch in die entgegengesetzte Richtung. In der Rangliste der beliebtesten Marken bei der Sporthändlervereinigung Intersport konnte Under Armour im vergangenen Jahr einen weiteren großen Sprung nach vorn machen. Lag die Marke 2016 noch auf Platz 24, konnte sie im vergangenen Jahr zehn Ränge gut machen und liegt nun auf Platz 14. Under Armour rutschte 2017 trotz der positiven Entwicklung in vielen Auslandsmärkten in die Verlustzone und erwirtschaftete ein Minus von weltweit mehr als 48 Millionen Dollar. Der Verlust wäre sogar noch größer ausgefallen, wenn sich das Unternehmen nicht schon im vergangenen Jahr einen Restrukturierungsplan auferlegt hätte, auch 2018 soll nun weiter umgebaut und gespart werden. Auch ein positiver Effekt von der US-Steuerreform milderte das Minus noch ab.

Immerhin stand im letzten, dem vierten Quartal des Geschäftsjahres ein Umsatzplus und nicht wie von einigen Analysten befürchtet ein erneuter Rückgang. So konnte die Aktie von Under Armour trotz der schlechten Jahreszahlen am Dienstag zunächst zulegen. Betrachtet man allerdings die Entwicklung der Papiere im gesamten letzten Jahr, waren sie keine gute Anlage. Innerhalb der vergangenen zwölf Monate verloren die Aktien fast 40 Prozent ihres Wertes.

Vorstandschef Plank sagte, es brauche Zeit, das Unternehmen wieder in die Spur zu bringen. Man habe in der Vergangenheit sehr stark vor allem auf starkes Wachstum gesetzt. Er versprach künftig auch einen Stilwechsel. „Wir waren eine laute Firma mit einer leisen Marke“, sagte er. „Und wir werden in diesem Jahr eine leise Firma mit einer lauten Marke sein.“

Zumindest einer hatte den Absturz und das schnelle Ende des Hypes um Under Armour früh vorhergesehen. Als Plank von Adidas als dem „dümmsten Konkurrenten“ sprach, ließ sich auch der damalige Adidas-Chef Herbert Hainer zu einer öffentlichen Antwort hinreißen. „In den vergangenen Jahren habe ich schon viele Marken gesehen, die schnell cool und hip waren“, sagte er damals. „Am Schluss blieben immer nur zwei übrig: Nike und wir.“ Es sieht so aus, als würde Hainer recht behalten.

EDEKA SCHMEIßT NESTLE AUS DEN LÄDEN

Emil Nefzger

Suppen, Pizzen oder Mayonnaise - so manches Nestlé-Produkte könnte erst mal aus den Regalen bei Edeka verschwinden. Die Supermarktkette will so mit anderen europäischen Händlern Druck auf den Nestlé-Konzern ausüben.

Offiziell ist es in Deutschland noch nicht. Dafür nehmen die sonst eher diplomatischen Schweizer in diesem Fall kein Blatt vor den Mund: "Wir haben einen Bestellstopp auf über 150 Artikel veranlasst", bestätigte die Schweizer Coop. Es geht um Artikel, die der Schweizer Nestlé-Konzern verkauft. Der Bestellstopp gelte seit vergangener Woche für alle gekühlten Thomy-Salatsaucen. In dieser Woche folgen bei Coop bestimmte Produkte der Marken Nescafé, Buitoni oder Cailler. "Wir verlangen faire Einkaufspreise zu partnerschaftlichen Konditionen", sagte Meier weiter.

Daran dürfte auch Edeka ein Interesse haben. Die Einkaufsgemeinschaft hat den Einzelhändlern in ihrer Einkaufsgemeinschaft eine Liste geschickt, auf der 163 Nestlé-Produkte stehen. Sie sollen in den kommenden Tagen nach und nach aus den Läden verschwinden – die Edeka-Händler sollen sie einfach nicht mehr nachbestellen. Auf Anfrage hat eine Edeka-Filiale in Frankfurt indirekt bestätigt, dass sie einen solchen Brief bekommen habe. Im Detail dazu äußern wollte man sich aber nicht. Auch in der Edeka-Zentrale in Hamburg hält man sich noch bedeckt: Zu dem Bericht wolle man offiziell nicht Stellung nehmen.

Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, dass ein solches Vorgehen durchaus realistisch ist, wenn Einzelhändler und große Markenkonzerne wie Nestlé ihre Preise aushandeln. Im Rahmen dieser regelmäßig anstehenden Preisverhandlungen sind solche vorübergehenden "Auslistungen" von Produkten keine Seltenheit. So fanden sich bei der Supermarktkette Real vor drei Jahren zeitweise keine Produkte mehr von Dr. Oetker, Nestlé oder Müller Milch. Ein Jahr zuvor suchten Kunden bei Lidl zwei Monate lang vergeblich Coca-Cola-Flaschen in den Regalen.

Der Vorstoß von Edeka und der schweizerischen Coop findet in einer größeren Gemeinschaft statt. Beide sind nämlich Mitglied im europäischen Einkaufsverbund Agecore. Und der ist es, der nun Front gegen Nestlé macht. Diesem europäischen Einkaufsverband gehört auch die französische Intermarché-Gruppe an. Ein solcher Zusammenschluss bringt also selbst gegenüber einem Giganten wie Nestlé einiges Gewicht auf die Waage.

Der Boykott könnte auf ein Ungleichgewicht abzielen, das Beobachter der Branche im Hintergrund vermuten: So habe nämlich der konkurrierende Einkaufsverbund Cooperic, dem unter anderem die Lebensmittelkette Rewe angehört, schon länger bessere Konditionen mit Nestlé ausgehandelt. Deswegen will das Edeka-Bündnis dem nicht länger nachstehen. Der Einzelhandelsspezialist von der Wirtschaftshochschule WHU, Martin Fassnacht, hält ein solches Vorgehen von Edeka und Co. jedenfalls für durchaus realistisch: "Der Handel in Deutschland ist hart umkämpft. Die vier großen: Edeka, Lidl, Aldi und Rewe haben einen Marktanteil von rund 85 Prozent. Wenn der eine bessere Preise bekommt als ein anderer, würde mich ein solches Vorgehen nicht wundern.

Denn neben der harten Konkurrenz, die sich die vier Großeinzelhandelsketten gegenseitig liefern, macht ihnen zunehmend auch der Internet-Handel zu schaffen, dort zittert die Branche unter anderem vor dem Handelsriesen Amazon. Denn der hat im vergangenen Jahr in den USA die Bio-Supermarktkette Whole Foods aufgekauft. Damit will erweitert Amazon sein Online-Geschäft mit stationären Filialen - und stößt so in den Lebensmittelhandel vor.

Für Nestlé kommt der Boykott zur Unzeit. Denn dem Konzern Umbaukosten und eine schwächere Nachfrage zu schaffen. Das hat die Bilanz gezeigt, die das Unternehmen in der vergangenen Woche vorgelegt hat. Der Gewinn ging um fast 16 Prozent zurück, die Umsätze haben auf dem Niveau des Vorjahres stagniert. Am wenigsten kann es Nestlé also gebrauchen, die Preise gegenüber einer Einkaufsinitiative wie Agecore in Zukunft zu senken. Wahrscheinlich wird der Konzern angesichts des konzertierten Boykotts dieser Großkunden in wichtigen Ländern Europas aber nicht umhin kommen, genau das zu tun. Verbraucher schließlich könnten letztlich profitieren. Sollten Edeka und Co. bessere Preise bei Nestlé durchsetzen, könnten die in der harten Konkurrenz in Deutschland schließlich auch bei den Kunden ankommen.

MITTELSTAND LÄSST DATEN-GOLD LIEGEN

Mischa Ehrhardt

Daten sind das Gold des 21. Jahrhunderts. Google, Amazon, Facebook & Co wissen das. Deutschen Mittelständlern dagegen fällt es schwer, von diesem Gold zu profitieren. Was fehlt, sind Fachkräfte - und ein Weckruf.

Daten sind allgegenwärtig. Sie häufen sich aber in einem Tal der überhaupt nicht Ahnungslosen - dem Silicon Valley. Sie liegen in riesigen Serverfarmen der noch größeren Technologie-Giganten: Beim datenskandalgeplagten Netzwerk Facebook zum Beispiel, bei Google oder Amazon. "Amazon hatte beispielsweise Gelb als Modefarbe ausgerufen", nennt der Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel (BGA), Holger Bingmann, ein Beispiel dafür, wie man Daten nutzen kann. "Dazu hat der Online-Händler einfach sein Wissen über die Kaufgewohnheiten und Vorlieben seiner Kunden genutzt. So konnte er zu einer solchen Schlussfolgerung kommen." Ob es sich in einem solchen Fall um das Ergebnis einer präzisen Daten-Analyse oder eine Self-Fulfilling-Prophesy handelt, also eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, sei dahin gestellt.

Fakt aber ist: Die Konzentration von Daten in den US-Unternehmen könnte sich als Problem für deutsche Unternehmen entwickeln, die bei diesem Thema weit hinterher hinken. Die Kluft jedenfalls zwischen der Einsicht, dass Daten im Grunde das Gold des 21. Jahrhunderts darstellen, und wie deutsche Mittelständler damit umgehen, könnte nicht größer sein. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Commerzbank unter Schirmherrschaft des BGA durchgeführt hat. Demnach haben fast alle Unternehmen die Wichtigkeit erkannt, sich mit dem Thema Daten und ihre Nutzung auseinanderzusetzen. Allerdings machen das in der Realität nur die Wenigsten: Nur acht Prozent geben in der Umfrage an, Daten systematisch zu sammeln, zu analysieren und daraus dann Nutzen zu ziehen. Dabei haben mehr als die Hälfte der Manager in den Unternehmen angegeben, mit Besorgnis auf die Monopolstellung der großen US-Technologieriesen zu schauen. Ein Drittel begreift die Technologiegiganten aber auch als Ideen- und Impulsgeber. Ein Beispiel für möglichen solchen Impuls: Wenn ein Markisenhersteller beispielsweise Daten über die elektronische Steuerung des Sonnenschutzes in den einzelnen Haushalten sammelt, kann er sehr präzise bestimmen, wie das Wetter an einem bestimmten Ort gerade ist oder war. Das Unternehmen muss diese Daten nur erheben, sichern - und dann zu nutzen wissen.

Ideen in die Tat umzusetzen allerdings - das könnte an einem weiteren Knackpunkt scheitern, den die Studie offen gelegt hat: Der Fachkräftemangel. Um Daten in Gold, also in unternehmerischen Erfolg zu verwandeln, braucht es ausreichend Daten-Analysten und IT-Spezialisten. "Dazu fehlen uns in Deutschland in ausreichender Zahl Fachleute und entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge", meint Holger Bingmann. 40 Prozent der befragten Unternehmen geben an, wegen Mangel an qualifiziertem Personal sich dem Thema Big Data nur zögerlich anzunehmen. Mangelnde Bereitschaft von Führungskräften, das Thema in die richtigen Bahnen zu lenken, ist ebenfalls ein Problem in den Unternehmen. Eine weitere Hürde schließlich ist das Thema Datensicherheit. Gut ein Drittel der Unternehmen gibt an, schon mindestens einmal Opfer von Betrugsversuchen in der digitalen Welt geworden zu sein. Dazu zählen Schäden durch eingeschleuste Viren oder Trojaner in die unternehmenseigene IT, aber auch gezielte Hackerangriffe. Die Sorge vor Hackerangriffen - bei denen Daten meist das Ziel der Angreifer sind - ist mit fast 80 Prozent am weitesten verbreitet. "Viele Unternehmen haben kein Erkenntnisproblem, sondern insbesondere auf Grund von internen Strukturen sind sie noch nicht bereit für das riesige Potenzial von Big Data", fasst Michael Reuther die Ergebnisse der Studie zusammen. Reuther ist im Vorstand der Commerzbank zuständig für das Firmenkundengeschäft. Es brauche eines Weckrufes, damit der Mittelstand international beim Thema Datennutzung nicht den Anschluss verliere. Für die Studie haben die Mitarbeiter der Commerzbank gut 2000 Unternehmen aus dem deutschen Mittelstand befragt. Sie alle haben eine Größe von 2,5 Millionen Euro Umsatz pro Jahr, sollten also mit der Automatisierung von Geschäftsprozessen und der digitalen Verwaltung von Daten vertraut sein.

INTERVIEW: „WINTERSPIELE HABEN KEINEN SINN MEHR“

Gunter Barner

Früher war Axel Doering ein Kritiker der Olympischen Spiele, heute bezeichnet er sich als Feind. Der Naturschützer aus Garmisch-Partenkirchen ärgert sich, dass die Eingriffe in die Natur immer schlimmer werden, die Funktionäre nichts dazu lernen und der Kommerz das Sagen hat.

Herr Doering, statt Pyeongchang könnte in diesen Tagen Garmisch-Partenkirchen Gastgeber der Olympischen Winterspiele sein. Ihr Schmerz dürfte sich in Grenzen halten.

Ich schaue mir das in Pyeongchang an und denke in jeder Sekunde: Dem Himmel sei Dank sind wir von dem verschont geblieben, was die dort alles angerichtet haben. Für die Abfahrtsstrecke der alpinen Rennläufer wurden mindestens 58 000 Bäume aus einem Urwald abgeholzt. Mit welchen Folgen? Wenn Sie davon ausgehen, dass auf einem Hektar Wald zwischen 250 und 500 Bäume stehen, dann sind rund hundert Hektar eines Primärwalds gerodet worden, an dem bis dahin der Mensch noch nie etwas geändert hatte. Das ist schlimm, ein irrsinniger Eingriff. Diese Wälder sind sehr selten und verfügen über eine sehr große Artenvielfalt. Die gerodete Fläche am Mount Gariwang soll nach den Spielen wieder aufgeforstet werden. Das glaube ich aber erst, wenn ich es sehe. Oft heißt es nach den Olympischen Spielen, dass dafür leider kein Geld mehr da ist. Aber selbst wenn: Der Wald wird auch nach drei- vierhundert Jahren nie wieder so sein, wie er ursprünglich war. Die Vielfalt leidet. Außerdem werden die Flächen für so eine beschneite Ski-Abfahrt akribisch planiert, weil man ansonsten sehr viel teuren Kunstschnee braucht, um sie glatt zu kriegen. Das zieht Erosionen nach sich, das Wasser versickert nicht mehr in sonst vorhandenen Unebenheiten und Erdlöchern.

Im Vergleich dazu wären die Spiele in Garmisch deutlich grüner gewesen?

In der Theorie schon. Aber ich war hier im Skigebiet 40 Jahre lang der Förster. Und ich habe erlebt, was Funktionären einfällt, wenn so ein Großereignis ansteht. Plötzlich wachsen die Wünsche und Sehnsüchte. Bei der Bewerbung für die Ski-WM 2011 hier bei uns war es Konsens, dass man mit nur einer Abfahrtsstrecke auskommt. So war es auch mit den Naturschutzverbänden vereinbart. Als man dann den Zuschlag bekommen hatte, hieß es plötzlich, es gebe Sicherheitsbedenken – verbunden mit der Frage: Herr Doering, wollen Sie Tote? So hat man die zweite beschneite Abfahrt durchgesetzt.

Welche Umweltsünden ärgern Sie in Pyeongchang am meisten?

Diese Olympischen Winterspiele sind eine Gesamtsünde und völlige Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur. Es wird ja immer wärmer, was bedeutet: Man braucht immer aufwendigere Beschneiungsanlagen, die immer größere Eingriffe in die Natur erfordern.

Wie erklären Sie sich diese Ignoranz der Funktionäre?

Durch ihre völlige Ahnungslosigkeit. Wir haben das schon bei der Bewerbung von Garmisch-Partenkirchen für Olympia 2018 erlebt. Man trifft bei den Machern auf eine Mischung aus völliger Inkompetenz, Rücksichtslosigkeit und Arroganz. Das Internationale Olympische Komitee verlangt, dass bei einer Bewerbung gewisse Standards und Normen erfüllt werden. Und daran wird sich meiner Meinung nach auch nichts Nennenswertes ändern. Als Garmisch-Partenkirchen und München bei der ersten Bewerbung ihre Vorstellungen nicht durchsetzen konnten, haben sie gesagt: Wir haben verstanden. Dann haben sie den Reset-Knopf gedrückt und dasselbe System noch einmal hochgefahren – und das mehrmals. Gekostet hat das 33 Millionen Euro.

Nie mehr Olympische Winterspiele in Deutschland?

Winterspiele ergeben keinen Sinn mehr – und zwar weltweit.

Haben Sie mit IOC-Chef Thomas Bach über seine olympische Agenda gesprochen? Es soll alles kleiner und übersichtlicher werden.

Wir hatten mal einen E-Mail-Austausch. Aber ehrlich gesagt: Was sollte ich mit ihm bereden? Von diesem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) ist keine Besserung zu erwarten. Die Spiele werden entgegen allen Beteuerungen weiter kommerzialisiert und aufgebläht. 2010 in Vancouver gab es noch 86 Entscheidungen, in Sotschi 98, jetzt in Pyeongchang sind es 102. Bachs Kampf gegen Doping ist unglaubwürdig, seine Verbindungen zu Diktatoren wie Putin sind zumindest kritikwürdig, im IOC sitzen noch immer Gestalten wie Ex-Fifa-Chef Joseph Blatter. Das IOC ist in meinen Augen nicht mehr reformierbar. . .

. . . und die Olympischen Spiele?

Die Winterspiele sind inzwischen ein Anachronismus. 22 Orte haben bisher Winterspiele ausgetragen. Wenn der Klimawandel so weiter geht, wird es in 50 Jahren nur noch fünf, sechs Orte geben, die das können. Vielleicht verlegt das IOC die Winterspiele irgendwann komplett in die Halle. Dann können sie ihr Spektakel auch in Katar machen.

WIE UNSERE ZUKUNFT WIRKLICH AUSSEHEN KÖNNTE

Gerrit Seebald

Dystopien sind in! Millionen Zuschauer pilgern in die Kinos, um Jennifer Lawrence dabei zuzusehen, wie sie gegen die Ungerechtigkeiten der grauen Zukunft unserer Zivilisation kämpft. Aktuelle Realitäten werden kritisch beäugt, Angst vor Moderne und Fortschritt auf die Spitze getrieben und dem Mensch ein Spiegel für sein eigenes Handeln vorgehalten. Frei nach dem Motto: „Wenn wir nicht aufpassen, werden uns bald unsere iPhones beherrschen.“

Die dystopische Gesellschaft ist also meist eine diktatorische Herrschaftsform mit äußerst repressiver, sozialer Kontrolle. In Matrix diktieren die Maschinen das gesellschaftliche Zusammenleben und soziale Interaktion wird gänzlich überflüssig. Die Matrix als absolute Kontrolle über soziales, menschliches Handeln, das in seiner Emotionalität, Irrationalität und Unvorhersehbarkeit für eine absolute Diktatur immer eine Bedrohung darstellt. Dem Individuum wird die Freiheit genommen. Jeder hat seinen Platz einzunehmen, zu gehorchen – sonst droht erbarmungslose Verfolgung.

Wir brauchen die Bösen, die da oben, die Reichen, die profitgeilen Unternehmen. Doch sind die nur genauso böse, wie du, der in einem System handelt, das Individualität garantiert, aber Konformität provoziert. Anpassung wird oft belohnt, während Abweichen bestraft wird. In einer Gesellschaft, in der das Vereinen von Arbeit und Freizeit eines der höchsten Lebensziele ist, hat uns dazu keine Regierung gezwungen, sondern ein gesellschaftliches Klima lässt uns glauben, wir wollen das wirklich. Ein Klima, in dem wir denken, alles wird gut, solange wir uns konform verhalten. Doch wie frei sind wir dann noch, wenn es die Gesellschaft ist, die uns unser Verhalten diktiert? Eine Gesellschaft, die uns vorgaukelt wir dürften alles machen, was wir wollen, solange wir uns der Mehrheit beugen.

Moralisch ist dann der, der sich anpasst, der sich an die vermeintlich selbstgewählten Regeln hält. Wir fangen an Menschen aufzuteilen in die, die funktionieren, und die, die es nicht tun. Da gibt es die Guten, die Fleißigen, die Demütigen, die Kontrollierten. Sie können verzichten und allen anderen zeigen, wie das geht. Wer das nicht will, ist ein schlechter Mensch, der hat keine Moral, der raucht, kauft manchmal keine Bioprodukte, ja vielleicht geht er sogar ungern zur Arbeit und gibt das auch noch zu. Der Schlechte, er handelt emotional, irrational und unvorhersehbar, er lässt sich manchmal von seinen Bedürfnissen leiten, er wird zu einer schlechteren Ressource in unserem produktiven, korrekten Kollektiv, das sonst doch so herzlos harmonisch funktioniert.

Vor Kurzem las ich eine Studie, die bewies, dass Ausschlafen am Wochenende ungesund sei. Irgendwas mit Biorhythmus, Insulin und Hormonen oder so. Hauptsache früh Aufstehen, natürlich auch am Wochenende. Ich höre schon die Absagen, wenn ich meinen nächsten Geburtstag in einem Club und nicht beim Brunch feiern will: „Sorry, ich kann nicht kommen, das bringt mein Biorhythmus durcheinander und am Montag bin ich dann wieder so müde auf der Arbeit.“ Wehe du hast am Wochenende ausgeschlafen – dann bist du schwach, ein schwacher Mensch. Spaß haben kann man trotzdem, dann geht man mit der ganzen Belegschaft auf diese furchtbaren Morningraves, die überall aus dem Boden sprießen. Hier kannst du abtanzen, morgens vor der Arbeit. Danach kannst du fit, gut gelaunt und motiviert Excel-Tabellen ausfüllen. Und das Beste: Du verschwendest keine produktive Arbeitszeit.

In dem Film Equilibrium, der sich stark an dem dystopischen Roman Fahrenheit 451 orientiert, werden Emotionen, Irrationalität und Genuss als größtes zu bekämpfendes Übel interpretiert. Die Menschheit wird gezwungen „Prozium II“ einzunehmen, ein Medikament, das alle zu gut funktionierenden Teilen der Gesellschaft macht. Es unterdrückt Emotionen, Irrationalität und – endlich – alles menschliche Handeln ist vorhersehbar und die Welt in Ordnung. In diesem Sinne: Die besten Dystopien schreibt doch immer noch das echte Leben.

WAS ALEXANDER GERST ALS ISS-COMMANDER ZU TUN HAT

Zulfikar Abbany

Anfang Juni ist es für den Astro-Alex soweit. Dann geht es für ihn zurück zur ISS - dieses Mal als Leiter der Raumstation. Für Alexander Gerst ist das Weltall kein Neuland mehr: Für die Blue-Dot-Mission verbrachte er 2014 bereits sechs Monate auf der Internationalen Raumstation ISS. Diese Erfahrung wird ihm bei seinem anstehenden Einsatz als erster deutscher Kommandeur ab Juni sehr helfen. Was aber sind die wichtigsten Aufgaben eines Kommandeurs auf der ISS?

Entscheidungen treffen: ..., aber nicht alle Entscheidungen. Der Kommandeur hat die Aufgabe, die Operationen auf der ISS nach den Vorgaben des Flight Directors ("Flugdirektors") umzusetzen. Dieser führt Regie aus dem Johnson Space Center (JSC) der NASA in Houston.

Flugvorbereitung: Der Kommandeur organisiert die Crew und schweißt sie zu einem "einzigem, integrierten Team" zusammen. Wenn Gerst sein Training in Russland durchläuft, wird er die anderen künftigen ISS-Crew-Mitglieder durch ihre Ausbildung und die Missionsvorbereitung begleiten.

Frieden im Orbit aufrechterhalten: Laut Verhaltenskodex für die Internationale Raumstation muss der ISS Kommandeur "eine harmonische und gefestigte Beziehung zwischen den ISS-Crewmitgliedern aufrechterhalten". Dabei muss er die "internationale und multikulturelle Natur der Crew und der Mission" berücksichtigen. Die Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass es "Null Toleranz" für gegenseitige Belästigungen auf der ISS geben dürfe. Im Verhaltenskodex "Multilateral Coordination Board" gibt es keinen Hinweis darauf, dass Gewalt angewendet werden darf. Aber es gibt eine Formulierung die sagt, dass der Kommandeur "befugt ist, jedes verhältnismäßige und notwendige Mittel zu nutzen, um seine Aufgabe zu erfüllen" - aber natürlich nur, wenn sich das mit den Vorgaben des Flight Directors deckt. Es gibt also eine Grauzone: Was passiert, wenn die Mission oder die Crew durch das Verhalten eines Crew-Mitglieds gefährdet sind? Sollte der Kommandeur dann Gewalt anwenden, um den Störenfried zu bändigen? Bei den strengen Auswahlverfahren für Astronauten ist es eher unwahrscheinlich - aber doch möglich - dass ein Crew-Mitglied nach sechs Monaten im All und ohne richtigen Kontakt zur Erde psychologische Probleme entwickelt. Langzeitaufenthalte im Weltraum sind sehr stressig: Ein Astronaut könnte theoretisch durchdrehen. Daher haben die Verfasser in ihren eigenen Protokollen - aber nicht im Verhaltenskodex - festgehalten, dass "in Fällen, in denen es nötig ist, um die unmittelbare Sicherheit der Crew-Mitglieder der ISS zu gewährleisten, verhältnismäßige und notwendige Mittel, die der ISS-Kommandeur anwenden darf, die Nutzung physischer Gewalt oder Zwang" beinhalten. Der ISS-Kommandeur muss also die Sicherheit der Crew gewährleisten - ihre "Gesundheit und Wohlergehen, inklusive Rettung und Rückkehr". Der Kommandeur muss auch die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um "die Elemente der ISS-Ausrüstung oder der Ladung zu schützen."

Soziale Medien bespielen: Kommandeur Chris Hadfield war wahrscheinlich der Erste, der während seines fünfmonatigen Aufenthalts auf der ISS zwischen 2012 und 2013 soziale Netzwerke nutzte. Er war der erste kanadische ISS-Kommandeur und auch der Erste, der im Weltall ein Musikvideo aufzeichnete: eine Cover-Version der "Space Oddity" von David Bowie. Das hat ihn in kürzester Zeit berühmt gemacht. Das YouTube-Video wurde mehr als 31 Millionen mal angeschaut. Ein Jahr später nutzte Alexander Gerst vor allem Twitter unter dem Namen @astro-alex, um seine spektakulären Bilder der Erde zu seinen Fans zu bringen. Während seiner Mission im Jahr 2014 ging es Gerst um mehr als das Teilen seiner Fotos mit Menschen auf der Erde. Er gab ihnen auch Einsichten in seine wissenschaftliche Arbeit über die sozialen Medien. Und er stand sogar live Schülern in einem Klassenzimmer Frage und Antwort. Gerst sagt, er freue sich darauf, wieder Experimente in der Schwerelosigkeit durchzuführen. Bleibt nur die Frage, ob seine neue Rolle als Kommandeur ihm auch wieder soviel Zeit für die anderen Aufgaben lässt: fürs Labor und die sozialen Medien.

WISSENSCHAFT GEHT AUCH AM STAMMTISCH

Anna Sacco

Vor einem Jahr gingen beim Berliner "March for Science" über 11.000 Menschen auf die Straße. Dieses Jahr gab es statt Demonstrationen, Wissenschaft in Kneipen und Cafés. Die Berliner nannten das "Kieznerds". Passt, oder?

Ich bin neu in Berlin. Von einem Kiez zum anderen zu kommen, ist für mich schon eine Herausforderung. Aber mit dem Navi meines Handys kein Problem. Diese Dienstleistung verdanke ich der Wissenschaft. Der Nutzen - unübersehbar. Doch in anderen Forschungsbereichen ist er oft weniger erkennbar.

Und genau dafür dachten sich die Kieznerds spannende und witzige Aktionen aus. Witzig, kuschelig, kontrovers. Keine "March for Science"-Riesendemo wie im letzten Jahr. Die Ideen der Kieznerds kamen gut an, trotz geringer Teilnahme, was schade ist. Ungläubige Blicke und schallendes Gelächter gab's beim "Pub Quiz with fun facts and myths about animals" in Friedrichshain, organisiert von drei Forscherinnen des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung. Es wird schlagartig still als das Quiz beginnt. Zu leiser Chillout-Clubmusik rätseln wir: Bekommen Fledermäuse ihren Nachwuchs über Kopf? Wie viele Bakterien leben im menschlichen Körper? Und welches Lebewesen hat die größten Eier? Was wir am Abend über Bärtierchen, Katzenkotkaffee und die Hyänenklitoris lernen ist faszinierend und verwirrend zugleich - Erkenntnisse, die ohne neugierige Forschende niemand kennen würde. Und wir wissen alle, wie gut sich tierische Fun Facts für Smalltalk eignen.

Mein nächstes Ziel ist ein Italiener in Wittenau. Thema: "Karin und das Potenzial neuer Technologien". Klingt erstmal nichtssagend, doch mal schauen. Neben mir sind weitere zehn Personen gekommen. Wir stellen uns mit Namen vor, schütteln Hände und sind gespannt, was unsere Wissenschaftlerin vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung zu erzählen hat. Normalerweise erforscht Karin auf Anfrage des Bundestages, wie neue Technologien unsere Gesellschaft verändern werden und ob sie für alle Menschen einen Nutzen bringen. Heute ist sie hier, um auf unsere Sorgen und Hoffnungen einzugehen. Mir gefällt die Energie, die sich in der Diskussion um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Medizin entwickelt. Allerdings wird Karin schnell vom hereinkommenden Kellner unterbrochen. Erst die Getränke, dann das Essen. Ich beschließe: Ein Restaurant ist keine gute Umgebung für wissenschaftliche Diskussionen. "Was nutzen bessere Vorhersagen in der Medizin", will ein Gast wissen, "wenn am Ende die kranke Person trotzdem stirbt?" Eine gute Frage, doch am Ende ist es so wie bei allen angeschnittenen Themen: Wirkliche Antworten bekommen wir nicht. Dafür Pizza.

Weiter geht's nach Neukölln. Am späten Abend diskutieren in einer Kneipe noch mehr als ein Dutzend Menschen über "Türsteher und Remmidemmi". Vier Jahre lang beobachtete Christine, eine Berliner Soziologin, diese "Protagonisten der Nacht" und das Nachtleben allgemein für ihre Doktorarbeit. So eine Forschung gab es in Deutschland bisher noch nicht. Während ich mich noch über das seltsame Forschungsobjekt wundere, stellen andere um mich herum schon hemmungslos Fragen über Rassismus an der Eingangstür, Drogenkonsum im Club, Gangzugehörigkeit und Polizeikontrollen. Einige stehen jetzt auf und holen sich das nächste Bier - doch keiner denkt daran aufzubrechen. Zu groß ist der Wissensdurst.

Auch wenn die diesjährige Kieznerds-Aktion in Berlin weder medial noch bei den Menschen große Wellen geschlagen hat, habe ich den Tag sehr genossen. Die Weiter- und Überführung des March for Science-Phänomens in "richtige" Gesprächsrunden ist den Forschenden gelungen. Und das, finde ich, bringt den Menschen und der Forschung mehr als kreative Plakate auf Demos hochhalten. Obwohl das natürlich auch lustig ist.

BIO-BOOM IN DEUTSCHLAND

Hanna Gersmann und Tanja Tricarico

Fragt man Marktforscher oder Vertriebsexperten, ist Bio der erfolgreichste Trend der vergangenen Jahre – für Verbraucher, Händler und Landwirte. Letztere profitieren von der steigenden Nachfrage nach Bio-Produkten. Sie ist sogar so groß, dass der Handel nicht genug regionale Produkte findet und deshalb im Ausland einkauft.

Mit Bio-Joghurt, -Fleisch und anderen ökologischen Nahrungsmitteln setzte die Branche 2016 erstmals rund zehn Milliarden Euro um, wie der Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) berichtete, etwa 5,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt setzte der Handel rund 184 Milliarden Euro um. Getrieben wird der Bio-Umsatz vor allem von den großen Lebensmitteleinzelhändlern, die bereits heute 59 Prozent Marktanteil haben – Tendenz steigend. So haben etwa die Discounter Aldi, Lidl und Norma ihr Angebot an Bio-Lebensmitteln in den vergangenen Monaten deutlich erweitert. Aldi ist bereits heute Marktführer. Die Supermarktkette Rewe hat mehr als 2500 Öko-Artikel gelistet und will erweitern. Und auch Edeka, der größte Lebensmitteleinzelhändler in Deutschland, stellt mehr Bio-Waren in die Regale.

Viele Bio-Pioniere kämpfen unterdessen um ihre Existenz. So steigerten die Naturkostläden 2017 zwar ihren Umsatz um 2,2 Prozent, ihr Anteil am Bio-Markt schrumpft aber und macht nur noch knapp 30 Prozent aus. Elke Röder, Geschäftsführerin des Bundesverbands Naturkost Naturwaren, spricht von einem strukturellen Nachteil – der Weg zum Naturkostladen ist vergleichsweise weit. Rund 2500 gibt es in Deutschland. Die großen Ketten verkaufen über rund 40.000 Geschäfte. "Der Wettbewerb im Handel wird sich verschärfen", vermutet Gerald Wehde von Bioland. Dem Verband für ökologischen Landbau gehören mehr als 7300 Landwirte, Imker und Winzer an. Hinzu kommen rund 1000 Vertreter von Bäckereien, Molkereien, Metzgereien oder aus der Gastronomie. "Gewinnen werden die, die die Verbraucher von ihrem Angebot überzeugen", sagt Wehde. Und beim Angebot hakt es offenbar etwas. "Der Handel sucht händeringend nach einheimischer Ware", sagt BÖLW-Vorstandschef Felix Prinz zu Löwenstein. Sein Ziel: Bio-Lebensmittel, die in Deutschland wachsen können, sollten die Landwirte auch hier anbauen. Die Lücke füllen die großen Lebensmitteleinzelhändler zurzeit mit Produkten aus anderen Ländern.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, den Öko-Landbau bis 2030 von rund acht auf 20 Prozent auszuweiten. Derzeit produziert etwa jeder zehnte Hof in Deutschland nach Bio-Kriterien. Das wird Experten zufolge nicht reichen, um die Quote zu erfüllen. Sie fordern Forschungsförderung, Beratungs- und Ausbildungsangebote für Bauern sowie auch mehr Bio-Angebote in öffentlichen Kantinen. Vorbilder gibt es etwa in Dänemark. Dafür, ob ein Produkt offiziell "Bio" genannt werden darf, ist es zunächst egal, ob es vom Discounter oder aus dem Bio-Laden stammt: Prangt auf der Verpackung das sechseckige EU-Biolabel – oder ein stilisiertes Blatt auf grünem Grund – entspricht die Ware der EU-Ökoverordnung 834/2007.

Die Produzenten verzichten etwa auf künstliche Pflanzenschutzmittel und Gentechnik, halten ihre Tiere artgerecht. Geschmacksverstärker, künstliche Aromen und Farbstoffe sind tabu. Klebt ein Siegel von Bioland, Demeter oder Naturland auf den Produkten, müssen die Erzeuger strengere Vorgaben einhalten – etwa mehr Platz für Schweine vorsehen. Fernsehköchin Sarah Wiener, die selbst einen Bio-Bauernhof in Brandenburg betreibt, sagt: "Wer sowieso immer zum Discounter geht, kann dort zu Bio greifen." Die Preise dort sind günstiger als im Bio-Laden – Supermärkte, übrigens auch Bio-Supermarktketten wie Bio Company aus Berlin oder Denn's, nehmen größere Mengen ab und bekommen darum Rabatte. Wer den Preis für Bio zahlt, will freilich sicher sein, dass auch Bio im Produkt steckt. Darauf sei Verlass, sagt BÖLW-Geschäftsführer Peter Röhrig. Wird konventionelle Ware nicht auch zu Bio umdeklariert? Sicher gebe es Betrüger, und jeder sei einer zu viel, sagt Röhrig: "Doch das sind Einzelfälle, die Zahl der Betrügereien liegt im Promillebereich." Ein Bio-Betrieb bekäme über die amtliche Lebensmittelkontrolle hinaus mindestens einmal im Jahr Besuch von einem Bio-Kontrolleur – unangemeldet.

ANGST VOR EINFLUSS AUS MOSKAU

Anton Buchhardt

EU-Beitritt bis 2025? Brüssel lockt Balkan-Länder.

Organisierte Kriminalität, Korruption und ungelöste zwischenstaatliche Konflikte: Die Balkan-Staaten gelten bislang alles andere als reif für einen Beitritt zur Europäischen Union. Jetzt bekommen sie von Brüssel ein Datum genannt. Wird die EU schon Mitte des kommenden Jahrzehnts mehr Mitglieder haben als heute? Die EU-Kommission hält das für durchaus wünschenswert und lockt die Balkanstaaten mit einem konkreten Datum. Doch ist eine Erweiterung überhaupt sinnvoll, wenn es schon heute schwerfällt, eine gemeinsame Linie zu finden? Fragen und Antworten im Überblick:

Warum will die EU-Kommission Tempo beim Beitrittsprozess machen?

Es geht vor allem um sicherheitspolitische Interessen. Die Balkanstaaten liegen inmitten der EU und grenzen an Mitgliedsländer wie Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Kroatien. Derzeit versuchen Russland und China ihren Einfluss in der Region massiv auszubauen. Dies bereitet vielen in der EU Sorgen.

Wie relevant sind wirtschaftliche Interessen?

Mit rund 18 Millionen Einwohnern und einer vergleichsweise geringen Kaufkraft spielen die sechs Balkanstaaten als Absatzmarkt derzeit keine besonders große Rolle. Von der milliardenschweren Aufbauhilfe, die die EU seit Jahren leistet, sollen langfristig aber natürlich nicht russische oder chinesische, sondern europäische Unternehmen profitieren. Die EU ist nach eigenen Angaben der mit Abstand wichtigste Geber und Investor in den Balkanstaaten.

Warum kam der Beitrittsprozess derzeit in vielen Ländern nur langsam voran?

Aus Brüsseler Sicht mangelt es vielfach am politischen Willen. Immer wieder appelliert die EU deswegen an die Regierungen der Westbalkan-Staaten, Reformen zu beschleunigen und entschiedener gegen Probleme wie organisierte Kriminalität und Korruption vorzugehen.

Wenn es weiterhin so viele Probleme gibt, warum nennt die EU dann jetzt das mögliche Ziel 2025?

Mit dem Datum will die EU-Kommission die Regierungen motivieren, bei Reformen Tempo zu machen.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach am Dienstag von einem «Ermunterungsdatum». Zuvor hatte er eine EU-Erweiterung bis 2019 ausgeschlossen. Dafür war er stark kritisiert worden. Damit habe er für Frustration gesorgt und Anreiz genommen, sich zu engagieren, hieß es damals. Das neue Zieldatum soll aber nicht nur ermuntern, sondern auch Druck auf die Regierungen ausüben. Im Idealfall werden sie künftig von ihren proeuropäischen Wählern zu Reformen gedrängt. Die Strategie könnte allerdings gefährlich sein. In Serbien beispielsweise stehen viele Menschen dem Westen kritisch gegenüber. Sie werfen EU-Regierungen vor, im Kosovokrieg (1998-1999) eine anti-serbische Position bezogen zu haben.

Welches Land ist am weitesten im Beitrittsprozess?

Die EU-Beitrittsverhandlungen sind in 35 Themenbereiche unterteilt, die alle erfolgreich abgehandelt werden müssen. Die mit Abstand größten Fortschritte hat in den vergangenen Jahren Montenegro erzielt. Das kleine Adrialand wurde 2017 bereits in die Nato aufgenommen und verhandelt mit der EU derzeit über 27 sogenannte Kapitel, Gespräche über drei weitere konnten bereits vorläufig abgeschlossen werden. Serbien, das Kernland des früheren Jugoslawiens, kommt auf 12 geöffnete Kapitel, von denen zwei bereits vorläufig geschlossen sind.

Ist 2025 wirklich eine realistische Perspektive?

Wohl kaum. Alle sechs Westbalkanstaaten seien derzeit noch «weit davon entfernt, die Bedingungen zu erfüllen», räumte Juncker am Dienstag ein. Als großes Hindernis gelten neben mangelnden Reformfortschritten auch Konflikte innerhalb der Region - so zum Beispiel der Streit zwischen Serbien und seiner abtrünnigen früheren Provinz Kosovo. Bevor solche Konflikte nicht gelöst seien, werde es keine Beitritt geben, machte Juncker am Dienstag klar. Wie will die EU verhindern, dass einer der Balkan-Staaten zu einem neuen Griechenland wird - also zu einem Land, das wegen finanzieller Schwierigkeiten Milliardenkredite der Partner braucht? Da Serbien & Co mit dem EU-Beitritt nicht automatisch in die Währungsunion aufgenommen würden, besteht diese Gefahr nicht. Nach den Erfahrungen mit Griechenland gilt es auch als ausgeschlossen, dass es noch einmal zur Aufnahme eines Landes in die Eurozone kommt, das dafür nicht reif ist.

UMWELTSÜNDE MODE: NUR "FAST FASHION", ODER GEHT ES AUCH NACHHALTIG?

Melina Grundmann

In Deutschland stehen sie an jeder Ecke: Altkleidercontainer. Tag für Tag schlucken sie das, was wir nicht mehr haben wollen. Und das ist nicht wenig: 75% alter Kleidung landen in Deutschland im Container. Was für uns bequem ist, wird woanders zum Problem. Unsere Altkleider werden zum größten Teil in andere Länder verschifft, zum Beispiel nach Asien und Afrika. Was passiert jetzt aber, wenn die unsere Kleidung gar nicht mehr haben wollen? Kürzlich gaben mehrere Länder in Ostafrika bekannt, keine alte Kleidung mehr annehmen zu wollen. "Unsere Kleidung verstopft die Wege von Secondhand-Produkten immer mehr. Es ist so viel geworden, dass Länder, in denen es weiter getragen und verarbeitet werden soll, inzwischen sagen: Es reicht", sagt Kirstin Brodde, Textilexpertin bei Greenpeace.

Diese Verstopfung ist nur ein Symptom des wirklichen Problems. Und das heißt "Fast Fashion". Wir konsumieren zu schnell, und zu viel. In den letzten 15 Jahren ist der Verkauf von Kleidung weltweit um das Doppelte angestiegen, während die durchschnittliche Nutzungsdauer eines Kleidungsstückes stark zurückgegangen ist. Nicht mal ein Jahr behalten wir ein Kleidungsstück im Schnitt. Reparieren? In vielen Fällen keine Option. "Kaum jemand weiß heute noch, wie man einen Knopf annäht", so Brodde. Sie kritisiert vor allem die Art, wie wir konsumieren. "Eigentlich müsste es so sein, dass wir weniger kaufen und die Sachen, die wir haben, länger tragen, anstatt alle paar Monate tütenweise Kleidung zum Container zu tragen - in der Hoffnung, dass sie irgendwo am anderen Ende der Welt noch jemand trägt."

Durch günstige Preise wird solch ein Verhalten geradezu gefördert. Der Preis, den wir im Laden zahlen ist zwar gering, der Preis, den die Umwelt zahlt, dagegen gigantisch. Die gesamte Textilproduktion verursacht in nur einem Jahr über eine Milliarde Tonnen CO₂. Das ist mehr als alle jährlichen internationalen Flüge und Schifffahrten zusammen. Dazu kommt die Verschmutzung der Meere durch Mikroplastik aus Textilfasern und die Verwendung giftiger Chemikalien.

"Unternehmen bräuchten mehr Druck, wie Produktion aussehen muss und wie ökologisch sie sein muss. Dadurch würde automatisch die Produktion teurer werden und man könnte nicht mehr derart billig produzieren", so Brodde. Sie arbeitet für die Detox-Kampagne von Greenpeace, die Unternehmen dazu berät, wie sie ohne die Verwendung von giftigen Chemikalien produzieren können. 79 globale Modemarken von H&M über Adidas bis hin zu Aldi haben sich darin verpflichtet, bis 2020 Schadstoffe durch ungefährliche Substanzen zu ersetzen. Derartige Projekte zeigen, dass auch große Modeketten erkannt haben, dass Nachhaltigkeit im Trend liegt. Aber steckt wirklich mehr dahinter als bloßes Marketing? "Auch große Modefirmen werden sich längerfristig umstellen müssen", sagt eine Sprecherin des Verbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie. Dabei komme der Deutschen Textilindustrie eine Vorreiterrolle zu: "Die sozialen und ökologischen Standards der Textil- und Modeindustrie in Deutschland zählen zu den höchsten weltweit. Der umweltbewusste Umgang der Branche mit Ressourcen ist ein internationales Vorbild".

Eine Umstellung in Richtung Nachhaltigkeit hält auch Kirstin Brodde für unumgänglich. Laut einer Studie der Ellen McArthur Foundation würde Weitermachen wie bisher zu noch katastrophaleren Auswirkungen auf die Umwelt führen. Denn auch durch wachsende Märkte wie Afrika und Asien wächst die Nachfrage für Kleidung stetig an. Sollte die Kleidungsproduktion so weiter gehen wie bisher, wäre sie im Jahr 2050 dreimal so groß wie jetzt. Ein Lösungsansatz, an dem aktuell geforscht wird, um die Bekleidungsindustrie nachhaltiger zu machen, ist die sogenannte "Circular Economy", also Kreislaufwirtschaft. Das bedeutet, dass nachhaltige Rohstoffe so lange wie möglich wiederverwendet werden können. Im Idealfall würde ein solcher Kreislauf nur mit erneuerbaren Energien betrieben.

"Die Industrie muss runter vom Tempo, was die gewaltige Überproduktion von Kleidung angeht und wir selber müssen runter vom Tempo, indem wir nicht ständig mehr kaufen, obwohl unsere Kleiderschränke überquellen. Wir müssen wieder lernen, Dinge zu reparieren", fordert Brodde.

ZUCKERSTEUER: Deutschland bleibt süß

Ben Knight, Peter Hille

Großbritannien und Irland besteuern ab Freitag Softdrinks mit besonders viel Zucker. So soll Diabetes und Übergewicht bekämpft werden. Für Deutschland fordern Verbraucherschützer ähnliches. Bislang erfolglos.

Wenn es im Mund perlt und der Zucker einem in die Adern schießt - dann hat man wohl zu Cola oder einem ähnlichen Süß-Getränk gegriffen. Millionen Menschen nehmen auf diese Weise jeden Tag mehr Zucker zu sich, als ihnen bewusst ist. Mehr als vier Stück Würfelzucker stecken allein in einem Glas der meisten Erfrischungsgetränke. Die Schattenseiten eines maßlosem Konsums von Cola und Co.: Übergewicht, Diabetes, Herzerkrankungen. In Großbritannien und in Irland wird der süße Genuss deshalb ab diesem Freitag höher besteuert. Rund 20 Cent "Soft Drinks Industry Levy" pro Liter kassiert dort der Staat, wenn mehr als 50 Gramm Zucker im Spiel sind. Steckt noch mehr Zucker drin, wird eine höhere Abgabe fällig. In mehreren Ländern, darunter Mexiko und Frankreich, haben derartige Abgaben den Konsum von Zuckerlimonaden gesenkt.

Zucker ist die neue Zigarette

Die Verbraucher-Organisation Foodwatch hat die deutsche Regierung aufgefordert, eine ähnliche Regelung auch hierzulande einzuführen. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner lehnt das jedoch ab. Damit sei nicht gewährleistet, "dass wir das Thema Fehlernährung in den Griff bekommen", so die CDU-Politikerin. "Zuckerhaltige Getränke sind die neuen Zigaretten", warnt dagegen Martin Rücker von Foodwatch Deutschland. Auf einer von Foodwatch organisierten Pressekonferenz zum Thema wurde ein "Coca-Cola-Report" vorgestellt, der eingeladene Vertreter von Coca-Cola fehlte jedoch. Foodwatch wirft dem Konzern vor, mit "unverantwortlichem" Marketing gezielt Kinder und Jugendliche anzusprechen.

Wer glaubt an den Weihnachtsmann?

In einem 108 Seiten starken Bericht zeigt Foodwatch, dass der Konzern mit Youtube- und Instagram-Stars Werbung macht, die vor allem bei jungen Leuten ankommen soll. Coca-Cola sagt, dass seine Werbekampagnen sich nicht an Kinder unter 12 Jahren richten. Foodwatch hält dagegen, dass der Coca-Cola-Weihnachtsmann oder die Fußballer als Werbebotschafter auch bei jüngeren Kindern verfangen. "Fußballstars wie Manuel Neuer sind die Idole von Jungs in diesem Land", sagt Oliver Huizinga von Foodwatch. "Wer da behauptet, keine Werbung an Kinder zu richten, der täuscht die Öffentlichkeit." Patrick Kammerer, Mitglied der Geschäftsleitung von Coca-Cola Deutschland, nahm die Einladung von Foodwatch zwar nicht an. Er ließ jedoch in einer Stellungnahme wissen: "Übergewicht ist ein komplexes Phänomen. Einfache Antworten sind verlockend, aber sie lösen das Problem nicht".

Trotz jahrelanger Diskussion ist eine ähnliche Abgabe wie in Großbritannien in Deutschland aber nicht absehbar. Foodwatch wirft der Bundesregierung vor, zu sehr auf die Interessen der Zucker-Lobby einzugehen. "Der Gesundheitsschutz von Verbrauchern und die Lebensmittelindustrie werden in einem Ministerium verantwortet", sagt Huizinga. Dies seien jedoch widerstreitende Interessen. In Großbritannien hatten Hersteller wie Coca-Cola zwei Jahre lang Zeit, sich auf die neue Abgabe vorzubereiten. Warnungen, dass durch die Abgabe der Preis für Verbraucher steigen könnte, haben sich bislang nicht bestätigt. Viele Firmen haben stattdessen zuckerreduzierte Getränke ins Angebot genommen. Der koffeinhaltige Irn-bru-Softdrink aus Schottland stellte zu einem großen Teil auf den Süßstoff Aspartam um. Bevor die Regelung überhaupt in Kraft trat, hat auch Coca-Cola reagiert: die Limonaden Sprite und Fanta stellt der Konzern in Großbritannien bereits mit verringertem Zuckergehalt ins Regal.

BERLINER SCHNAUZE ALS AUSHANG

Gero Schließ

Überall in Berlin finden sich öffentlich ausgehängte Notizen, mit denen Bürger ihrem Ärger Luft machen oder ihren Spaß treiben. Sie lassen tief blicken in die Berliner Seele, meint unser Kolumnist Gero Schließ. "So frech sind die Berliner eben", lacht Rufus und schnipselt weiter an meinem störrischen Haar. Als wüsste ich es nicht selber. Ich habe meinem Friseur gerade eine Zettelnachricht vorgelesen, die in einem der vielen Berliner Innenhöfe aushängt: *"Es ist verboten (sich) auf dem Hof aufzuhalten, zu schwätzen, sich zu übergeben und zwischen den Mülltonnen zu f****".* Soweit die Berliner Hof-Etikette.

Wenn Sie in der deutschen Hauptstadt wohnen und wissen wollen, was die Nachbarn wirklich über Sie denken? Kein Problem. Schauen Sie sich genau um. Irgendwo könnte ein Zettel hängen mit freundlichen Hinweisen wie dem folgenden: *"Hier wohnen auch Leute, die euch nicht nachts um 1 auf dem Balkon singen hören wollen. Eure Unterhaltungen interessieren keinen und habt ihr euch nicht schon zwanzigmal getrennt? Geht zur Paartherapie. Trennt euch endlich! Aber macht wenigstens das Fenster zu. Danke! Die übernächtigte Nachbarschaft".*

Berliner Hofromantik pur. Innenhöfe sind Fundgruben für solche liebevollen Aushänge. Und es gibt viele von ihnen. Die typische Berliner Mietskasernen-Bauweise eben: Vorderhaus, Seitenhaus und Hinterhaus bilden ein Karree. Und in der Mitte der Innenhof, oft klein und dunkel. Die Leute hängen eng aufeinander. Das drückt auf die Stimmung und lässt verschwenderisch umgehen - mit verbalen Ohrfeigen: *"Du bist schön, aber bitte zieh dir eine Tüte über deinen Charakter".* Oh ja, so sind die Berliner: Direkt, peinlich, beleidigend - auch außerhalb der Innenhöfe: Am Laternenpfahl, auf der Häuserwand oder an die Windschutzscheibe Ihres Autos geklemmt.

Facebook, Instagram und andere digitale Medien sind überbewertet, zumindest für viele Berliner. Sie hängen noch an der analogen Kommunikation (übrigens auch, wenn sie im Straßenverkehr kraftvoll auf die Hupe drücken). Das ist wie eine andere, eine parallele Welt, die ich aus keiner anderen Stadt kenne: nicht aus New York, nicht aus Moskau, nicht aus London. Für mich ist das so etwas wie die Berliner Schnauze als Aushang. Das Seelenleben der Berliner in schwarz-weiß. Das, was ich da lese, lässt nämlich oft tief blicken. Zum Beispiel in die Art des Berliner Humors: *"Nochmals vielen Dank für die mutwillige Beschädigung meines Fahrzeugs! Du bist das Beispiel für eine eindeutig misslungene Sozialisierung".*

Berliner Galgenhumor eben. Und von da ist es manchmal nur ein ganz kleiner Schritt bis zum Größenwahn: *"Wer klaut oder zerstört kommt ganz sicher in die Hölle. Euer Jesus".*

Ganz schön cool kommt das rüber, denke ich mir. Auch Joab aus München sieht das so. Als Neu-Berliner und frischer Student der Kulturwissenschaften machte er sich vor zwölf Jahren erstmals mit seiner Kamera auf Entdeckungsreise durch die Berliner Stadtteile und stieß auf viele dieser Zettelnachrichten: "Diese Fundstücke treffen sehr oft den Nerv", erklärt er mir seine Begeisterung. Die Zettel zeigen, was die Menschen im Kiez wirklich bewegt. Joab hat recht: Plötzlich tut sich hier das andere Berlin auf, abseits von Touristenpfaden und Party-Verklärung.

Auf der Internetseite "Notes of Berlin" veröffentlicht Joab die treffendsten Sprüche. Einige von ihnen habe ich hier zitiert. Es ist so etwas wie ein Gemeinschaftsblog der Berliner geworden. Mehr als 27.000 "Notizen" haben sie bisher eingeschickt. Ok, für manche von uns ist schnell mal die Grenze des guten Geschmacks überschritten. Gerade, wer nicht die grobschrötige Berliner Luft atmet, mag sich ob solcher Sprüche nur schütteln. Nicht vor Lachen, sondern vor Empörung. Doch es geht auch anders, liebevoll verschmitzt. Bei meinem Blumenhändler musste ich plötzlich schmunzeln: "Veilchen gefällig?", stand da mit Kreide auf ein Schild geschrieben. Das war kurz vor dem Valentinstag. Wie heißt es doch so schön: Das passte wie die Faust aufs Auge.

WAHRHEITSMINISTERIEN SIND KEINE LÖSUNG GEGEN FAKE NEWS

Julian King

Was ist die größte Sicherheitsbedrohung für Europa? Ganz oben auf der Liste steht nach wie vor der Terrorismus. Doch gleich darauf folgen die Bedrohungen im Cyberspace: Cyberangriffen und Schadsoftware, terroristische Online-Propaganda bis hin zum Versuch, mit Fake News das Verhalten einer großen Zahl von Menschen zu manipulieren und unsere offenen demokratischen Systeme zu einer Waffe zu machen, die sich gegen uns selbst richtet.

Im vergangenen September hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket vorgestellt, um unsere Cybersicherheit und die Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe zu verbessern. Zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten und der Privatwirtschaft arbeiten wir mit Hochdruck an der Umsetzung dieser Maßnahmen, um unsere gemeinsame Sicherheit zu erhöhen. Dank des Internets teilen die Menschen mehr Informationen als je zuvor. Zwangsläufig ist ein Teil dieser Informationen falsch. Besorgniserregend ist, dass Falschinformationen manchmal absichtlich verbreitet werden, um Zwietracht zu säen. Das ist eine Herausforderung für die Toleranz als Stützpfeiler unserer Gesellschaft, und für die aufrichtige Debatte, die das Fundament unserer Demokratie bildet. Das ist nicht neu. Doch die Online-Welt verschafft diesem Phänomen eine nie gekannte Reichweite und Wirkung.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass wir es gegenwärtig mit einer ausgeklügelten, sorgfältig orchestrierten regierungsgestützten prorussischen Desinformationskampagne zu tun haben. Das russische Militär nimmt das Internet offenbar als ein neues Einsatzgebiet wahr, in dem Falschinformationen als Waffe eingesetzt werden. Jüngste Medienberichte, denen zufolge die EU in Georgien Inzest verharmlost, sind nur eines von vielen Beispielen hierfür. Es wäre jedoch falsch zu behaupten, dass der Kreml die einzige Fake-News-Quelle sei. Im letzten Sommer entkräftete die Polizei in Deutschland falsche Behauptungen auf der rechtsgerichteten Breitbart-Webseite, wonach ein Mob von Tausend Menschen mit Al-Qaida-Fahnen in Dortmund eine Kirche in Brand gesteckt hätten.

Wir müssen gegen diese Formen der Desinformation vorgehen. Leicht ist dies nicht, denn Desinformation nutzt unsere europäischen Werte der Redefreiheit, der freien Meinungsäußerung und der Diskussionsfreiheit aus. Das sind genau die Werte, die wir verteidigen wollen – weshalb Wahrheitsministerien im Stile von Orwells „1984“ keine Lösung sind. Die beste Verteidigung gegen Desinformation ist, sie zu entlarven und dafür zu sorgen, dass die Menschen mit einem kritischen Verstand gerüstet sind, um Glaubwürdiges von Erlogenem zu unterscheiden.

Die Europäische Kommission startet eine Reihe von Projekten, um die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Wir wollen bei Menschen jeden Alters eine kritische Herangehensweise fördern im Umgang mit Informationen, die von Online-Medien verbreitet werden. Zugleich machen wir uns stark für die Freiheit und die Vielfalt der Medien, um Qualitätsmedien zu fördern. Ein Beispiel ist das von der EU finanzierte Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig, das gegen die Verletzung der Medienfreiheit vorgeht.

Wir arbeiten mit Online-Plattformen zusammen, um gegen illegale Online-Inhalte wie Hetze und Anstiftung zum Terrorismus vorzugehen. Wir haben schon Fortschritte gemacht, doch es bleibt noch viel zu tun. Wir haben eine neue Gruppe hochrangiger Experten zum Thema Desinformation eingerichtet mit Vertretern von Medien, Hochschulen und sozialen Netzwerken. Ihre Empfehlungen werden in eine umfassende EU-Strategie zur Bekämpfung von Fake News einfließen. Wir haben eine Arbeitsgruppe für strategische Kommunikation, die Desinformation aufdeckt und meldet. Zugleich unterstützt sie freie und unabhängige Medien. Das Netz in russischer Sprache arbeitet mit 350 Journalistinnen und Journalisten, es erreicht über die sozialen Medien bis zu zwei Millionen Menschen monatlich.

Aufgeklärtheit und ein klares Urteilsvermögen sind die wichtigsten Instrumente gegen die Bedrohungen, die durch den Cyberspace möglich gewordenen sind. Erst denken, dann an Freunde und Bekannte weiterwittern oder weiterleiten. Wir sollten uns nicht zu Handlangern derer machen, die versuchen, unsere demokratische Gesellschaft zu unterwandern.

AUF DEM RÜCKSITZ INS CHAOS

Konrad Roth

Viele Eltern bringen ihre Kinder am liebsten mit dem Auto bis zum Schultor. Doch das kann gefährlich sein, warnen schwedische Forscher.

Vor Deutschlands Schulen jeden Morgen das gleiche Bild: Von den Rückbänken der „Elterntaxis“ stolpern müde Kinder mit großen Rucksäcken und trotten Richtung Klassenzimmer. Erst im Unterricht wachen viele richtig auf. Das müsste nicht so sein, meinen Psychologen – wenn die Kinder einfach alleine zur Schule kämen. Eltern, die ihre Sprösslinge jeden Morgen mit dem Auto kutschieren, verursachen einer schwedischen Studie zufolge nicht nur Chaos vor dem Schultor, sondern können den Kindern richtig schaden.

„Wir müssen neu über die Schulwege unserer Kinder nachdenken“, fordert Psychologin Jessica Westman von der Universität Karlstad. Sie hat Schüler aus 4., 6. und 8. Klassen beobachtet. Das Ergebnis: „Die Autofahrt macht sie müde und passiv. Am besten ist es, wenn sie mit Freunden zur Schule kommen, laufen, mit dem Rad fahren oder im Schulbus.“ Kinder, die gebracht würden, verlören die Chance, die Umgebung auszukundschaften und mit anderen zu interagieren. „Dadurch werden sie weniger selbständig und weniger sicher in ihrer Umgebung“, sagt Westman.

In den 70er Jahren machten sich noch mehr als 90 Prozent der Grundschüler in Deutschland allein auf den Schulweg. Im Jahr 2012 war es einer Umfrage zufolge nur noch jeder zweite, andere Umfragen sprechen inzwischen von nur noch jedem dritten Grundschüler. Dabei ist die nächstgelegene Schule in vielen Fällen gar nicht so weit entfernt oder so schlecht erreichbar, dass Autofahrten nötig wären.

Viele Eltern aber hätten Angst um ihre Kinder oder glaubten fälschlicherweise, ihnen einen Gefallen zu, meinen die Experten. „Ein Teil der Eltern kümmert sich zu viel um die Kinder und möchte jede Gefahr ausschließen“, sagt Psychologe Klaus Seifried. „Manche fahren ihre Kinder auch mit 16 Jahren noch zur Schule.“ Westman vermutet Bequemlichkeit als häufigen Grund für das Elterntaxi: So können morgens alle ein paar Minuten länger schlafen.

Was den Kindern vorenthalten wird: in einer Gruppe unterwegs zu sein, Geschichten zu erzählen und Geheimnisse zu haben, mal einen Abstecher zum Kiosk zu machen oder Umwege zu erkunden. Seifried meint, dadurch nehme man ihnen Entwicklungsmöglichkeiten. „Gehen sie allein zur Schule, schaffen sie sich ihren eigenen kleinen Lebensraum, den sie mit ihren Freunden entdecken.“

Taxi-Eltern dagegen sendeten ihren Kindern die gefährliche Botschaft: Das traue ich dir allein nicht zu. Dabei, so betont der Schulpsychologe, reifen Kindern, wenn sie Verantwortung übernehmen. „Man tut ihnen keinen Gefallen, wenn man ihnen alles abnimmt. Sie müssen auch lernen, dass man sich für etwas anstrengen muss.“ Das Elternargument, Schulwege zu Fuß seien viel zu gefährlich, widerlegt Hannelore Herlan von der Deutschen Verkehrswacht mit einer Statistik. Demnach verunglücken die meisten Kinder im elterlichen Auto, nicht als Fußgänger auf dem Schulweg. „In der Regel ist es keine Unfallquelle, wenn Kinder gemeinsam zur Schule gehen“, sagt sie. Kinder, die immer gebracht würden, hätten dagegen häufig Probleme im Verkehr. „Sie werden erst viel später mündige Verkehrsteilnehmer, lernen später, sich mit anderen Verkehrsteilnehmern zu verständigen“, sagt Herlan.

Auch der ADAC warnt vor dem Elterntaxi. Das Bewusstsein für Gefahrensituationen sei bei Kindern grösser, die den kurzen Schulweg allein laufen dürften. Zugleich seien die Kids im Unterricht besser drauf und konzentrierter, fitter und sozial besser integriert.

„Kinder, die nicht mit anderen laufen oder den Bus nehmen, fühlen sich oft auch außen vor“, sagt Westman. Unterhaltung, Pläne schmieden, Freunde finden, vieles gehe an ihnen vorbei. Die Kinder, die sie befragt habe, hätten einfach mehr Spaß am Schulweg mit Mitschülern und Freunden. Wenn eine Autofahrt trotzdem unbedingt nötig sei, so rät die schwedische Psychologin zu Fahrgemeinschaften mit Mitschülern und Freunden. „Der Schulweg kann die Grundlage für den ganzen Tag legen“, betont Westman. Und wenn Eltern keine andere Wahl hätten, als ihre Kinder allein zur Schule zu fahren? „Dann sollten sie Spaß mit ihnen haben, Spiele spielen und lauthals zum Radio mitsingen.“